

Die Hälfte ist geschafft!



Links!
im Digitalabo. Jede
Ausgabe schon drei Tage
früher im Mailpostfach!

Jetzt kostenlos bestellen:
www.links-sachsen.de/abonnieren,
aboservice@links-sachsen.de
oder 0351/84 38 9773.

Links!

Politik und Kultur für Sachsen, Europa und die Welt
Januar-Februar 2019

Nach dem Jahreswechsel nimmt das Bündnis „Gemeinschaftsschule in Sachsen – Länger gemeinsam Lernen“ wieder Fahrt auf. Alle Partnerinnen und -partner sind aufgerufen, weiter fleißig für den Volksantrag zu sammeln – auch bei hoffentlich bald besserem Wetter. Dafür stehen neue Unterschriftenbögen bereit. Nur diese offiziellen Bögen dürfen verwendet werden; Unterschriften sind nur gültig, wenn die Bögen unverändert und vollständig (also nicht zerschneiden!) den Kommunen zur Bestätigung und hernach dem Landtag übergeben werden.

Bündnis-Koordinator Burkhard Naumann dankt allen Engagierten „für ihren großartigen Einsatz im vergangenen Jahr“. Mehr als die Hälfte der 40.000 benötigten Unterschriften liegen schon aufbereitet in der zentralen Sammelstelle. Nun gilt es, zügig den Rest des Weges zurückzulegen. Dabei kommt es auch darauf an, dass die Mitglieder der sächsischen LINKEN weiter kräftig helfen.

Die Woche vor den Winterferien dürfte sich gut eignen, um die öffentliche Präsenz des Volksantrages zu erhöhen. In dieser Zeit werden viele Eltern mit ihrem Nachwuchs vor der Frage stehen, welcher weitere schulische Weg eingeschlagen werden soll. Das Bündnis ruft deshalb zu einer **Aktionswoche vom 11. bis 15. Februar** auf. Engagierte können sich mit Informations- und Sammelständen, Tür-zu-Tür-Aktionen oder Diskussions- und Info-Veranstaltungen beteiligen. Aktionen können unter www.gemeinschaftsschule-in-sachsen.de/aktionen registriert werden.

Das Volksantrag-Bündnis entstand auf Initiative des Vereins „Gemeinsam länger lernen in Sachsen e.V.“ Es will das sächsische Schulgesetz sowie das Gesetz über die Schulen in freier Trägerschaft ändern. Die Gemeinschaftsschule soll

als zusätzliche Schulart auch im Freistaat möglich werden. Viele Institutionen tragen das mit – darunter der Landeselternrat, der Landeschülerrat, der Paritätische Wohlfahrtsverband, die Volkssolidarität, der DGB, die Gewerkschaften GEW und ver.di, die Konferenz Sächsischer Studierendenschaften sowie LINKE, SPD und GRÜNE mit ihren Jugendorganisationen. Mehr als 40 Persönlichkeiten zählen zu den Erstunterzeichnenden, darunter Oberbürgermeisterinnen und -bürgermeister, Hochschulrektoreninnen und -rektoren, Schulleiter, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Politikerinnen und Politiker.

Längeres gemeinsames Lernen in der Gemeinschaftsschule soll möglich werden, wo Lehrkräfte, Eltern und Schüler sowie der Schulträger dies wünschen. Der Schulforscher Wolfgang Melzer betont: „Mit der Gemeinschaftsschule nehmen wir Druck von den Kindern und Eltern, frühzeitig über die weitere Schullaufbahn entscheiden zu müssen.“ Der Erfolgsfaktor von guter Schule liege in einer guten sozialen Mischung der Schülerschaft und in einer kooperativen Lernkultur. Längeres gemeinsames Lernen stärke auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Solange sie die Regierung anführt, wird die CDU das gegliederte Schulsystem erbittert verteidigen und Missstände unter Lobeshymnen zu begraben suchen. Perfide: Der gravierende Lehrkräftemangel, den sie selbst heraufbeschworen hat, dient ihr nun als Argument, um Diskussionen über bessere Bildung zu ersticken. Der Volksantrag trägt hoffentlich dazu bei, dass die Dinge in Bewegung kommen.

• Kevin Reißig

www.gemeinschaftsschule-in-sachsen.de

ISSN 2193 682X



9 772193 682004

Obwohl Obdachlosigkeit schon lange ein Thema in Berlin ist, soll erst in diesem Jahr die Zahl der Obdachlosen offiziell erfasst werden. Daniel, Du bist Gründungsmitglied der Initiative. Wann hast Du Dich erstmals mit dem Thema befasst?

DU: Vor rund sieben Jahren intensiver. Wobei: Wer zum ersten Mal nach Berlin kommt, wird, ob er will oder nicht, zwangsläufig mit dem Problem konfrontiert. Ich wohne jetzt seit zehn Jahren in Berlin, komme eigentlich aus Nordrhein-Westfalen aus einer mittelgroßen Stadt, wo es auch Obdachlosigkeit gibt. Aber sie ist dort bei weitem nicht so präsent. In Berlin aber sind zahlreiche Initiativen entstanden, die sich beispielsweise um den Verkauf der Obdachlosenzeitung bemühen.

Das fällt jedem Berlin-Besucher in der Tat auf. Es muss aber noch einen Moment gegeben haben, wo Du Dir gesagt hast: Hier kann ich nicht länger zuschauen, sondern muss etwas tun.

DU: Das hat mit dem „Straßenfeger“ zu tun.

Mit dem „Straßenfeger“?

DU: Der Straßenfeger war die Obdachlosenzeitung Berlins. Das Magazin erschien von 1995 bis zum Juni 2018. Hinter ihm stand der Mob e.V. als Träger – Mob steht für „Obdachlose machen mobil“. Der Mob e.V. hat aber mit dem Straßenfeger nicht nur die wichtigste und größte Obdachlosenzeitung Berlins gemacht, sondern sich auch um Notunterkünfte gekümmert, ein Café, Anlauf- und Beratungsstellen und so weiter. Durch die Zusammenarbeit habe ich einen anderen Einblick in die Problematik bekommen.

Wann war das?

DU: Das fing vor etwa sieben Jahren an. Wir hatten in dem Jahr einen extrem kalten Winter hier in Berlin. Ein akutes Problem bestand darin, dass es nicht genug winterfeste Kleidung gab. Wir begannen im Freundes- und Bekanntenkreis Kleidung zu sammeln und haben schnell gemerkt, dass es nicht reicht, dass wir mehr brauchen, z.B. funktionale Kleidung wie Thermounterwäsche. Wir haben dann angefangen, Spenden zu sammeln, eine Webseite gemacht. Je tiefer wir in die Thematik eingestiegen sind, desto größer ist unser Problembewusstsein geworden. Im Laufe der Jahre ist aus dem kleinen Gedanken, zu helfen, immer mehr eine Initiative geworden. Und inzwischen eine Stiftung.

Eine Stiftung namens „One Warm Winter“, die sich mit einem ganz neuen Projekt ins Gespräch gebracht hat, womit sie möglicherweise bundesweit Initiativen inspirieren kann.

DU: Wir sind keine „klassische“ Unterstützerorganisation wie die Bahnhofsmision. Wir erfüllen eher eine Schnittstellenfunktion, indem wir uns bei den einzelnen Institutionen, die sich aktiv um Obdachlose kümmern, erkundigen, was gebraucht wird. Im Gegensatz zu den meisten Institutionen auf dem Feld der Obdachlosenhilfe sprechen wir ein eher junges Publikum an. Wir ha-

Kleines Stück Leben

Ralf Richter hat *Daniel Uppenbrock (DU)* und *Julia Troll (JT)* über eine inspirierende Möglichkeit gesprochen, Wohnungslosen in Berlin zu helfen – die Kiezmarke.



ben bemerkt, dass viele zu Mikrospenden von ein bis drei Euro bereit sind. Bei uns kann man Kleidung kaufen und die Kampagne unterstützen und selbst zum Botschafter werden. Kurz: Wir haben uns damit befasst, die Finanzierungsmöglichkeiten in der Obdachlosenhilfe zu pluralisieren.

Bei der großen Vielzahl von Obdachloseninitiativen und -organisationen – allein in Berlin gibt es vielleicht um die 150 –: Wäre es da nicht vorstellbar, über eine Dachorganisation die Interessen zu bündeln?

JT: So viele Obdachlose es in Berlin gibt, so unterschiedlich sind auch die Bedürfnisse. Wir arbeiten viel mit dem Straßenkinder e.V. zusammen, der sich viel mit jungen Obdachlosen beschäftigt. Es gibt Obdachlosen mit Hunden, Obdachlose mit körperlichen Behinderungen, obdachlose Frauen usw. Die Bandbreite ist also sehr groß. Einen Zusammenschluss bildet da zum Beispiel die AG Leben mit Obdachlosen – ein Zusammenschluss aus 70 kirchlichen und sozialen Initiativen der Obdachlosenhilfe Berlin. Weiterhin findet man unter Kältehilfe Berlin einen digitalen Wegweiser über die Hilfsangebote,

sogar sechssprachig. Unter anderem auch in Bulgarisch, Polnisch und Rumänisch.

Nun habt ihr etwas ganz Neues entwickelt – die Kiezmarke. Wie seid ihr darauf gekommen, hatet ihr vielleicht internationale Vorbilder?

JT: Aus den USA kommt die Idee mit Suspended Coffees. Das funktioniert so, dass man einen Kaffee trinkt, einen zweiten bezahlt, den anschreiben lässt und jemand, der es sich nicht leisten kann, weil er kein Geld hat, geht in diesen Laden und bekommt den Kaffee dann gratis. Vergleichbar ist die Aktion „Brot am Haken“, wo man ein zweites Brot kauft, einen Bon an Wand hängt und jemand, der bedürftig ist, so zu einem Brot kommt.

Das läuft alles ohne Geld. Über Anschreiben oder mit einem Bon, ihr probiert es aber mit einer fiktiven Währung. Warum?

JT: Wir fanden diese verschiedenen Ansätze für einzelne bestimmte Produkte ganz prima, wollten aber etwas schaffen, womit man auch mit den Betroffenen direkt in Kontakt tritt und das Geschenk quasi persönlich übergibt.

Außerdem wollten wir eine Bandbreite an Produkten oder gar Dienstleistungen anbieten können.

Wozu und wie kann man eure Kiezmarke benutzen?

JT: Die Kiezmarke steht immer für ein bestimmtes Produkt des jeweiligen Ladens. Zum Beispiel für einen Döner oder einen Burger mit Pommes, für ein Sandwich oder auch für Kleidung oder eine Haarfrisur. Wer die Kiezmarke kauft, kann sie einem Betroffenen schenken, ihn damit auf das entsprechende Produkt einladen und ihn damit ein Stück am Leben teilhaben lassen. Die Geschäfte wiederum zeigen, dass sie die Betroffenen willkommen heißen. Diese integrativen Aspekte der Kiezmarke sind uns besonders wichtig.

Wo kann man die Kiezmarken kaufen?

JT: Bei allen Kooperationspartnern, die man im Netz finden kann – www.kiezmarke.org Momentan haben wir fünf Kooperationspartner mit zusammen 40 Läden in Berlin.

Sind das kleine Läden?

JT: Auch. Aber es sind auch Ketten wie C&A, die den Löwenanteil gegenwärtig noch stellen. In Kreuzberg ist mit Mustafa's Gemüse Kebap auch ein einzelner, aber über Berlins Stadtgrenzen bekannter Laden dabei. Den Haarschnitt besorgt Ebony & Ivory. Wir sind aber aktuell in Gesprächen mit weiteren Läden, und wie gesagt: Auf der Homepage wird man immer die aktuellen Läden finden, wo man sich Kiezmarken kaufen kann.

Welchen Wert haben die Kiezmarken – gibt es die so für zwei, drei oder fünf Euro?

JT: Die Kiezmarke hat immer den Wert eines Produkts. Bei Mustafa ist das ein Döner, bei Ebony & Ivory ein Haarschnitt. Ein wenig anders sieht das bei C&A aus, da gibt es eine Gutscheinkarte, die mit unterschiedlichen Beträgen für Kleidung aufgeladen werden kann. Wer will, kann fünf Euro aufladen – aber nach oben ist natürlich keine Grenze gesetzt ...

Wann begann das Projekt Kiezmarke?

JT: Mitte Dezember 2018 haben wir begonnen, also ist alles noch ganz frisch und in der Anfangsphase. In Zukunft werden wir monatlich Rückmeldungen bekommen, wie viel verkauft und wie viel eingelöst wird. Da sind schon sehr gespannt. Wir hatten auch schon ein paar Rückkopplungen, zum Beispiel hat die Kiezmarke bei Beschäftigten von C&A großen Anklang gefunden, die Kiezmarken kaufen und verschenken. Ich habe auch gehört, dass manche die für Weihnachten gekauft und an Freunde verschenkt haben.

Interessieren sich auch andere Städte für euer Modell?

JT: Wir haben verschiedene Anfragen, und das nicht nur aus Deutschland, sondern auch aus der Schweiz oder Österreich. Zunächst aber wollen wir in Berlin weiter wachsen. Dann wäre es natürlich unser Traum, wenn wir unser System bundesweit etablieren könnten. Aber das ist noch Zukunftsmusik.

Mehr Europa wagen!

„Europa ist eine wunderbare Idee, nur sind die Völker längst nicht soweit. Sie werden eifersüchtig in die Töpfe der Nachbarn sehen und sich übervorteilt fühlen. Aus einem Europa befreundeter Staaten wird eine zänkische, missgünstige Großfamilie werden.“

Nun, damit trifft Lorient des Pudels Kern. Schaut man aktuell auf Europa, bleibt es jedoch weder bei Zank und Missgunst noch beim Pudel. Die Krise, in der sich Europa befindet, geht wesentlich weiter. Und ist zutiefst beunruhigend. Denn mittlerweile steht die „Großfamilie“ vor einer Scheidung: Im März 2019 wird Großbritannien vermutlich als erstes Mitglied der EU verlassen. In anderen Mitgliedstaaten machen sich rechtspopulistische Parteien in der Regierung breit. Einige fordern sogar die Auflösung der EU.

Es gilt, sich diesen Orbans und Le Pens entgegenzustellen. Und ja, in diesem Jahr besonders, denn es wird für uns alle ein entscheidendes. Die Antwort auf die Frage „Wie hältst Du es mit Europa?“ wird einen Teil unserer Zukunft bestimmen. Dazu braucht es DIE LINKE und mehr denn je ein vereintes Europa und Reformen, um gerechter, demokratischer und solidarischer zu leben. Wir brauchen ein europäisches Lebensgefühl und ein Europa, das die Zukunft seiner Bürgerinnen und Bürger sichert.

Unsere europäische Erzählung basiert auf einem linken Internationalismus, der die Befindlichkeiten der Menschen hier wie im (europäischen) Süden im Blick hat. Von Athen bis Stockholm, von Tallinn bis Lissabon. Dem Grundrecht auf Leben überall Geltung zu verschaffen in einer Welt ohne Grenzen – genau das ist es, wofür wir streiten. Und wofür es eine Republik Europa braucht. Es braucht sie, um die regionalen Traditionen sowie Kulturen mit gemeinsamen Kämpfen und Interessen der Menschen zu

verbinden. Es braucht eine europäische Gesellschaft mit europäischen Bürgerinnen und Bürgern.

Denn Demokratie, Bürgerrechte, Sozialstaat und Klimaschutz müssen europaweit verteidigt werden. Und das auch im Kleinen. Wir müssen den Menschen verdeutlichen, welche positiven Auswirkungen Europa bis in ihre Kommune hat. Hier sind unsere Wurzeln – hier leben und lieben wir. Hier erleben wir selbst, wofür Steuern, Abgaben und Gebühren

verwendet werden. Als LINKE verstehen wir die Kommunen vor allem als Lebens- und Selbstentfaltungsräume für alle. Deshalb spricht so vieles für die kommunale Selbstverwaltung. Daher fordern wir für unsere Vision mehr direkte Partizipation der europäischen Bürgerinnen und Bürger und eine zweite Parlamentskammer für die Regionen. Wir können unsere europäischen gar nicht von den kommunalen Ideen trennen: Rekommunalisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge, Dienstleistungsrichtlinie, Herausforderungen bei öffentlichen Ausschreibungen ... Es ist also unsere Aufgabe, die Verbindungen zwischen den weit entfernt scheinenden politischen Ebenen aufzuzeigen und den Menschen zu erklären, warum es eben nicht nur zu Hause, sondern auch in „diesem Europa“ wichtig ist, wer die Interessen der Bürgerinnen und Bürger vertritt.

Deshalb wollen wir mit den Menschen Konzepte entwickeln, wie diese Kompetenzverteilung konkret aussieht. Und nein, unsere Vision ist weder die Schaffung eines Superstaats noch die Gestaltung der EU nach dem Muster eines bestimmten Mitgliedsstaates. Es ist eine Vision, die zeigt, dass mehr Europa der erfolgreichste Weg in eine bessere Zukunft für alle ist.

• Luise Neuhaus-Wartenberg



„Nach Golde drängt, ...“

am Golde hängt doch alles. Ach wir Armen“. Das sagt Goethes Margarete im ersten Teil des Faust. Sie sagt es so bei sich und bangt um Gretchen, die sich vom Schmuck, den Mephisto herbeigebracht hat, betören lässt. Die weise Margarete weiß, dass dem nur Unheil folgen kann. Zu selten und nur für Wenige kam es jemals anders.

Da war zum Beispiel der König Midas. Er fing Silenos ein, dessen Weisheit er sich zu eigen machen wollte. Dionysos aber musste, zwecks Befreiung seines alten Lehrers, Midas den Wunsch erfüllen, dass alles zu Gold würde, was Midas berührte. Die Freude war kurz: Midas berührte seine Tochter und sie wurde zu einer leblosen Statue aus Gold. Midas selbst drohte zu verhungern und zu verdursten, denn alles was er anfasste wurde ja zu Gold. Gold kann man nicht essen. Das weiß das Volk, das keines hat. Im Tod nützt es übrigens auch nichts. Das letzte Hemd hat keine Taschen.

Mit der Zeit währte man sich schlauer. Nicht durch Berührung sollte Gold entstehen; ging nicht und war ja auch zu gefährlich. Einen „Stein der Weisen“ sollte es aber geben, der jedes unedle Metall zu Gold machen könnte.

Die Alchimisten und die Könige glaubten daran, weshalb die Herrscher die Alchimisten für sich arbeiten ließen, sie gut versorgten, aber sicherheits halber auch gefangen hielten. Wer weiß wohin und wozu die entflohen wären, wenn sie denn das Geheimnis gelüftet hätten? Ein solcher Alchimist war auch Johann Friedrich Böttger, der seine Freiheit aufgab, sich August dem Starken verschrieb und sich ans Werk machte. Lange wurde nichts und Böttger ahnte auch, dass es wohl nie etwas werden würde. Flucht war sinnlos, immer wieder wurde er eingefangen. Der „Stein der Weisen“ entpuppte sich als „Stein der Dummen“. Das kommt öfter vor. Böttger gewann jedoch an Weisheit, verlegte seine Bemühungen und erfand das Porzellan – nach seinem Wert „weißes Gold“, wie sich herausstellte.

Die Gier nach Gold war aber deshalb nicht befriedigt. Der Besitz von Gold war immer noch der Ausweis von Reichtum. Als man die „neue Welt“ Amerika entdeckte, fand man zunächst Indianer vor, die kaum wer brauchte, weil sie sich nicht zur Arbeit einspannen und ihrer Freiheit berauben lassen wollten. Am Gold lag ihnen nichts und auch nicht an Porzellan. In

ihren Flüssen und Bergen war Gold jedoch vorhanden. Einigen brachte das Reichum, vielen Unglück, den Indianern zumal. Ist aber im Grunde alles bekannt, mitsamt der Schießereien und den dazugehörigen Revolverhelnden.



Es ist also schwierig, zum Gold Neues zu erzählen, selbst wenn man es umfärbt. „Schwarzes Gold“, auch Erdöl genannt, brachte wiederum wenigen Reichtum, der Menschheit aber viel Elend.

Weil unbelehrbar, hat es unlängst wieder jemand in besonderer Weise mit Gold versucht. Der Protz hat nicht hinterm Berg gehalten, dass er sich so manches leisten kann und sich deshalb von armen Schluckern – und sicher auch Schluckerinnen – nicht ins Essen spucken lässt. Sie mögen

sich vermehren, er sagte es vulgär, ihn aber in Ruhe lassen. Seine Speise war ja auch höchst exquisit – nicht ganz aus Gold, aber doch mit Gold gespickt. Der Preis war dementsprechend angemessen für einen Fußballprofi. In seinem Verein verdient man das Geld dafür. Dass der Präsident des Vereins wegen der hohen Gegen für seine Spieler gleich „Steuervermeidung“ betreiben musste, soll ein Gerücht sein. Weil ihm der Betrug aber Gold in die Taschen brachte, sperrte ihn die Herrschenden in bewährter Manier ein, damit er seine Kunst nicht verriete, ihnen aber etwas abgebe. Der Fußballer, ein für seinen Charme berühmter Franzose, kann hingegen mit seinem Geld machen, was er will. Der Skandal ist, dass man mit Dribbeln und auf den Ball Treten so viel Geld verdienen kann, dass es für goldbelegte Steaks locker reicht. Das zerschlägt Porzellan bei den Fans, schafft überdies nicht selten Neid bei jenen, die kein Geld für Gold haben. Das ist allerdings kein gutes Ende.

Dionysos gelang ein besseres. Als Midas zu verhungern und zu verdursten drohte, tauchte er ihn in den Fluss Paktolos. Das erlöste Midas. Der Fluss indes war fürderhin der goldreichste in ganz Kleinasien. Wer aber meint, jetzt wäre das Gold gleichmäßig zu verteilen gewesen, der oder die irrt – siehe die Goldwäscher im „Wilden Westen“. „Ach wir Armen!“

Mit allen Sinnen bei Rosa und Karl

Wulf Skaun über den Jour Fixe anlässlich des 100. Jahrestages des feigen Doppelmords

Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht hätten bei Jour fixe ihre helle Freude gehabt. Geriet doch die Würdigung ihres Lebens und Wirkens 100 Jahre nach ihrer Ermordung, fernab pflichtschuldiger-kalendarischer Huldigung, zu einer originären Geschichtsstunde voller streitbarer Gedanken und solidarischer Gefühle. Manfred Neuhaus und Klaus Kinner, die Begründer des unkonventionellen Gesprächskreises, hatten für dessen 41. Auflage ein attraktives Vortragsprogramm entworfen, das damit lockte, vermeintlich Allbekanntem neue Sichten abzugewinnen und bisher Unabgeholtes in den Fokus der Aufmerksamkeit zu rücken. Ihr Konzept ging auf: Trotz winterlicher Wetterunbilden strömten am 9. Januar Scharen Interessierter in die Leipziger Harkortstraße 10, um der beiden Revolutionäre bei gemütvoller und intellektueller Kost nah zu sein.

Moderator Klaus Kinner fand zunächst berührende Worte, die wenige Tage zuvor verstorbene Luxemburg- und Liebknecht-Forscherin Annelies Laschitzka in das ehrenvolle Gedenken einzuschließen. Eine berechtigte Geste, sind doch nun die Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte 14 und 15, die den beiden Linksozialisten gewidmet sind, zum Vermächtnis der Berliner Historikerin geworden.

Um jenen mit Argumenten entgegenzutreten, die meinen, Luxemburg und Liebknecht seien als Leitbilder und Figuren der positiven Erinnerung ungeeignet, das berühmte Zitat hätte sich nur auf abweichende Spielarten der Linken in Russland bezogen, resümierte Manfred Neuhaus die bisherigen Bemühungen um eine moderne textkritische Ausgabe der Breslauer Ge-

fängnismanuskripte „Zur Russischen Revolution“. Wie unser früh verstorbener Philosophenfreund Volker Caysa gezeigt habe, sei es Rosa Luxemburg nicht „nur“ um Meinungsfreiheit, sondern um öffentliche Freiheit als generelle Voraussetzung und Bedingung von Handlungsfreiheit gegangen. Die Freiheitsmetapher besitze deshalb eine universale Dimension.



Beerdigung der Revolutionsopfer vom Januar 1919 am 25. Januar 1919 auf dem Friedhof Berlin-Friedrichsfelde

Dass diese theoretische Auffassung Luxemburgs der Praxis der Bolschewiki in Russland widersprach, machte Ursula Wohlfeld anhand von Schlüsselpassagen aus der textkritischen Ausgabe von Kinner und Neuhaus deutlich, die Luxemburgs antidiktatorische Position erklären. Dann unterbreitete Wilfried Trompelt neueste Untersuchungsergebnisse über Luxemburgs kurze, aber wirkungsvolle Tätigkeit als Chefredakteurin der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“

in Dresden. Heft 16 der Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte dokumentiert das Intermezzo der damals 27-Jährigen in Wort und Bild, womit eine Lücke in der regionalen Geschichtsschreibung der deutschen Arbeiterbewegung geschlossen wird.

Volker Külow verschob in seiner Karl Liebknecht gewidmeten Rede aus ge-

mut erregt, weil Freundin Luise in deren Optik als vermeintlich Unberufene nicht imstande gewesen sei, Rosas geistiges Erbe zu verteidigen. Holger Politt, Leiter des Warschauer Büros der RLS, wandte sich Rosa Luxemburgs Nachleben in der 3. Polnischen Republik zu. Für den Sommer dieses Jahres kündigte er ein Buch an, in dem authentische Dokumente den Weg ihrer jüdisch-polnischen Familie nachzeichnen. Antonia Opitz' Anmerkungen zu Georg Lukács und Rosa Luxemburg und Monika Runge's Darlegungen zu Hannah Arendt und Rosa Luxemburg schlossen den Themenkreis des wissenschaftlichen Gedächtnisprogramms.

Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht zu ehren, hieß bei Jour fixe 41, ihr Wirken als Politiker und Theoretiker nicht allein logisch und historisch zu würdigen, sondern ihrer auch als Menschen aus Fleisch und Blut, als feinsinnige, natur-, kunst- und kulturverbundene Charaktere emotional zu gedenken. Die Lebenskünstlerin Rosa bot selbst die treffendste Vorlage für diese Seite der Hommage an sie und ihren Kampfgenossen. Ihren tief berührenden „Büffelbrief“ an Sophie Liebknecht, Karls Frau, las Lydia Neumann einfühlsam in die andächtige Stille der Anwesenden hinein. Auch der musikalische Rahmen der Gedenkstunde traf den Geist des Memorials wie den Nerv des Auditoriums gleichermaßen. Frédéric Chopins Gefühlsschwankungen interpretierendes Prélude op. 28, Nr. 15, war eingangs erklungen; des polnischen Nationalkomponisten träumerisch-dunkles Nocturne Nr. 8, op. 27/2, setzte einen gefühlsbetonten Schlusspunkt unter eine in jeder Beziehung denkwürdige Veranstaltung.

Sozialhaushalt weiter unter den Erwartungen

Sozial-Skandal des Monats

Susanne Schaper kritisiert die Ausgabepläne der sächsischen Regierung für 2019 und 2020

Im Dezember wurde der Doppelhaushalt für 2019 und 2020 im Landtag verabschiedet. Nach dem persönlichen Austausch in den Ministerien und den Ankündigungen der CDU durfte man gespannt sein, wie sich diese im Sozialhaushalt (Einzelplan 08) niederschlagen. Zudem war ja bekannt, dass für 2019 und 2020 genug Geld da ist. Beste Voraussetzungen also, um einen ideenreichen, dem Bedarf entsprechenden Haushalt zu entwerfen. Wir waren gespannt, ob die Staatsregierung die Gunst der komfortablen Haushaltssituation nutzen würde, um wichtige Investitionen einzuplanen. Doch weit gefehlt. So wird beispielsweise der Investitionsstau bei den Kranken-

häusern, der nach Angaben der Sächsischen Krankenhausesellschaft 2016 bei 350 Millionen Euro lag, auch nach 2020 bestehen bleiben. Und das obwohl die Bundesländer für die Krankenhausinvestitionen verantwortlich sind. Die Staatsregierung erfüllt diese hoheitliche Aufgabe seit Jahrzehnten nicht im erforderlichen Umfang. Sie scheint nicht verstanden zu haben, dass selbst die beste Krankheitslandschaft nur solange gut bleibt, wie nötige Ersatzinvestitionen getätigt und elektronische Ausstattungen auf den aktuellen Stand gebracht werden.

Sachsen muss auf der Grundlage von Solidarität und Gerechtigkeit funktio-

nieren. Mit dem von der Staatsregierung vorgelegten Sozialhaushalt ist das nicht gewährleistet. Deshalb haben wir im Sozialausschuss 47 Änderungsanträge eingereicht. Damit wollten wir erreichen, dass die Koalition in einigen Bereichen wenigstens über Erhöhungen nachdenkt. Denn natürlich war uns bewusst, dass all unsere Anträge aus parteipolitischen Kalkül abgelehnt werden.

In unseren Anträgen wollten wir unter anderem Verbesserungen für Familien mit Kindern und beim Kinderschutz erreichen. Wir wollten das Ehrenamt und Beratungsstellen stärker fördern, mehr Geld für die Jugendhilfe und die

Jugendarbeit. Wir wollten Verbesserungen für Menschen in benachteiligten Lebenssituationen, seien es Menschen mit Behinderungen, Familien mit sehr geringen Einkommen oder Wohnungslose. Den Hauptanteil jedoch machten Anträge zur gesundheitlichen Versorgung aus, zum Beispiel für Digitalisierung und Telemedizin, zu Investitionen in die Krankenhäuser und zur Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes.

Mehrheiten konnten wir leider nicht gewinnen, so dass auch der Sozialhaushalt für die nächsten zwei Jahre deutlich unter den Möglichkeiten und den Erwartungen bleibt.

Unklar und unverhältnismäßig

Wie passt das neue Polizeigesetz in die deutsche Sicherheitsarchitektur? Teil 5/5 – von *Enrico Stange* und *Florian Kraemer*



Die landläufige Definition des Begriffs „öffentliche Ordnung“ unterliegt erheblicher Kritik. „Die in der Definition der öffentlichen Ordnung angesprochenen ‚ungeschriebenen Regeln‘ sind keine Rechtsnormen. Insbesondere sind sie nicht Gewohnheitsrecht. Es handelt sich um gesellschaftliche Ordnungsnormen. Indem diese zum Schutzgut des Polizeirechts erhoben werden, wird von allen verlangt, sich nach ihnen zu richten. Kriterium für die Aufnahme von Regeln in den Verhaltenskodex sollen die Auffassungen der Mehrheit sein. Die Definition der öffentlichen Ordnung entspricht aber längst nicht mehr der Realität. [...] Die traditionelle Definition sollte daher aufgegeben werden und das komplexe Schutzgut der öffentlichen Ordnung, vergleichbar wie dies bei der ‚öffentlichen Sicherheit‘ der Fall ist, in bestimmte Schutzgüter aufgliedert werden, die sich aus den heutigen Anwendungsfeldern ergeben.“ (Götz 2013, S. 32) Dennoch wird diese Definition in das sächsische Polizeivollzugsdienstgesetz eingeführt. So entsteht eine Generalklausel für das Einschreiten der Polizei gegen irgendwie geartetes abweichendes Verhalten, ohne hinreichend zu bestimmen, was „herrschende Anschauungen“ sind und wann Anschauungen zu herrschenden Anschauungen werden.

Das Polizeibehörden- und das Polizeivollzugsdienstgesetz führen viele weitere Regelungen ein, deren Anwendung hoch umstritten ist und bei denen abzusehen ist, dass sie gerichtlich überprüft werden. Das gilt z. B. für die Verknüpfung der Befugnis zum Betreten einer Wohnung mit der gleichzeitigen Durchsuchungsbefugnis (§ 23 Gesetzentwurf des SächsPVDG) oder die Befugnis der Polizeibehörden, in den fließenden Verkehr einzugreifen (§ 19 Abs. 1 des Gesetzentwurfes des SächsPBG). Aus der allgegenwärtigen Begründung „Abwehr von Terror“ erschließen sich diese Befugnisserweiterungen nicht. Sie stellen ohne Not Rechts- und Anwendungunsicherheit für die Polizei bzw. die gemeindlichen Vollzugsdienste dar. Man kann davon ausgehen, dass Polizeibedienstete Befugnisse zurückhaltender und unsicherer anwenden, solange diese nicht abschließend und gegebenenfalls durch juristische Überprüfung konkretisiert sind.

Von einer guten Polizeirechtsnovelle dürfen Bürgerinnen und Bürger erwarten, dass ein rechtsstaatlich sauberes Gesetz durch gut ausgebildete Polizeibedienstete rechtssicher und souverän angewendet wird. All diese Prämissen sind bei dem vorliegenden Gesetzentwurf zweifelhaft. Durch den Personal-mangel der Polizei fällt bereits jetzt ein erheblicher Teil der Weiterbildungsveranstaltungen aus (Landtagsdrucksache 6/7741). Die Einführung eines neuen Gesetzes löst aber einen erheblichen Weiterbildungsbedarf aus. Es steht zu befürchten, dass das unnötig in seinem Umfang neu gefasste und teils rechtswidrige und ungenaue Gesetz durch unzureichend geschulte Bedienstete angewendet werden muss.

Mit der Einführung des Begriffs „Ordnungswidrigkeit von erheblicher Bedeutung“ (§ 4 Abs. 6 Gesetzentwurfes des

SächsPVDG) entsteht ein weiteres Problem. Zwar wird in diesem Abschnitt definiert: „Ordnungswidrigkeiten von erheblicher Bedeutung: Ordnungswidrigkeiten, bei deren Begehung ein Schaden für ein bedeutsames Rechtsgut, wie Bestand oder Sicherheit des Bundes oder eines Landes, Leben, Gesundheit, Freiheit einer Person oder bedeutende Sach- und Vermögenswerte, zu befürchten ist oder wenn die Vorschrift ein sonst bedeutsames Interesse der Allgemeinheit schützt“. Jedoch wird nicht ausgeführt, welche Ordnungswidrigkeiten nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz das sein sollen. Nach laufender Rechtsprechung fallen u. a. erhebliche Ruhestörungen, Ordnungswidrigkeiten aus dem Umweltrecht (Gewässerverschmutzungen, wilde Müllentsorgung) und das unzulässige Zünden von Pyrotechnik unter die Ordnungswidrigkeiten. Selbst wenn im Polizeivollzugsdienstgesetz die „Ordnungswidrigkeit von erheblicher Bedeutung“ klar geregelt wäre, ergäbe sich ein erheblicher Interpretationsspielraum. Ab wann etwa ist eine Ruhestörung eine erhebliche und wann es sich um eine nach ihrer Intensität und Dauer hinzunehmende Ruhestörung?

Problematisch wird diese Unklarheit in Bezug auf die Befugnisserweiterung des Polizeivollzugsdienstes und der Polizeibehörden. Im bislang geltenden Polizeigesetz sind Gewahrsamnahmen nur bei einer Störung der öffentlichen Sicherheit zulässig (§ 22 Abs. 1 SächsPolG). Nach § 22 Abs. 1 des Gesetzentwurfes des SächsPVDG sollen Gewahrsamnahmen auch bei „einer Ordnungswidrigkeit von erheblicher Bedeutung für die Allgemeinheit“ zulässig sein. Und nach § 33 Abs. 2 des Gesetzentwurfes des SächsPBG sind die Voraussetzungen für den Erlass einer Alkoholkonsumver-

botzone dahingehend erweitert, dass entgegen § 9a Abs. 1 SächsPolG nicht mehr nur alkoholbedingte Straftaten zum Erlass berechtigen, sondern auch „alkoholbedingte Ordnungswidrigkeiten von erheblicher Bedeutung“.

Zu bedenken ist weiterhin der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. „Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz stellt die bedeutendste Rechtsschranke des Einschreitens zum Zweck der Gefahrenabwehr dar. Im weitesten Sinne umfasst er die folgenden Grundsätze: 1) das Erfordernis, dass die behördlich angewandten Mittel geeignet zur Gefahrenabwehr sein müssen (Geeignetheit); 2) von mehreren geeigneten Maßnahmen ist diejenige zu ergreifen, die den Einzelnen und die Allgemeinheit am wenigsten beeinträchtigt (Grundsatz der Erforderlichkeit oder des geringsten Eingriffes; Grundsatz des mildesten Mittels); 3) Maßnahmen dürfen nicht zu einem Schaden führen, der zu dem beabsichtigten Erfolg erkennbar außer Verhältnis steht (Verhältnismäßigkeit im engsten Sinne)“ (Götz 2013, S. 105). Eine Vielzahl von Bestimmungen entspricht diesen Grundsätzen nicht. So etwa § 59 „Einsatz technischer Mittel zur Verhütung schwerer grenzüberschreitender Kriminalität“: Nach dieser Norm wäre in einem Korridor von 30 km diesseits der Außengrenzen, „soweit Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass der betreffende Straßenabschnitt von herausgehobener Bedeutung für die grenzüberschreitende Kriminalität ist“, Videoüberwachung und der automatisierte Abgleich der angefertigten Bildaufzeichnungen mit Gesichtserkennungssoftware zulässig. Da der Eingriff in die informationelle Selbstbestimmung unter Verweis auf die Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität die Allgemeinheit trifft,

steht die Verhältnismäßigkeit in Frage. Nach Angaben des Innenministeriums liegt die „Grenzkriminalität auf niedrigstem Stand seit zehn Jahren“ (Sächsisches Staatsministerium des Inneren 2018). Auch nach der Polizeilichen Kriminalstatistik Sachsens (PKS) aus den Jahren 1993 bis 2017 ist bei Kfz-Diebstahl (1993: 27.336 Fälle; 2017: 2.503 Fälle) ein Rückgang um 91 Prozent und bei Wohnungseinbrüchen (1993: 7.606 Fälle; 2017: 4.071 Fälle) um 46 Prozent festzustellen. Trotz der eingeschränkten Aussagekraft der PKS (Dörmann 2004) ist ein massiver Grundrechtseingriff mit der herausgehobenen Bedeutung grenzüberschreitender Kriminalität bei extremen Rückgängen wichtiger Deliktformen nicht zu begründen. Kfz-Diebstahl und Wohnungseinbruch können aufgrund der hohen Versicherungsabdeckung und des sehr geringen Dunkelfeldes als guter Indikator für die Kriminalitätsentwicklung dienen.

Offenkundig ungeeignet ist die „Anlassbezogene automatisierte Kennzeichenerkennung“ (§ 58). Die Probe-phase der mobilen automatisierten Kennzeichenerkennung weist eine Fehlerquote von über 97 Prozent aus (Landtagsdrucksache 6/8121), so dass alle „Treffer“ manuell von Polizeibediensteten überprüft werden mussten. Die hohe Fehlerquote rührt von der schlechten Bildqualität her (Landtagsdrucksache 6/8122). Diese technischen Einstellungen ergeben aber nur dann einen Sinn, wenn künftig wie in anderen Bundesländern durch Abgleich von Fahndungsbildern Bewegungen von Personen nachvollzogen werden sollen (Kichling/Kenzel 2011). Hierzu müsste jedoch das noch nicht beschlossene SächsPVDG geändert werden, da im gegenwärtigen Entwurf das Zusammenführen der Daten zu einem Bewegungsprofil unzulässig ist (§ 58 Abs. 3).

Viele der Befugnisse weit im Vorfeld konkreter Gefahren, Straftaten oder Vorbereitungshandlungen und die damit verbundenen Grundrechtseinschränkungen sind vermutlich unverhältnismäßig. Dies betrifft unter anderem § 21 „Aufenthaltsanordnung und Kontaktverbot“, § 61 „Ausschreibung zur polizeilichen Beobachtung und zur gezielten Kontrolle“, § 63 „Längerfristige Observation unter Einsatz technischer Mittel“ und § 66 „Telekommunikationsüberwachung“.

Literatur

Dörmann, Uwe: Zahlen sprechen nicht für sich. Verlag Luchterhand, München 2004.

Götz, Volkmar: Allgemeines Polizei- und Ordnungsrecht. Verlag C.H. Beck, München 2013.

Kichling, Michael/ Kenzel, Brigitte: Recht und Praxis der anlassbezogenen automatisierten Kennzeichenerkennung, Verkehrsdatenabfrage und Mobilfunkortung zur Gefahrenabwehr in Brandenburg. Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht, Freiburg 2011.

Stange, Enrico. Kleine Anfrage zum Thema: Geräte zur mobilen automatisierten Kennzeichenerkennung (AKES). Drucksache Sächsischer Landtag 6/8122.

Stange, Enrico. Kleine Anfrage zum Thema: Mobile automatisierte Kennzeichenerkennung 2013-2016. Drucksache Sächsischer Landtag 6/8121.

Stange, Enrico. Kleine Anfrage zum Thema: Fortbildungsveranstaltungen bei der sächsischen Polizei 2014 - 2016. Drucksache Sächsischer Landtag 6/7741.

Die Novemberrevolution hatte 1918 die Beendigung des Weltkrieges erzwungen und die Hohenzollernmonarchie hinweggefegt. Kurzzeitig schien es möglich, den Weg zu einer demokratischen sozialistischen Entwicklung einzuschlagen. Doch die Führung der SPD ging ein Bündnis mit der Obersten Heeresleitung ein und sorgte dafür, dass der alte Staatsapparat und die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse unangetastet blieben.

Den entscheidenden Wendepunkt in der revolutionären Massenbewegung bildete der in der Zeit vom 16. bis 20. Dezember 1918 durchgeführte Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin. Der mit großer Mehrheit gefasste Beschluss beinhaltete – auf sozialdemokratischen Antrag –, Wahlen zu einer Verfassungsgebenden Nationalversammlung am 19. Januar 1919 durchzuführen und bis dahin die gesetzgebende und vollziehende Gewalt dem von den SPD-Führern Ebert und Scheidemann geleiteten Rat der Volksbeauftragten zu übertragen.

Die Wahl zur Nationalversammlung brachte eine Mehrheit für die bürgerlichen Parteien. Von den rund 30 Millionen Stimmen entfielen auf die SPD 11,5 und auf die USPD 2,3 Millionen, auf die bürgerlichen Parteien vom Zentrum bis zu den Deutschnationalen rund 16 Millionen. Bezeichnenderweise trat die Nationalversammlung (bei der nächsten Wahl hieß es wieder Reichstag) am 6. Februar 1919 fernab der Reichshauptstadt unter dem

100 Jahre Weimarer Republik

Winfried Steffen erinnert an die Ereignisse von 1918 und 1919



Reichskongress der Arbeiter- und Soldatenräte 1918. Auf der Ministerbank Barth, Ebert, Landsberg, Scheidemann (von rechts nach links).

Schutz konterrevolutionärer Truppen in Weimar zusammen. Daraus resultierte der Begriff Weimarer Republik. In geheimer Abstimmung wurde Friedrich Ebert (SPD) als Reichspräsident gewählt – mit 277 von 328 gül-

tigen Stimmen. Philipp Scheidemann (SPD) bildete das erste Reichskabinett aus Vertretern der SPD, DDP (Deutsche Demokratische Partei) und Zentrum, die Weimarer Koalition. Im Regierungsprogramm wurde die Ver-

fassunggebende Nationalversammlung zum alleinigen Träger der Regierungsgewalt erklärt.

Die bürgerlich-demokratische Weimarer Republik war das Hauptergebnis der antiimperialistisch-demokratischen Revolution, eine bedeutende historische Errungenschaft mit wichtigen demokratischen Rechten und Freiheiten wie regelmäßigen freien Wahlen – auch für Frauen –, Koalitions-, Versammlungs- und Pressefreiheit. Der Achtstundentag wurde gesetzlich festgelegt. Die Weimarer Republik stellte den bis dahin fortschrittlichsten Staat der deutschen Geschichte dar. Gleichzeitig war er mit verhängnisvollen Geburtsfehlern belastet. Mit der Beibehaltung des alten Staatsapparates, der uneingeschränkten Herrschaft des Finanzkapitals, harten Klassenkämpfen und den Belastungen durch den verlorenen Krieg verbunden, basierte dieser Staat auf einer tief gespaltenen Gesellschaft. Dem mit dem bürgerlich-demokratischen Wesen verbundenen Fortschritt standen die Träger des gescheiterten politischen Systems, der nicht entmachtete Militarismus gegenüber. Letztere brachten die Dolchstoßlegende und den Revanchismus hervor. Dazu nutzten sie die harten Bestimmungen des Versailler Vertrages aus. Die Tragik der Weimarer Republik besteht darin, dass aus ihr auf legale Weise die Hitlerdiktatur hervorgehen konnte, mit all ihren mörderischen Folgen. Die gesplattene Arbeiterbewegung hat die Tragödie nicht bannen können.

Keine guten Kriegsbedingungen erzeugen!

Von *Regine Eisenmann*, Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft Deutsch-Russische Freundschaft der sächsischen LINKEN

In der Onlineausgabe der Tageszeitung Merkur konnte man nachlesen: „Neue Eskalation im russisch-ukrainischen Konflikt: Am Wochenende hat Russland den einzigen Zugang vom Schwarzen Meer zum Asowschen Meer für zivile Schiffe abgeriegelt. Der abgeriegelte Seeweg, die Straße von Kertsch, liegt zwischen dem russischen Festland und der von Russland annektierten Halbinsel Krim. Sie ist strategisch besonders wichtig. Am Sonntagabend war die Situation eskaliert. Russische Grenzschutzboote hatten Schiffe der ukrainischen Marine attackiert. Moskau bestätigte den Angriff. Kiew hat als Reaktion auf die russische Militäraktion nun seine Streitkräfte in volle Kampfbereitschaft versetzt. Unterdessen hat Russland die Meerenge von Kertsch am Montagmorgen wieder geöffnet.“

Erste Lüge: Russland hat den Zugang nicht für zivile Schiffe abgeriegelt, sondern für die eindringenden Marineschiffe der Ukraine. Das steht weiter unten, unter der Lüge. Somit widersprechen sich die Merkur-Korrespondenten gleich im nächsten Abschnitt. In der Ukraine sind schon vor Monaten viele amerikanische „Militärbe-

rater“ angekommen. Ebenfalls seit Monaten fliegt die ukrainische Seite mit Hubschraubern und Flugzeugen entlang der Trennlinie zur Donezker Republik, um die Streitkräfte zu einem Bruch des Waffenstillstandes zu provozieren. Wäre die Armee der DVR (Donezker Volksrepublik) auf diese Provokationen eingegangen, hätten die Journalisten, die sich auf dem von Kiew kontrollierten Territorium aufhalten, eine Verletzung des Waffenstillstands registriert, wäre somit das Minsker Abkommen verletzt worden. Nach dem gleichen Muster verlief die Provokation im Asowschen Meer. Das Asowsche Meer war schon vor dem Anschluss der Krim an Russland ein russisches Gewässer. Was wollen dann ukrainische Marineschiffe dort? Es ist wieder eine Provokation.

Die aufgebrauchten ukrainischen Boote hatten laut der Behörde des FSB mehrere Granatwerfer, Panzer- und Großkaliber-Maschinengewehre sowie andere Schnellfeuerwaffen, Granaten und Munition an Bord. Außerdem sei auf dem Boot „Nikopol“ ein Dokument entdeckt worden, laut dem die Schiffe geheim von Odessa nach Berdjansk fahren sollten.

Zweite Lüge: Die Halbinsel Krim ist von Russland nicht annektiert worden. Die Bevölkerung der Krim, die zu 90 Prozent aus Russen besteht, hat sich in einer Befragung, zu welchem Land sie gehören will, mit 96,7 Prozent zu Russland bekannt. Somit will die Bevölkerung der Krim gar nicht zum Staat Ukraine gehören. Dazu bedurfte es keiner Annektion. Eine Annektion ist ein militärisches Eingreifen, um sich einen Landesteil anzueignen. Es haben sich sogar Militärangehörige der Ukraine zur russischen Staatsbürgerschaft bekannt. Es gab keinen Krieg um die Krim im Jahr 2014, es war eine Volksabstimmung.

Wer dazu Annektion sagt, will einen Krieg mit Russland, denn völkerrechtlich kann eine Annektion durch einen erneuten Krieg rückgängig gemacht werden. Das sollte jeder bedenken, der von Annektion und nicht von Sezession – einer Abtrennung – spricht.

Wir in Sachsen haben eine Landesarbeitsgemeinschaft Deutsch-Russische Freundschaft gegründet. Wir wollen, dass diese Verleumdungen und Fake-News aufhören, wir wollen Frieden mit Russland. Wir wollen auch Frie-

den mit der Ukraine. Wir wollen keine NATO-Truppen und Waffentransporte durch Sachsen bis an die russische Grenze, nicht vom Flughafen Leipzig aus und nicht mit der Bahn oder über die Autobahn. Die Oder-Neiße-Grenze soll immer noch eine Friedensgrenze sein. Die sowjetischen Soldaten sind 1990 aus Sachsen abgezogen. Niemand wollte und will, dass jetzt US-amerikanische Truppen oder die NATO durch Sachsen ziehen und einen gefährlichen Krieg gegen Russland vorbereiten und ständig an der russischen Grenze dafür üben. Die Kriegsvorbereitung geht schon los, wenn immerwährend Hetze, üble Nachrede, Verleumdung und Falschmeldungen verbreitet werden, damit das Land verächtlich gemacht wird bis hin zur Abneigung und bis zum Hass. Das hat schon das NS-System so betrieben und 1941, als die Bedingungen gut standen, den Überfall gewagt.

Wir wollen keine guten Kriegsbedingungen erzeugen. Wir wollen, dass die Sanktionen, die nicht von Deutschland aus angeregt wurden, sondern von Übersee kamen, endlich beendet werden. Wir wollen ein freundschaftliches Verhältnis zu Russland.

„Besucheraansturm bei Uta“ – so titelte eine Zeitung die Reaktion des Publikums auf die Aufnahme des Naumburger Doms in die Liste des UNESCO-Weltkulturerbes. Im dritten Anlauf klappte es. Erst kam nur der Dom in Vorschlag, was der Kommission offensichtlich zu wenig war. Beim zweiten Mal wurden „Der Naumburger Dom und die hochmittelalterliche Landschaft an Saale und Unstrut“ eingereicht. Aber das war wohl zu viel, so dass mit der dritten Bewerbung die Einmaligkeit des Doms St. Peter und Paul überzeugte. Doch zunächst soll der Leser mit Beispielen des „gefühlten Weltkulturerbes“ im Tal von Unstrut und Saale bekannt gemacht werden.

Ein Viertelliter pro Tag

Die Region wird wohl vor allem mit Weinanbau verbunden, der sie seit mehr als 1.000 Jahren prägt. Der älteste urkundliche Beweis ist eine Schenkungs-urkunde, mit der Otto III. dem Kloster Memleben Weinberge vermachte. Betrieben wird der Anbau der köstlichen Reben aber weitaus länger. Vor allem Mönche nutzten die idealen Bedingungen: Muschelkalkböden, mildes Klima und 1.600 Sonnenstunden im Jahr lassen hier an die 50 Rebsorten reifen. Wein war im Mittelalter Nahrungsmittel, Oberflächenwasser meist ungenießbar, Brunnenwasser knapp und nicht haltbar. So gestanden die Mönche jedem in ihren Krankenhäusern, Herbergen und Werkstätten pro Tag ein Viertelliter zu. Ob sie sich selbst an diese Ration hielten?

Doch die Täler von Saale und Unstrut bieten weit mehr als Wein. Wie an einer Perlenkette reihen sich Zeugnisse aus Jahrhunderten – Klöster, Burgen und Schlösser.

Memleben – Pfalz der Ottonen

Von der einstigen Pfalz Memleben der ostfränkischen Könige Heinrich I. und Otto I., die beide auch hier starben, ist wenig erhalten. Ein Mauerrest mit dem „Kaisertor“ ist der älteste Teil der Anlage. Vom Benediktinerkloster, das Kaiser Otto II. und seine Frau Theophanu zum Andenken an Vater und Großvater stifteten, sind nur die Fundamente der Monumentalkirche beachtlichen Ausmaßes zu sehen. Aber reizvoll noch heute als Ruine die Marienkirche, Kulisse für den Märchenfilm „Jorinde und Joringel“, und vor allem die spätromanische Krypta, der einzige original erhaltene Raum der Klosteranlage.

Dass wir dies noch erleben können, ist Karl Friedrich Schinkel zu verdanken. Der Geheime Oberrat war verantwortlich für Dokumentationen über den Erhaltungszustand von Baudenkmalern. 1833 besuchte er Memleben und verhinderte, dass die Klosterruine weiter als Steinbruch genutzt wird. Von ihm stammt der Ausspruch: „Die Instandsetzung historischer Gebäude ist ein Gegenstand des allgemeinen Interesses und ... der Ehre des Staates, weil sich darin die beste Bildung unserer Zeit aussprechen kann.“ In Memleben sollte man sich Zeit für das Museum nehmen, in dem Besucher Wissen tes-



Blick auf den „Herzoglichen Weinberg“ (rechts), links die Neuenburg.

Saale-Unstrut – Mehr als Wein

Von den Ottonen im Kloster Memleben zur schönen Uta im Naumburger Dom.

Ein Bericht von *Gisela Boldt (Text und Foto)*

ten und erwerben können, etwa über die geschickte Familienpolitik von Otto II., dem Großen.

Adliger Besitz – Literarischer Salon

Hoch über dem Tal grüßt Burgscheidungen, dem Erscheinungsbild nach keineswegs eine Burg, sondern repräsentatives barockes Schloss, das der Leipziger Baumeister David Schatz (1667-1750) gestaltete. Im Terrassenpark stehen lebensgroße steinerne Skulpturen für die zwölf Monate. Der Burgberg ist seit Jahrhunderten besiedelt. Die Burg gehörte dem Bistum Bamberg und wurde bis 1803 an adlige Familien vergeben. So auch an deren von Hoym. Magnus von Hoym heiratete 1703 eine zwölf Jahre jüngere braunschweigische Hofdame, Anna Constantia von Brockdorff. Die Dame sprach mehrere Sprachen, kannte sich in Mathematik aus, ritt und konnte mit Gewehren umgehen. Doch die Ehe scheiterte schon nach zwei Jahren, aber nicht Anna Constantia. Auf sie hatte August der Starke ein Auge geworfen und nahm sie mit nach Dresden. So wurde aus einer von Hoym die Reichsgräfin Cosel. Ihr Schicksal ist bekannt.

1722 ging das Schloss in den Besitz derer von Schulenburg, die sich berühmte Gäste einluden: Gotthold Ephraim Lessing, Christian Fürchtegott Gellert, Conrad Eckhof, Gottlieb Wilhelm Rabener. Es wurde Geburtsort zahlreicher Tragödien und Lustspiele. Seit 2008 in Privathand, kann das Schloss für Feierlichkeiten gemietet werden.

Wo Adelheid von Stade immer noch spuken soll

Im Gegensatz zu Burgscheidungen bewahrte die Neuenburg ihr mittelalterliches Aussehen. Weithin sichtbar schon der „Dicke Wilhelm“, der letzte von einst drei Rundtürmen. Der Baubeginn der Neuenburg 1090 ist Ludwig dem Springer zu danken. Er vergrößerte damit seinen Herrschaftsbereich bis an Saale und Unstrut. Dafür aber musste Pfalzgraf Friedrich III. von Sachsen, der mit Adelheid von Stade verheiratet war, seinen Platz räumen. In der Art, dem nachzuhelfen, war Ludwig nicht zimperlich. Er ließ den Pfalzgraf ermorden und heiratete seine Witwe. Ein Sühnekreuz auf einem Feld in der Nähe von Zscheiplitz erinnert an die Untat. War Adelheid am Mordkomplott beteiligt? Stiftete sie danach dem Kloster Zscheiplitz eine Kirche, um ihr Gewissen reinzuwaschen? Es scheint nicht geholfen zu haben, denn auf der Neuenburg soll es spuken, weil Adelheid von Stade ruhelos durch die Gänge wandelt.

„Athlet“ im Weinberg und im Leipziger Zoo

Es sollte sein Alterssitz werden, als Max Klinger 45jährig im Jahr 1903 einen Weinberg im Blütengrund bei Großjena erwarb. Der Leipziger Grafiker, Maler und Architekt hatte hier mit Elsa Asenijeff, Modell, Muse und Geliebte, eine höchst produktive Zeit. Er vergrößerte sein Anwesen und ließ ein komfortables Wohnhaus bauen, heute Museum. Hier lernte er auch die 19jährige Gerda Bock kennen, die er ein Jahr

vor seinem Tod am 4. Juli 1922 heiratete. Max Klinger wurde im Weinberg beerdigt. Das Grab schmückt seinem Wunsch gemäß seine Skulptur „Athlet“. Elsa Asenijeff, seine langjährige Lebensgefährtin, starb mit 73 Jahren im Leipziger Krankenhaus in Dösen.

Noah, erster Weinbauer in Stein gehauen

Unterhalb des Klingerberges, an der Mündung der Unstrut in die Saale, sind zwölf Bildreliefs in den Stein gehauen, die als die größten im europäischen Kulturraum bezeichnet werden. Die Idee hatte der Juwelier Johann Christian Steinhauer, der 1706 nach Naumburg gezogen war. Die Geschäfte liefen gut, dank der Kunden aus adligen Kreisen. Er wurde Hofjuwelier und kaufte einen Weinberg. Um sich auch künftig guter Aufträge seiner Klientel zu versichern, kam er auf die Idee, anlässlich eines zehnten Thronjubiläums am 17. März 1722 ein Relief in den Felsen arbeiten zu lassen. Um die Gunst des Herzogs buhlend, schlossen sich nach und nach viele Freunde, sogar Handelsherren aus Augsburg und Berlin an, selbst der Naumburger Pastor Fleuter. So wurden es letztlich zwölf Reliefs mit meist biblischen Szenen und so wurde Noah der erste Weinbauer. Leider sind die Steinbilder zum Teil nur von der Straße aus sichtbar, und ein Zaun verwehrt den Zutritt. Zudem sind sie stark verwittert. Aber nun grüßen schon die Türme des Naumburger Doms St. Peter und Paul.

Welterbe-Titel dank des Naumburger Meisters

Man kann es als glückliche Fügung bezeichnen, dass Mitte des 13. Jahrhunderts ein Steinmetz nach Naumburg kam, der als „Naumburger Meister“ in die Geschichte eingehen sollte. Es ist wenig bekannt über den Namenlosen. In Nordfrankreich soll er sein Handwerk erlernt und auf den Dombaustellen der Ile de France vervollständigt haben. In Naumburg schuf er mit dem steinernen Lettner und den zwölf Stifterfiguren im Westchor sein Hauptwerk und etwas Einmaliges. Es sind die lebensgroßen Statuen der Stifter: Acht Männer und vier Frauen. Hervorgehoben Markgraf Ekkehard II. von Meißen mit seiner Frau Uta von Ballenstedt und sein Bruder Hermann mit Frau Reglindis, Tochter des polnischen Königs Boleslaw I.. Es ist beeindruckend, wie lebensnah die Stifter 200 Jahre nach ihrem Tod gestaltet wurden. An den Gesichtszügen, der Haltung der Hände, der Raffung der Gewänder lassen sich Charaktere ablesen: Machtbewusst Ekkehard II., sein Bruder Hermann unentschlossener. Uta sich abschirmend, lebenslustig die Reglindis. Für manchen überraschend, für mich sehr sympathisch, dass um den Welterbe-Titel mit dem Gesicht der Reglindis geworben wurde, auch wenn (oder weil?) Uta jahrhundertlang als schönste (bei den Nationalsozialisten sogar als die „deutsche“) aller deutschen Frauen galt. Der Naumburger Dom mit West- und Ostchor, mit Lettner, Kreuzgang, Domgarten, der Kanzel mit Martin Luther und mit den originellen Handläufen zum Ostchor ist einmalig – wie die gesamte Region an Saale und Unstrut.

Abschied von Rosas Biografin

Manfred Neuhaus mit einem Nachruf auf Annelies Laschitza

In der von Männern dominierten Historikerzunft der DDR war Annelies Laschitza eine Ausnahmeerscheinung. Die vigilante Sächsin Annelies Wegert hatte zunächst den Beruf der Verwaltungsangestellten erlernt und bald selbst an sächsischen Verwaltungsschulen unterrichtet. Dabei lernte sie in Bermsgrün als erfahreneren Berufskollegen ihren künftigen Lebenspartner Horst Laschitza kennen.

Die im Jahr ihrer Eheschließung an der Leipziger Arbeiter- und Bauern-Fakultät erworbene Reifeprüfung öffnete bei beiden den Weg zum Geschichtsstudium bei Ernst Engelberg und Walter Markov an der Karl-Marx-Universität. Wie ihre bewunderten Lehrer wurde Annelies Laschitza eine leidenschaftliche Forscherin. Beflügelt durch die Zusammenarbeit und Freundschaft mit Günter Radczun und Feliks Tych, entfaltete sie ein verwegenes Editions- und Forschungsprogramm, trotzte retardierenden Umständen und fand, wenn es unumgänglich war, auch modifizierende Kompromisse. Am Beginn steht der kategorische Imperativ der Historikerin: ad fontes – zu den Quellen. Er bewahrte sie wie ein innerer Kompass davor, auf dem schmalen Grat zwischen erwarteter Loyalität und intellektueller Selbstbehauptung die Balance zu verlieren. Ihre Rekonstruktion der Debatten, Gemeinsamkeiten und gravierenden Differenzen zwischen Rosa Luxemburg und Lenin lieferte die Argumente, um das Vollständigkeitspostulat der Editionsphilologie gegen die Zensur zu behaupten und das von Stalin, aber nicht nur von ihm verteilte Manuskript „Zur russischen Revolution“ 1974 im vierten Band der Gesammelten Schriften zu veröffentlichen.

Was Laschitza, Radczun und Tych leisteten, um das literarische Erbe von Rosa Luxemburg zu bewahren, ist bewunderungswürdig. Die Gesammelten Briefe und die Gesammelten Werke Ro-



Prof. Dr. Annelies Laschitza (6. Februar 1934–10. Dezember 2018) während des Empfangs zu ihrem 80. Geburtstag am 15. Februar 2014 in der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Foto: Christine Krauss.

sa Luxemburgs (insgesamt 16 Bände) gelten als internationaler Standard. Sie bieten die gesicherte Textgrundlage für moderne Ausgaben in aller Welt. Große Resonanz fand daneben auch Annelies Laschitzas 1996 im Berliner Aufbau-Verlag veröffentlichte Rosa-Luxemburg-Biographie „Im Lebensrausch, trotz alledem“. Darin schildert sie, sensibilisiert durch die Veränderungen von 1989/1990, den Lebensgang ihrer Protagonistin, die zu Krieg und Frieden, Reform und Revolution, Gewalt und Terror, Demokratie und Diktatur geführten Jahrhundertdebatten, aber auch die alltäglichen Freuden, Sorgen und Liebesnöte auf eine neue Weise.

Annelies Laschitza war mit einem großen Talent zur Freundschaft gesegnet. Ihr ungekünstelter Charme bewahrte sie vor Steifheit und Förmlichkeit. Sie zählte nie zu jenen, denen die Brust vor eigener Bedeutung schwillt. Große Erfolge, das hatte sie bald erfahren, sind

selten, müssen hart erkämpft werden und kommen oft teuer zu stehen. Modischer Firlefanz und pseudogelehrtes Brimborium blieben ihr immer fremd. Ihr wissenschaftliches Werk schuf Annelies Laschitza als Mutter zweier Töchter und Ehefrau eines Historikers, den ein tückisches Leiden Jahrzehnte in den Rollstuhl bannte. Eigentlich ist es unmöglich über Annelies zu sprechen, ohne an Horst zu denken, die Liebe ihres Lebens, mit dem sie seit jenen fernen Tagen im idyllischen Bermsgrün fast sechs Jahrzehnte Freud und Leid geteilt hat. Von beiden können wir lernen, wie ein Leben auch unter extremen Bedingungen gelingen kann. Selten hat ein Text so angerührt wie „Leben mit Parkinson. Nicht verzagen, mutig wagen“.

Am 10. Januar 2019 nahmen Freunde und Kollegen aus Nah und Fern mit den Angehörigen Abschied von Rosas Biografin.

ber 1945 Oschatzer Bürgermeister und anschließend bis Ende 1949 Landrat. 1950 erfolgte wegen gesundheitlicher Haftschäden seine Invalidisierung.

Der Beschluss des II. Parteitags im September 1947, die SED zur „Partei neuen Typs“ zu entwickeln, und die damit einhergehende politisch-ideologische Überprüfung der Parteimitglieder hatten zunehmend belastende Auswirkungen auf Johann Reinhard's Mitgliedschaft in der Partei. Ihm wurde bald in aller Schärfe angelastet, „als führender Genosse einer parteifeindlichen Gruppierung angehört“ zu haben, gemeint war seine Zugehörigkeit zur KPD-O. Sein energischer Einspruch gegen diese Anschuldigung blieb erfolglos. Er wurde aus der SED und aus der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ (VVN) ausgeschlossen. Jahre später, vermutlich 1956, wurde mit der nach dem XX. Parteitag der KPdSU auch in der SED

Lyrisches

Statt fortschrittlich

*Seit morschlängem
SPD rosafarbig
Nur einmal rot;
Blutrot durch Noske*

Januar 1919

*KPD schwach und schwankend
Zwischen deutschem und
sowjetischem Weg
Trotzdem hätte Revolution gesiegt
Wären nicht Komplizen der SPD
Strammrechts marschierendes
Militär
Und Freikorps-Bluthorden
Wären nicht Rosa und Karl von ihnen
ermordet*

*Wahrscheinlich keine Krematorium-
Hölle
Unter Hitler
Vielleicht eine helle Bundesrepublik
Ohne Kaltschatten des Kapitalismus*

Das Volk

*Keinen Appetit hat es
Auf Windbeutel Makrone
Seit Macron
Seit Profit-Völlerei
Faselt von europäischen Werten:
Schimmeliges Schaumgebäck
Für Arme und Kleinverdiener*

• Jürgen Riedel

Jahreszeiten

*Gedankenwinter – Einbahnstraße
Hoffnungssommer – Horizontnähe*

In mir

*Eisschmelze
Eiszeit
Noch*

• Janina Niemann-Rich

Vor 125 Jahren geboren: Johann Reinhard

Am 13. Februar 1894 in Hildenhausen bei Heidelberg als Sohn eines Kleinbauern geboren, lebte Johann Reinhard ab 1912 in Oschatz, wo er als Stricker tätig war. Er trat dem Textilarbeiter-

und Taktik der Partei. Als diese ihren Höhepunkt mit der Gründung der KPD-Opposition (KPD-O) erreichten, wurde er ihr Mitbegründer und Vorsitzender in Oschatz. Zugleich war er als Kommunalpolitiker von 1924 bis 1933 Stadtverordneter.

Mit Beginn der faschistischen Diktatur wurde Johann Reinhard für 13 Wochen im KZ Colditz inhaftiert. Es folgten Jahre der antifaschistischen Widerstandarbeit, bevor er 1944 für neun Wochen Häftling im KZ Sachsenhausen war. Nach der Befreiung von der mörderischen Herrschaft des Faschismus war Johann Reinhard von August bis Okto-

einsetzenden Kritik am Stalinismus sein Parteiausschluss rückgängig gemacht. 1965 erfolgte die Anerkennung seiner Parteimitgliedschaft als seit 1919 ununterbrochen. Von 1956 bis 1970 war er in Oschatz ehrenamtlicher Vorsitzender der Gewerkschaft der Mitarbeiter der Staatsorgane und der Kommunalwirtschaft. Am 9. Oktober 1978 verstarb Johann Reinhard in Oschatz.

Die KPD(O) war eine stalinistisch-kritische Strömung im deutschen Kommunismus. Viele ihrer Mitglieder blieben in der SED-Geschichtsschreibung ungenannt oder erhielten nicht den Platz, der ihnen zustand. Einer von ihnen war Johann Reinhard.

• Prof. Dr. Kurt Schneider

*Verfasst unter Nutzung von Angaben in
Theodor Bergmann: Gegen den Strom.
Die Geschichte der KPD(Opposition).*



verband bei und gehörte nach seinem Kriegsdienst der USPD an. Von 1919 bis 1928 war er Mitglied der KPD, deren Ortsgruppe Oschatz er vorstand. Es war die Zeit heftigster Auseinandersetzungen um eine zeitgemäße Strategie

Am 21. November 1918 charakterisierte Karl Liebknecht in „Die Rote Fahne“ unter dem Titel „Das, was ist“ die aktuelle politische Sachlage und benannte Konsequenzen für die revolutionären Triebkräfte der Revolution. Er betonte, dass die Antriebe der Revolution „zum großen Teil nicht proletarische Klassennot, sondern mehr oder weniger allgemein-gesellschaftliche Gebrechen“ waren. Der Sieg der Arbeiter und Soldaten „war nicht so sehr ihrer Stoßkraft zu verdanken als (vielmehr) dem inneren Zusammenbruch des früheren Systems“. Somit klappte ein Widerspruch zwischen ihrer politischen Form und dem sozialen Inhalt, dessen Lösung zwangsläufig im Zentrum der Revolution steht.

Liebknecht urteilte: „Die heutige ‚sozialistische‘ Regierung möchte jenen Widerspruch lösen durch Zurückschrauben der proletarischen Form auf den bürgerlichen Inhalt“. Diesem Ansinnen stehe entgegen, dass es die Aufgabe des revolutionären Proletariats sei, „den rückständigen Inhalt auf die höhere Stufe der fortgeschrittenen Form zu erheben; die Revolution zur sozialen Revolution zu steigern“. Das erfordere Nüchternheit in der Beurteilung der Lage. So halte die Auffassung, dass das deutsche Proletariat nunmehr die politische Macht errungen habe, den Tatsachen nicht stand. „Häufig sind die gewählten Arbeiter nur sehr unvollkommen aufgeklärt, nur sehr wenig klassenbewußt oder aber sehr unsicher, unentschlossen, kraftlos.“ Noch ungünstiger stehe es mit den Soldatenräten. „Sie sind der Ausdruck einer aus allen Klassen der Gesellschaft zusammengesetzten Masse, in der zwar das Proletariat bei weitem überwiegt, aber keineswegs das zielbewußte, klassenkampfbereite Proletariat“. Oft haben Offiziere selbst hochadeliger Kreise, die durch „schlaue Anpassung ihren Einfluß auf die Soldaten zu bewahren suchten“, sich zu ihren Vertretern wählen lassen. Der ganze bürgerliche Staats- und Verwaltungsapparat und auch die militärische Maschinerie ist von der „sozialistischen Regierung“ aufrechterhalten oder wiederhergestellt worden. Ebenso sei die „gewaltige wirtschaftliche Machtstellung der besitzenden Klassen“ unangestastet geblieben.

In Übereinstimmung mit Karl Liebknecht hatte Rosa Luxemburg am 18. November 1918 in der „Roten Fahne“ darauf hingewiesen, dass die „revolutionäre Arbeiter- und Soldatenregierung“ nicht nur den „Generalmarsch zum Sturm gegen den Sozialismus“ ruhig dulde, „ja, sie beteiligt sich daran mit Wort und Tat“. Das Fazit der ersten Woche der Revolution heißt: „Im Staat der Hohenzollern hat sich im Wesentlichen nichts verändert, die Arbeiter- und Soldatenregierung fungiert als Stellvertreterin der imperialistischen Regierung ... Bevor die Revolution noch Kraft, Schwung, Anlauf genommen, wird ihre einzige Lebenskraft: ihr sozialistischer und proletarischer Charakter eskamotiert.“

Die der Gründung der KPD folgenden Ereignisse bestätigten das. Innerhalb weniger Tage lief ein mörderischer Plan ab, nachdem die Reichsregierung be-

„Die Revolution zur sozialen Revolution steigern“

Prof. Dr. Kurt Schneider über das Bündnis der rechten SPD-Führung mit der Obersten Heeresleitung Ende 1918



reits am 8. Januar damit gedroht hatte, dass die „Stunde der Abrechnung“ nahe sei und der selbsternannte Bluthund Gustav Noske in einem an die Arbeiter gewandten Aufruf erklärt hatte: „Die Reichsregierung hat mir die Führung der republikanischen Soldaten übertragen. Ein Arbeiter steht also an der Spitze der Macht der sozialistischen Republik.“ Die „Einigkeit der Arbeiterklasse“, so Noske, „muß gegen Spartakus stehen.“ Und: „Ich will säubern ...“ Und so kam es. Noskes Soldateska scheute vor nichts zurück. Die Atmosphäre glühte vor Mordsucht. „Schlagt

ihre Führer tot! Tötet Liebknecht und Luxemburg! Dann werdet ihr Frieden, Freiheit und Brot haben!“, tönte es tausendfach.

Am 10. Januar 1919 sprach Eduard Stadtler, Gründer und treibende Kraft der am 28. November 1918 von einflussreichen Käften des Monopolkapitals konstituierten „Antibolschewistischen Liga“, vor der Führungsschicht der Industrie-, Handels- und Bankwelt über den „Bolschewismus als Weltgefahr“. Hugo Stinnes, davon wie seinesgleichen total begeistert, erklärte:

„Wenn wir nicht willens und in der Lage sind, gegen die hier aufgezeigte Gefahr eine Versicherungsprämie von 500 Millionen aufzubringen, dann sind sie es nicht wert, deutsche Wirtschaft genannt zu werden.“ Er bat sogleich die Spitzenvertreter in ein Nebenzimmer, um sich darüber zu verständigen. Diese Summe, mit der das Monopolkapital die antisozialistische Konterrevolution finanziell stützte, wurde noch am selben Tag bewilligt und das Umlegungsverfahren festgelegt. Letzteres besagte, dass die Gelder auf dem Wege einer „freiwilligen Selbstbesteuerung“ auf die gesamten Unternehmen umzulegen sind. Stadtler schrieb: „In mir vibrierte die Überzeugung, dass mit diesem Entschluß und mit dem Einmarsch der Truppen die Entscheidung gefallen war.“ Am 11. Januar war die konterrevolutionäre Soldateska in Berlin einmarschiert und hatte im Zeitungsviertel ein wahres Massaker ausgelöst.

Jetzt ging Stadtler aufs Ganze. Er intervenierte bei Noske und hatte danach am 12. Januar eine „politische Audienz“ bei Major Pabst im Hotel Eden, dem militärischen Hort der Konterrevolution. Ihm gegenüber bekundete er, dass der Einmarsch der Noske-Truppen und damit die militärische Niederschlagung der Revolution nur etwas Halbes sei. Da aber auf spartakistischer Seite „Persönlichkeiten von großem politischen Format“ operieren, müsse dringlich etwas geschehen, diese „zu beseitigen“. Stadtler notierte: „Es war eine Freude, diesen prachtvollen, energisch lebendigen, tatfrohen Soldaten zu erleben! Und wie er auf meine politischen Ideen einging!“ Pabst dankte Stadtler und sagte: „Auf mich können sie sich verlassen!“ Drei Tage danach, am 15. Januar 1919, „hatten die Mannen Major Pabst, die Brüder Pflugk-Hartung und der Husar Runge, die beiden führenden Kommunisten Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht als politische Gefahrenzentren beseitigt“, schreibt Stadtler später in seinen Memoiren.

Während die revolutionäre Arbeiter- und Streiks auf den Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht als politische Gefahrenzentren beseitigt, schreibt Stadtler später in seinen Memoiren. Während die revolutionäre Arbeiter- und Streiks auf den Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht als politische Gefahrenzentren beseitigt, schreibt Stadtler später in seinen Memoiren. Während die revolutionäre Arbeiter- und Streiks auf den Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht als politische Gefahrenzentren beseitigt, schreibt Stadtler später in seinen Memoiren.

„Die Revolution ist großartig, alles andere ist Quark.“

Kristin Dänhardt über die Ehrung zum 100. Todestag von Rosa Luxemburg

Am 15. Januar jährte sich zum 100. Mal die Ermordung Rosa Luxemburgs. Das gab den Anlass, eine Sammlung von Zeugnissen aus Rosas Wirken in Dresden zu veröffentlichen. Unter dem Titel „Neustadt – das ist der radikale Teil. Rosa Luxemburg in Dresden“ erschien eine Retrospektive auf ihre Zeit in der Elbestadt als 16. Heft der Forschungsberichte der RLS Sachsen. Am 16. Januar lud der AK Dresden zur Ehrung Luxemburgs ein. 80 Gäste lauschten spannenden Reden, einer munteren Diskussion und wunderbaren Liedern.

Im Grußwort erinnerte Christian Wintrich, Leiter des Stadtbezirksamtes Pieschen, an Luxemburgs Rede im Konzert- und Ballhaus „Deutscher Kaiser“ in Pieschen zur Lage im Land und zur Sozialdemokratie. Er resümierte, dass es heute wie damals von größter Bedeutung sei, Überzeugungen mitzuteilen und darüber zu reden, für eine Sa-



Bild: Christopher Collatz

che einzustehen und Veränderungen einzufordern. Dagmar Enkelmann, Vorsitzende der Bundesstiftung, ging in ihrem Vortrag „Rosa Luxemburg als faszinierende Persönlichkeit“ besonders auf Rosa als Mensch, als Frau, die die Natur liebte und auf ihr vielschichtiges Wesen ein. Rosa sei konsequente Demokratin, Sozialistin, Internationalistin und Revolutionärin gewesen. Sie habe auf

die Aufklärung der Massen durch Worte und Emotionen gesetzt. „Es ist und bleibt die revolutionärste Tat zu sagen, was ist“, so Rosas Motto. Das Gedicht von Max Zimmering „An Rosa Luxemburg“, das von Kristin Dänhardt, Historikerin aus Dresden, vorgetragen wurde, gab Enkelmanns Worten den literarischen Rahmen. Im letzten Vortrag warf Wilfried Trompelt (einer der Autoren)

Schlaglichter auf das neueste Heft der Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte. Er ging auf die vier Aufenthalte Rosa Luxemburgs in Dresden ein und hob Rosa in ihrer Rolle als promovierte Frau in einer tradierten Männerwelt hervor.

Abgerundet wurde der Abend durch ein Podiumsgespräch zwischen Dagmar Enkelmann, Richard Kaniewski (Vorsitzender SPD Dresden) und Sven Brajer (Historiker). Moderiert von Annetrin Klepsch, Dresdens Kulturbürgermeisterin, ging es vor allem um die Lehren, die die Linke aus dem Wirken Rosa Luxemburgs ziehen sollte. Einig waren sich alle darin, dass die linken Parteien wieder bewegungsorientierter agieren, mehr „Kümmerer“ sein und klare Forderungen und Visionen formulieren müssen.

Auch die musikalische Umrahmung durch Ulrich Reinsch machte den Abend zur gelungenen Veranstaltung.

Terminübersicht

Chemnitz, 9. & 10. Februar, je 10 Uhr
 ■ Seminar
Einführung in das „Kapital“ von Karl Marx**
 Mit Dr. Michael Heinrich.
Rothaus, Lohstraße 2, 09111 Chemnitz

Leipzig, 14. Februar, 18 Uhr
 ■ Vortrag und Diskussion
„Besser ein kleines, als keines“ – das Reclam-Museum im Grafischen Viertel
 REIHE: Jour Fixe – Ein unkonventioneller Gesprächskreis. Mit PD Dr. habil. Hans-Jochen Marquardt, Moderation: Dr. Ursula Wohlfeld.
Reclam-Museum, Kreuzstraße 12, 04103 Leipzig

Dresden, 19. Februar, 18 Uhr
 ■ Vortrag und Diskussion
Fakten und Fake News zum globalen und regionalen Klimawandel**
 REIHE: Junge Rosa. Mit Wilfried Küchler (Diplom-Meteorologe).
WIR AG, Martin-Luther-Straße 21, 01099 Dresden

Chemnitz, 19. Februar, 19 Uhr
 All In – Inklusiv ausgerichtetes Bürgerhaus Rosenhof, Rosenhof 14, Chemnitz
Dresden, 20. Februar, 19 Uhr
 WIR-AG, Martin-Luther-Straße 21, 01099 Dresden
Leipzig, 21. Februar, 19 Uhr
 Tipi im Westwerk, Karl-Heine-Strasse 85-93, 04229 Leipzig
 ■ Vortrag und Diskussion
Die Treuhand – Fluch oder Segen im Osten Deutschlands?*
 Mit Dr. Marcus Böick (Autor, Ruhr-Universität Bochum).

Leipzig, 26. Februar, 18 Uhr
 ■ Vortrag und Diskussion
Die kapitalistische Formation als Entwicklungsreihe. Ein aktueller Ansatz in Anknüpfung an Marx' Spätwerk* Philosophische Diens-tagsgesellschaft. Mit Prof. Dr. Wolfgang Küttler (Historiker).
RLS Sachsen, Harkortstraße 10, 04107 Leipzig

Dresden, 27. Februar, 19 Uhr
 ■ Vortrag und Diskussion
Politik des Sozialen.**
 Mit Timm Kunstreich (Redaktion der Zeitschrift Widersprüche, AK Kritische Soziale Arbeit Hamburg).
WIR-AG, Martin-Luther-Straße 21, 01099 Dresden

Leipzig, 28. Februar, 18 Uhr
 ■ Vortrag und Diskussion
Kampf um Rojava, Kampf um die Türkei. Mit Alp Kayserilioğlu & Osman Oğuz (Journalisten).
RLS Sachsen, Harkortstraße 10, 04107 Leipzig

Dresden, 5. März, 19 Uhr
 ■ Podiumsdiskussion
„Zu sagen, was ist, bleibt die revolutionärste Tat.“** Fragen zum politischen Streit an Rosa Luxemburg. Mit Karin Luttmann (Genderkompetenzzentrum Sachsen), Sarah Buddeberg (Parlamentarische Geschäftsführerin der LINKEN im Landtag), Anja Osianer (Hufewiesen Trachau e.V., Pieschen für alle) und Irena Rudolph-Kokot (ver.di Bezirksvorstand). Eine Veranstaltung des FrauenBildungsHaus Dresden e.V. und der RLS Sachsen.
FrauenBildungsHaus Dresden e.V., Oskarstraße 1, 01219 Dresden

Dresden, 8. März, 17 Uhr
 ■ Vortrag und Diskussion
Gemeinschaft und Hass.**
 Zur Sozialpsychologie des antisemitischen Ressentiments. Mit Dr. Sebastian Winter (Lehrbeauftragter an der International Psychoanalytic University Berlin). Eine Veranstaltung der HATiKVA e.V. mit Unterstützung der RLS Sachsen. Eintritt: 6 €, ermäßigt: 4 €
HATiKVA e.V., Pulsnitzer Straße 10, 01099 Dresden

Dresden, 13. März, 19 Uhr
 ■ Gespräch
Was schon immer mal gesagt

werden sollte!
 Thema: Wirtschaft und Demokratie Mit Uwe Hirschfeld (Evangelische Hochschule Dresden).
WIR-AG, Martin-Luther-Straße 21, 01099 Dresden

* Gemeinsam mit Rosa-Luxemburg-Stiftung. Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V.

** Diese Veranstaltungen werden mit Steuermitteln auf Grundlage des von den Abgeordneten des Sächsischen Landtags beschlossenen Haushaltes zur Verfügung gestellt.

Impressum

Links!

Politik und Kultur für Sachsen, Europa und die Welt

Herausgeber:

Dr. Monika Runge, Verena Meiwald, Prof. Dr. Peter Porsch, Dr. Achim Grunke

Verleger:

Verein Linke Bildung und Kultur für Sachsen e.V., Kleiststraße 10a, 01129 Dresden

Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf sinnwahrende Kürzungen vor. Termine der Redaktionssitzungen bitte erfragen.

Die Papierausgabe wird in der LR Medienverlag und Druckerei GmbH in Cottbus in einer Auflage von 10.950 Exemplaren gedruckt.

Der Redaktion gehören an:

Kevin Reißig (V.i.S.d.P.), Jayne-Ann Igel, Thomas Dudzak, Ralf Richter

Bildnachweise, wenn nicht gesondert vermerkt: Archiv, pixelio, iStockphoto

Kontakt:

kontakt@dielinke-sachsen.de

Telefon 0351-8532725

Fax 0351-8532720

Redaktionsschluss: 28.01.2019

Die nächste Ausgabe erscheint voraussichtlich am 06.03.2019.

Die Zeitung „Links!“ kann kostenfrei abonniert werden. **Wir freuen uns jedoch über eine Spende**, mit der Sie das Erscheinen unserer Zeitung unterstützen. Kostendeckend für ein Jahresabo ist eine Spende in Höhe von 12 Euro. Sollten Sie an uns spenden wollen, verwenden Sie bitte folgende Kontodaten:

Verein Linke Bildung und Kultur für Sachsen e.V.

IBAN: DE83 8509 0000 3491 1010 07

BIC: GENODEF1DRS

Dresdner Volksbank Raiffeisenbank

Aboservice:

www.links-sachsen.de/abonnieren,

aboservice@links-sachsen.de oder

Telefon 0351-84389773

Taxifahrer mit Soziologen-Blick

Ralf Richter rezensiert „Nächtliche Wege“ von Gaito Gasdanow

Wer zum 2018 im Hanser Verlag erschienenen Roman „Nächtliche Wege“ greift, kann tief eintauchen ins russische Migrantenumfeld im Paris der 30er Jahre. So wie der Bürgerkrieg heute in Afghanistan und Syrien die Menschen gegen- und auseinander treibt, tobten damals schwere Kämpfe in Russland. Die „Weißen“, der Adel, weite Teile der Oberschicht und viele Offiziere der zaristischen Weißen Armeen, aber auch Intellektuelle flohen vor den Bolschewiki und siedelten sich in ganz Europa an. Viele blieben in Deutschland, andere gingen nach Frankreich oder in die USA. Ganz vergleichbar mit der Verteilung der syrischen Bürgerkriegsflüchtlinge heute. Sie bildeten damals wie heute interkontinentale Netzwerke.

Der Held des Buches – es ist wohl ein in weiten Teilen autobiographischer Roman – arbeitet als Nachttaxifahrer. Er erlebt das Elend der Russen, die sich weder mit der Entwicklung in ihrer alten Heimat abfinden können noch im neuen Land einen Fuß auf den Boden bekommen. Der Autor selbst ist ein Intellektueller, der am Tage Soziologie studiert und in der Nacht Prostituierte, ihre Freier und Zuhälter kutschiert. Er kennt die russische Migrantenszene so wie die Pariser „Unterwelt“ und „Halbwelt“. Zwischen diesen Bereichen gibt es zahlreiche Überschneidungen, hinzu kommt die Gemeinschaft der Chauffeure, die gleichfalls zum Großteil aus Migranten besteht. Auch in der Trinker-

szene gibt es tragische Figuren. Einer von ihnen ist ein Plato genannter Intellektueller, der sich um den Verstand trinkt, aber in lichten Momenten kritisch den Zustand der Welt haarscharf analysiert – gemeinsam mit dem russischen Soziologie studierenden Taxifahrer. Dieser seinerseits sieht seine eigenen Kollegen ebenso kritisch wie die Ausbeutungsverhältnisse im Rotlichtmilieu. Er steht auf der Seite der Prostituierten, deren Vertrauter er ist, und er weiß auch um ihre Geschichte, die sie manchmal hat abstürzen lassen aus der bürgerlichen Schicht. Das Paris der 30er Jahre ist eine Gesellschaft am Abgrund. Der Klerus ist so verkommen wie die Politik- und Geschäftswelt. Platon ist ihm auch so sympathisch, weil für ihn die Politiker noch größere Kriminelle sind als die kleinen Diebe.

Wunderbar wird die russische Szene beleuchtet. Da gibt es einen, der sich berufen fühlt, ein Restaurant zu führen. Eröffnet er eines, erfasst ihn plötzlich nach einigen Monaten eine Art karitativer Raserei: „Esst und trinkt – es ist kostenlos für alle! Wenn wir uns untereinander nicht helfen, als Russen hilft uns doch keiner!“ Nach kürzester Zeit ist der Laden pleite und seine Freunde versuchen von der Einrichtung zu retten, was sie retten können, bevor die Gläubiger die Bude abreißen lassen. Der Restaurantbetreiber aber geht irgendwo in ein Bergwerk oder eine Fabrik und arbeitet, bis er seine Schulden

abbezahlt hat, gründet ein neues Restaurant und alles beginnt von vorn.

Das Politische aber zerreißt die Szene. Denn – genau wie bei den Syrern oder Türken in Deutschland heute – bilden sich auch bei den Russen im Exil im Paris der 30er alle Bürgerkriegsfraktionen ab. Einerseits sammelt man begierig die Informationen aus der Heimat, andererseits organisiert man sich im Ausland – mit eigenen Verlagen, Restaurants ... Die arme französische Ex-Prostituierte Suzanne, die einen russi-

schen Migranten heiratet, wird schier verrückt ob all der Diskussionen, die in ihrem Haus auf Russisch geführt werden, denen sie nichts versteht und die ihr ihren Mann völlig entfremden. Sie flieht immer wieder zu ihrem Vertrauten, dem russischen Taxi-Fahrer, der den Slang der Vorstädte genauso spricht wie das Französisch der Gebildeten, um ihm ihr Herz auszuschütten. Die Integration der Russen in Frankreich sieht dann so aus, dass sie „die elende ausländische Wirklichkeit als geradezu edles Dasein“ betrachten.



Die Geschichte des Buches selbst wäre einen Roman wert: Der Erstabdruck erfolgte auf Russisch in Paris in einer Emigrantenzeitschrift 1939/40, die mit dem Einmarsch der Deutschen eingestellt wurde. Erstmals als Buch erschien der Roman – auf Russisch – 1952 in New York im Tschechow-Verlag. Der 1903 in St. Petersburg geborene Gaito Gasdanow, der 1923 ins Pariser Exil kam, gilt als einer der wichtigsten russischen Exilautoren des 20. Jahrhunderts. Als er in München 1973 starb, hatte keiner in Deutschland seine Werke auf Deutsch gelesen. Es ist einer russischen Stiftung zu verdanken, dass das Buch nun endlich ins Deutsche übersetzt werden konnte. In der Sowjetunion kamen die Werke Gasdanows übrigens in der Gorbatschow-Ära an: 1988 erschien das erste Buch ...

„Nächtliche Wege“ kostet 23 Euro.

Sagen, was ist

Sagen, was ist. Lassalles berühmtes Diktum galt auch Rosa Luxemburg als „revolutionärste Tat“: gesellschaftspolitische Realitäten klar und ungeschminkt beim Namen zu nennen. Linke Eliten von heute sind davon weit entfernt. Nach dem Schock des Epochenbruchs quasi „entrevolutioniert“ und von breiten Massen abschätzig schon als Teil des Establishments wahrgenommen, scheuen sie oft Klartext. In ihren Transformationsszenarien fabulieren sie von Umverteilung, Zivilgesellschaft, solidarischem Miteinander, wo es Ausbeutung, Klassengesellschaft, Klassenkampf heißen müsste. Höchste Zeit, dass wirklichkeitsbewusste Kapitalismuskritik sich angesichts weiterhin zuspitzender antagonistischer Widersprüche wieder stärker marxistischen Denkens versichert und in die durch euphemistische Wortgespinne verschleierte objektiv-realen Verhältnisse der Klassengesellschaft hineinleuchtet.

Dabei macht die Zeitschrift Marxistische Erneuerung ihrem Namen wieder einmal alle Ehre, indem sie diese neu in Gang gekommene Klassendiskussion vorantreibt. Im Dezemberheft 2018 (Z 116) befasst sich ein Großteil der Beiträge mit Klassenanalyse, Klassentheorie und Klassenpolitik. Dabei entwi-

ckeln die tiefgründig argumentierenden Autoren ihre Erkenntnispointen zumeist aus historisch-konkreter Analyse. Dem Rezensenten ist der Themenschwerpunkt wichtig genug, um sich weitgehend auf ihn zu beschränken. Dennoch ist es ihm unmöglich, die einschlägigen Texte detailliert nachzuvollziehen. Umso dankbarer nimmt er Anleihe bei den Resümees im Editorial, die Redaktion Lust auf vollständige Lektüre machen.

Den Anfang des breit gefächerten Diskursangebotes macht Nicole Mayer-Ahuju mit ihrer soziologischen Skizze, wie kollektives Klassenbewusstsein durch die Modernisierungen des 20. Jahrhunderts erodierte, vom Faschismus zerschlagen und in der alten Bundesrepublik sozialpartnerschaftlich eingehegt wurde. André Leisewitz und John Lütten betonen, dass die Analyse der Klassenverhältnisse nicht bei einer Klassenstrukturanalyse stehenbleiben könne. Indem sich die Autoren auf die Entwicklung von Klassenanalyse bei Marx und Engels beziehen, diskutieren sie die neue soziale Polarisierung in der BRD seit dem Bruch 1989/90 und die Defizite der „neuen Klassendiskussion“ im Kontext der „linken Strategiekrise“. Bemerkenswert ihr „argumentativer Schlusssakkord“: Linke „Transformati-

onspolitik“ könne wohl kaum ein Prozess sein, bei dem diverse soziale Bewegungen einfach schrittweise „an einem Strang ziehen“, bis plötzlich eine andere Gesellschaft da sei. Es müsste darüber nachgedacht werden, wie der nicht zu umgehende Bruch mit der Eigentumsordnung gegen die Interessen der herrschenden Klasse angegangen und durchgesetzt werden könne. Um diese Frage dürfe sich eine „neue Klassendiskussion“ nicht drücken, wenn sie denn auf gleichberechtigte gesellschaftliche Verhältnisse ziele.

Klaus Dörre kritisiert kulturalistische Verkürzungen der Klassenanalyse und gibt der Erneuerung herrschaftskritischer Klassentheorien den Vorzug, die nicht nur das Trennende, sondern auch das Verbindende herausarbeiten. An die Adresse der Linken gewandt fordert er, den beherrschten „Lohnarbeitsklassen“ mobilisierende, kollektive Orientierungen zu vermitteln und sie nicht sozialer Ausgrenzung anheimfallen zu lassen. Ralf Krämer umreißt die „Klassenlandschaft in Deutschland 2018“, während Jörg Goldberg eine französische Studie zur Klassifikation der Erwerbstätigen auswertet. Über die Rolle der Gewerkschaften als Klassenorganisation diskutieren Jörn Böwe und

Hans-Jürgen Urban. Schließlich plädiert Christian Stache dafür, die Aneignung der Natur durch das Kapital als Teil der Auseinandersetzung um die Produktions- und Verhältnisse bewusst zu machen.

Auch mit dem weiteren Rezeptionsangebot wird die Vierteljahrszeitschrift ihrem Ruf als streitbare Stimme der marxistischen Linken und Plattform pluralistischen linksdemokratischen Diskurses gerecht. Lesefreundlich komponiert, informiert, bildet und unterhält sie in gewohnten Rubriken, einschließlich der Buchbesprechungen. Ein Novum sind die „Kommentare“, die ab dieser Nummer aktuelle politische Ereignisse reflektieren. Bewährt bleibt das fachkompetente Qualitätssiegel: Das Verzeichnis der Autorinnen und Autoren – von A wie Elisabeth Abendroth bis Z wie Michael Zander – liest sich wie ein Who is who ausgewiesener Politik- und Gesellschaftswissenschaftler.

• Wulf Skaun

Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, N. 116 (Dezember 2018), 256 Seiten, Einzelheftbezug 10 Euro. Bestellungen über redaktion@zme-net.de oder www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de

Reggae – unverwüstlich

Eine Reise vom Ska bis zu Jürgen Kerth mit
Jens-Paul Wollenberg

Bereits in den Sechzigern breitete sich eine bemerkenswerte Spannweite von Musizierweisen in der Unterhaltungsmusik aus. Sie revolutionierte die vertrauten Strukturen des Rock'n'Roll und des Beat. Bluesorientierte Rückbesinnung, folkige Einflüsse aus Irland, den USA und Kanada, Bluegrass oder Country sorgten auf einmal für Abwechslung nicht nur in den Hitparaden, obgleich bereits recht früh exotisch anmutende Nummern die Charts eroberten. Desmond Dekkers Titel „Israelites“, Dandy Livingstones „A Message To You Rudy“ oder Jimmy Cliffs „Vietnam“ ließen mit hinreißenden Rhythmen aufhorchen.

Dass es sich dabei um Reggae handelte, war der damals gewiss angenehm überraschten Hörerschaft noch nicht ganz bewusst. Der Reggae fand seinen Ursprung in der Karibik, hauptsächlich auf Jamaika. Dort entwickelte er sich aus der Musikfolklore der Maroons – Sklavenarbeiter vor allem aus Ghana, die als Sklaven auf die westindischen Inseln verschleppt worden waren und dann fliehen konnten. In Verbindung mit den Rhythmen der Quadrille, einer Volkstanzart aus Spanien, eingeführt durch spanische Kolonialsoldaten, und dem Mento, so die eigentliche Bezeichnung jener ursprünglichen Musikrichtung, entstand unter Einbeziehung des weitaus bekannter gewordenen Calypso zunächst der sogenannte Ska, der erfolgreiche Vorreiter des Reggae.

Kennzeichnend für den Charakter des Reggae ist ein gleichbleibend schleppender Rhythmus, gebrochen durch unerwartete Pausen, die musikalische Spannung erzeugen. Während der Entwicklung der Skamusik in Richtung Reggae hatte die Rastafari-Bewegung großen Einfluss auf die Protagonisten, indem musikalisch wie inhaltlich eine Rückbesinnung auf afrikanische Wurzeln erfolgte. Die Geburtsstunde dieser Bewegung schlug in den Dreißigern auf Jamaika. Sie entwickelte sich zu einer eigenständigen afrokaribischen Religion, die sich der Zuversicht auf Erlösung aus Sklaverei und Kolonialherrschaft verschrieb, der Hoffnung, nach Afrika zurückzukehren. Die sich daraus entwickelnde politische Widerstandsbewegung gewann rasch Zuspruch in der unterdrückten Bevölkerung. Als Jamaika 1962 unabhängig wurde, entwickelte sich der Rastafarianismus zu einem subkulturellen Phänomen, das später schon durch Bob Marleys musikalischen Beitrag weltweites Aufsehen erregte. Ursprünglich beriefen sich die Rastas auf die Bibel, verbunden aber mit dem Grundgedanken, dass der Schöpfer sich in jedem Einzelnen befände. Totalverweigerung gegenüber staatlichen Machtstrukturen dank der Kraft unbändiger Spiritualität bildet das Fundament. Ab den Siebzigern schätzte man eine globale Anhängerschaft von etwa fünf Millionen.

Doch zurück zur Musik. Bereits in den frühen Fünfzigern sorgten die „Sound Systems“ für Furore. Es handelte sich dabei um transportable Diskotheken. Mit riesigen Bassboxen wurden Massen zum ekstatischen Tanzen animiert. Da die meist aus den USA importierten Schallplatten den Diskjockeys jedoch alsbald zu teuer wurden, und auch weil



Bob Marley

die hauptsächlich aus schräg klingenden Rhythm'n'Blues-Titeln bestanden, besann man sich auf die Eigenständigkeit regionaler Talente. Davon gab es in den jamaikanischen Metropolen Unzählige, darunter der bereits erwähnte Bob Marley und Größen wie Peter Tosh, L. K. Johnson oder Johnny Nash.

Robert Nesta Marley, so Marleys richtiger Name, wurde am 5. Februar 1942 in Saint Ann auf Jamaika geboren. In den frühen Sechzigern kam es zur Gründung seiner Band „The Waiters“. Seit den Siebzigern galt Marley als King des Reggae und des damit verbundenen „Rastafarianismus“. Seine Lieder, die sich gegen Rassismus, Unterjochung und Ausgrenzung wandten, wurden sehr populär und erreichten beinahe Hymnenstatus – wie „No Woman, No Cry“, „I Shot The Sheriff“, „Them Belly Full“, „Exodus“ oder „Want More“. In „Exodus“ thematisiert er Entfremdung und Massenmigration und schürt Hoffnung, diesen düsteren Willkürlichkeiten widerstehen zu können. Die LP mit dem gleichnamigen Titel entstand 1977,

nachdem Marley bereits ein Jahr zuvor das wunderbare Album „Rastaman Vibration“ in England bei „Island“ aufgenommen hatte. Dank einer britischen Musikjournalistin konnten Bob Marley and the Waiters in England produzieren. Sie entdeckte ihn auf Jamaika, doch so ganz freiwillig hat es ihn nicht auf die noch europäische Insel verschlagen (Es sei noch darauf hingewiesen, dass Marley bereits 1972 die LP „Catch A Fire“ in London aufnahm.). Mit dem schon in Jamaika vorproduzierten Material für „Exodus“ war er aus lebensbedrohlichen Umständen gekommen. Er war auf der Flucht. Im Dezember 1976 wurde er in seiner Heimat von einem Unbekannten angeschossen, wohl um seinen für den Folgetag geplanten Auftritt beim „Smile-Jamaika-Konzert“ zu verhindern. Dort sollte Marley auf der Grundlage versuchen, den Konflikt zwischen verfeindeten Gesellschaftsschichten zu befrieden, denn auf der Insel herrschten bürgerkriegsähnliche Spannungen.

Gemeinsam mit dem Produzenten Chris Blackwell erarbeitete er eines der am

stärksten gefeierten Rock-Alben aller Zeiten, eben „Exodus“, sowie das folgende Album „Kaya“, das seinem Vorgänger in nichts nachstand. Mit beiden Alben erlangte Marley Weltruhm. „Exodus“ erzeugte mit seinen radikalen Emotionsausbrüchen eine geladene Stimmung, die dem Zeitgeist der aufkommenden Punkbewegung entsprach. 1978, während eines Aufenthalts in New York, wurde Marley mit der Friedensmedaille der UN ausgezeichnet, worauf Tourneen mit den Waiters durch die USA, Europa und Afrika folgten.

1979 erschien die Platte „Survival“, die ebenfalls stark politisiert war. Ein Jahr später kam das Album „Uprising“ auf den Markt, mit dem Marley und seine Band nochmals eine Welttournee bestritten. Sie musste jedoch abgebrochen werden, als der Sänger schwer erkrankte. Am 11. Mai 1981 erlag Bob Marley in Miami seinem Krebsleiden. Er hatte dem Reggae Weltruhm beschert – sein Tod war ein großer Verlust.

Derweil entwickelte sich der Reggae weiter. In Großbritannien kreierte Bands den „New Wave“, der anfangs noch stark von Reggaeelementen beeinflusst war. Große Bekanntheit erreichten „The Clash“, „The Police“ oder „The Specials“. Auch Ska erlebte ein Revival, besonders in England. In den Achtzigern entstand dann „Dancehall“, der sich am Reggae orientierte. Allgemein ist festzustellen, dass der Reggae ab den Siebzigern die Rockszene revolutionierte. Selbst die Discowelle bediente sich seiner Strukturen. Viele Rockgruppen begannen, ihren Stil mit den charakteristischen Elementen des Reggae zu bereichern. Eric Claptons LP „There's ONE IN EVERY CROWD“ von 1975 ist ein gutes Beispiel.

Während eines Konzertes im Rahmen seiner Japantournee interpretierte Bob Dylan sein „Shelter From The Storm“ sehr leidenschaftlich in Reggae-Flair. Auch die Rolling Stones beschritten diesen Pfad auf ihrer in den frühen Achtzigern erschienenen Platten „Undercover“ und „Emotional Rescue“.

Ein weiterer wichtiger Interpret, der stets auf der Suche nach seinen ethnischen Wurzeln war, war Taj Mahal, der eigentlich Henry Saint Clair Fredericks hieß. Gemeinsam mit dem exzellenten Gitarristen Ry Cooder gründete er „The Rising Sons“, nach deren Auflösung er sich dem ursprünglichen Folkblues widmete. Er kam an Jamaika nicht vorbei und produzierte 1974 ein reines Reggaealbum, das ihm großen Respekt einbrachte. Zwei Titel auf dieser Platte „Mo' Roots“ bestechen mit unglaublich souveränem Reggaesound: „Johnny Too Bad“ und „Clara (St. Kitts Woman)“.

Dass Reggae auch den deutschen Sprachraum eroberte, bewies der bayerische Liedermacher Hans Söllner mit provokant-hintersinnigen Texten. In Kennerkreisen gilt er als der deutsche Bob Marley. Ein weiterer Vertreter ist der in Thüringen lebende Bluessänger Jürgen Kerth, der schon zu DDR-Zeiten Reggae-Elemente in sein Repertoire übernahm. 2017 wurde Reggae von der Unesco in das Verzeichnis Internationales Kulturerbe aufgenommen.

Januar-Februar 2019

Sachsens Linke

Aktuelle Informationen
stets auch unter
www.dielinke-sachsen.de



Vor Ort können wir richtig was bewegen!

Am 26. Mai finden neben der Europawahl auch die Kommunalwahlen statt. Die haben zwar regelmäßig niedrigere Wahlbeteiligungen als Bundes- oder Landtagswahlen, aber unsere Leute können vor Ort richtig was bewegen. Das wollen wir als Landesverband unterstützen, und deshalb gibt es Hilfe bei der Produktion von Flyern, wird es eine landesweite Plakatkampagne geben und der Landesvorstand hat auf Grundlage von Vorschlägen der AG Kommunalwahl das Papier „12 Wege für attraktive Kommunen“ beschlossen, das ihr auf unserer Website findet.

Bei der Kandidat*innenfindung sind wir mittlerweile auch gut vorangeschritten. Gerade für die Stadt- und Gemeinderäte haben wir an vielen Orten neue, junge und teilweise mehr Kandidat*innen gewinnen können als zuvor. In Grimma und Waldheim kandidieren viele junge Genoss*innen für uns, in Pirna tritt die Chefin der Tafel für uns an, in Roßwein der Vorsitzende des Blindenverbandes Sachsen, in Wurzen eine Schulleiterin und in Rosenthal-Bielatal hat gleich ein ganzes Haus seine Bereitschaft erklärt, zu kandidieren.

Andererseits gibt es aber auch einige weiße Flecken und insbesondere jüngere Frauen werden – in Stadt und Land – noch gesucht. Und das ist dringend nötig: In kommunalen Gremien liegt der Frauenanteil bundesweit durchschnittlich bei nur 25 Prozent. Daher möchten wir auch parteilose Frauen motivieren, sich für unsere Wahllisten zu melden. Das klappt am besten, wenn wir die Menschen direkt ansprechen – denn viel zu oft heißt es nach der Wahl: Warum habt ihr mich denn nicht gefragt? Also: Auf geht's, fragen kost' ja nüscht!



Und jetzt erst recht!

In Rosenthal-Bielatal kandidiert ein ganzes Haus für DIE LINKE.

Von Anja Oehm, stellvertretende Kreisvorsitzende

Die Wahlen stehen vor der Tür und gerade in unserem Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge schickt sich die AfD an, den Kreistag, die Stadt- und Gemeinderäte mehrheitlich zu erobern. Wie der Wolf im Schafspelz agieren sie derzeit noch. Mit ihnen werde alles besser, sozialer, gerechter (für Deutsche natürlich), liest man in ihren Aufrufen. Insgeheim aber kommt die eine oder andere Drohbärde – wartet nur, wenn wir hier was zu sagen haben, dann ...

Ja, was dann? Noch mehr Lehrer denunzieren? Schülern, die streiken, einen Vermerk ins Zeugnis verpassen? Das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus abschaffen? Die Grenzen wieder dicht machen (vor allem hier, wo viele beim Nachbarn tanken oder einkaufen, eine Super-Idee!)? Heimattümelei, Fremdenhass

und Abschottung? Allen, die sich für eine bunte Sächsische Schweiz mit Weltoffenheit und Toleranz einsetzen, den Kampf ansagen? In die Ämter und Redaktionen der Presse eindringen und Amtsträger und Journalisten unter Druck setzen? Es ist zu befürchten, dass all das eintreten könnte. Bei der Bundestagswahl erhielt die AfD in Rosenthal-Bielatal eines ihrer höchsten Ergebnisse.

Wir haben einmal in die Ortschronik unserer Gemeinde geschaut: „Bereits bei der Reichstagswahl 1932 konnten die Nationalsozialisten die Stimmenmehrheit im Ort erringen. ... In das Gemeindeparlament zogen nur Mitglieder der Nazi-Partei ein, begleitet von einer Gleichschaltung des politischen und kulturellen Lebens. Schon bald ließen die braunen Macht-haber ihre Maske fallen. Aufgrund von

Denunziationen wurden schon 1933 Rosenthaler und Bielataler Einwohner von der SA verhaftet und im berüchtigten KZ Hohnstein interniert.“ (Herausgeber Gemeinde Rosenthal-Bielatal. 2013, Seite 15). Dieser Tage waren wir in Hohnstein und haben dort der Opfer gedacht.

Einschüchtern lassen gilt nicht! 2019 ist nicht 1933. Aber wir sind gewarnt und hellwach. Jetzt erst recht, haben wir gesagt, uns zusammengetan mit Freunden, die noch nie in der Politik waren. Wir werden mit charismatischen, geachteten Menschen als Kandidaten für den Landtag, Kreistag und Gemeinderat antreten. Bei uns in Rosenthal-Bielatal treten wir als Hausgemeinschaft an. „Wir wollen uns nicht vorwerfen müssen, nichts dagegen getan zu haben!“, sagen Beate, Katrin, Thomas und Anja.

Leserbriefe

Wir fordern mehr Inklusion im Bildungsbereich

2009 trat die UN-Behindertenrechtskonvention (UNBRK) in Deutschland in Kraft. Deutschland verpflichtete sich mit der Ratifizierung zur regelmäßigen Berichterstattung über den Stand der UNBRK in Deutschland. Die inklusive Bildung stellt dabei einen wichtigen Punkt dar. 2015 wurde dabei das erste Mal von Deutschland berichtet. Zu diesem Zeitpunkt zeigte sich der UN-Ausschuss besorgt darüber, dass ein Großteil der Schülerinnen und Schüler mit Behinderung in Förderschulen beschult wird.

Der Ausschuss empfahl im Interesse der Inklusion, das segregierte Schulwesen zurückzubauen. Im Bericht des Deutschen Instituts für Menschenrechte vom 21.09.2018 wurde Deutschland zwar bescheinigt ein inklusives Bildungssystem stärker vorangebracht zu haben, allerdings stellte man auch einen Trend zur Skepsis gegenüber inklusiver Bildung in Deutschland fest. Wir mussten leider auch im Ergebnis unserer Fachveranstaltung zur inklusiven Bildung am 24.11.2018 für Sachsen diesen vom Deutschen Institut für Menschenrechte wahrgenommenen Trend bestätigen.

In Sachsen sind nach wie vor Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischen Förderbedarf sowohl im Bereich Hören und Sehen als auch im Bereich geistige Entwicklung verstärkt in Förderschulen. Ein positiverer Trend ist hingegen bei dem sonderpädagogischen Förderbedarf emotionale Entwicklung zu verzeichnen, wo diese jungen Menschen vermehrt in Regelschulen Sachsens integriert wurden. Das kann von uns als LAG selbstbestimmte Behindertenpolitik nicht positiv für den Freistaat Sachsen bewertet werden – zumal ja erst die sächsische Schulgesetznovelle in Kraft getreten ist, wo man sich nach wie vor zum sehr ausgrenzenden gegliederten Schulsystem mit den vielen Förderschulen bekennt.

Wir fordern die Sächsische Staatsregierung auf:

- schnellstmöglich die Anstrengungen für inklusives sächsisches Bildungssystem weiter voranzutreiben.
- Die Schulintegrationsverordnung von 2010 im Sinne eines inklusiven Schulsystems zu reformieren.
- Die Bewusstseinsbildung von Fachkräften und Eltern zur inklusiven Bildung stärker voranzubringen.
- Regelschulen barrierefrei und damit inklusiv umzubauen/ umzugestalten.
- Die große Zahl an Förderschulen auf ein Minimum zu reduzieren und sie schrittweise abzuschaffen.

Im Artikel 24 der UNBRK ist klar vorgegeben, dass ein inklusives Bildungssystem etabliert werden soll. Deutschland hat sich mit der Unterzeichnung dieses Übereinkommens dazu auch verpflichtet. Wir sehen das als unabdingbar an. Denn nur ein inklusives Bildungssystem kann eine Gewähr dafür sein, dass perspektivisch und dauerhaft Inklusion in unserer Gesellschaft verankert werden kann. Die Gelder, die zur Etablierung eines inklusiven Bildungssystems jetzt im Sächsischen Staatshaushalt eingeplant und ausgegeben werden müssen, sparen aus unserer Sicht perspektivisch Geld. Eine noch teurere Doppelstruktur muss vermieden werden.

• *Der Sprecher_inrat der LAG selbstbestimmte Behindertenpolitik DIE LINKE Sachsen*

Zu „Der Unvollendete“, *Sachsens Linke!* 12/2018, Seite 8

War Marx mit seiner Philosophie erfolgreich?

Was sagt es über die Marx-Kenntnis von René Lindenau, wenn er das Todesjahr von Karl Marx mit 1888 statt 1883 angibt, wenn er fast nichts zu

seinen inhaltlichen Aussagen, dafür aber sehr viel über persönliche Auseinandersetzungen schreibt? René Lindenau gibt zwar zu, dass Karl Marx den größten Teil seines Lebens unter sehr schwierigen Verhältnissen leben musste. Aber die gegen ihn gerichtete politische Verfolgung, einschließlich Ausweisungen, und die Spalte- und herrsche-Politik gegen die sozialistischen / kommunistischen / sozialdemokratischen Richtungen kommen bei René Lindenau ebenfalls nicht vor. Somit fragt er sich nicht, ob all dies nicht verständlicherweise sehr viel Frust erzeugt hat, die sich auch in gegenseitigen Beleidigungen von Genoss*innen äußerte. Und liegen somit auch die heutigen Grabenkämpfe nicht an den gleichen Ursachen? Sollten wir nicht somit gemeinsam diese politische Unterdrückung und Spalte- und herrsche-Politik der bei uns Herrschenden bekämpfen und eben nicht den Verleumdungen Linker folgen? Und haben sich nicht Karl Marx und Friedrich Engels ganz bewusst mit der Beschreibung der sozialistischen und kommunistischen Gesellschaft und dem Übergang zu ihr zurückgehalten, weil sie wussten, dass sich diese aus den Kämpfen gegen den Kapitalismus ergeben müssten und nicht detailliert vorhergesagt werden können? Wieso sieht René

Lindenau dann die Unterdrückung entsprechender Bestrebungen durch das gegenwärtige kapitalistische System als Zeichen, dass Karl Marx mit seiner Philosophie wenig erfolgreich war, wenn er gleichzeitig zugeben muss, dass Karl Marx mit der Anwendung dieser auf die Kapitalismusanalyse Recht behalten hat? Will René Lindenau überhaupt eine Überwindung des Kapitalismus?

• *Rita Kring, Dresden*

Zu „Links wirkt!“ (*Sachsens Linke!* 12/2018, S. 12)

China baut wenigstens die Infrastruktur auf

Ja, so wie die EU-Staaten, einschließlich der BRD, will auch China aus anderen Ländern mineralische, agrarische und andere Rohstoffe. Der Unterschied besteht darin, dass China im Gegenzug dafür die Infrastruktur in jenen Ländern aufbaut, während die EU-Staaten eher Exportförderung für die eigene Wirtschaft betreiben. Außerdem setzen die EU-Staaten ihre „Partner“-Länder unter Druck, sich unter dem Vorwand der Sicherung der Menschenrechte ihnen auch politisch zu unterwerfen und ihr politisches und soziales System entsprechend anzupassen. China dagegen beschränkt sich auf wirtschaftliche Zusammenarbeit. So könnten die Bevölkerungen der jeweiligen Länder ihr politisches und Sozialsystem demokratisch gestalten.

• *Eric Neuber, Radebeul*



Impressum

Sachsens Linke!

Die Zeitung der LINKEN in Sachsen

Herausgeberin:

DIE LINKE. Sachsen

Verleger:

Verein Linke Bildung und Kultur für Sachsen e.V., Kleiststraße 10a, 01129 Dresden

Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf sinnwählende Kürzungen vor. Termine der Redaktionssitzungen bitte erfragen.

Die Papierausgabe wird in der LR Medienverlag und Druckerei GmbH in Cottbus in einer Auflage von 10.950 Exemplaren gedruckt.

Der Redaktion gehören an:

Jayne-Ann Igel, Thomas Dudzak, Antje Feiks (V.i.S.d.P.), Andreas Haupt, Ralf Richter, Stathis Soudias.

Bildnachweise, wenn nicht gesondert vermerkt: Archiv, pixelio, iStockphoto

Kontakt:

kontakt@dielinke-sachsen.de

Telefon 0351-8532725

Fax 0351-8532720

Redaktionsschluss: 28.01.2019

Die nächste Ausgabe erscheint voraussichtlich am 06.03.2019.

27. Januar: Kein einfaches Gedenken

Meine Großmutter war zweieinhalb Jahre alt, als sich im September 1941 der Kessel um ihre Geburtsstadt Leningrad schloss. Durch einen Zufall befand sie sich während der Belagerung in Sicherheit: Sie verbrachte die Sommerferien 1941 im heutigen Weißrussland, als mit dem „Unternehmen Barbarossa“ der Deutsche Vernichtungskrieg im Osten begann. Fortan verbrachte sie den Rest des Krieges mit ihrer greisen Großtante in einem kleinen Häuschen weit weg von Zuhause. Als Nichtjüdin und „blondes Mädels“ verschonten sie die Schergen von SS und Wehrmacht.

Währenddessen wurde Leningrad durch die Wehrmacht gezielt ausgehungert. Über eine Million Menschen kamen hierdurch ums Leben, darunter auch Teile ihrer Familie. Vor nunmehr 75 Jahren, am 27. Januar 1944, befreite die Rote Armee die einstige Metropole. Das dortige Elend war so unbeschreiblich, dass sich niemand von ihnen vorstellen konnte, jemals wieder etwas Vergleichbares mit ansehen zu müssen. Exakt ein Jahr später, am 27. Januar 1945, erreichte die Sowjetarmee das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau, wo sie auf grauenvolle Weise eines Besseren belehrt wurden.

Meine Großmutter konnte erst im Sommer 1946 zurückkehren, als man

den Wiederaufbau Leningrads für weit genug fortgeschritten befand, um Rückkehrende aufnehmen zu können. Mittlerweile war sie sieben Jahre alt, wovon sie die letzten fünf ohne ihre Eltern verbrachte. Ihr Vater war desertiert, ihre Mutter konnte nie eine wirkliche Verbindung zu ihr aufbauen, aber zumindest ein paar weitere Familienmitglieder blieben ihr. Ihr Abschied

aus Leningrad in Richtung DDR am Ende der 1950er Jahre fiel ihr daher nicht allzu schwer.

Im März 2013 besuchten mich meine Eltern samt meiner Großmutter während meines Freiwilligendienstes bei einer jüdischen Organisation in Washington, D.C. Dort waren wir zu meiner Kollegin Sara zum zweiten Abend

von Pessach eingeladen und erlebten zum ersten Mal alle gemeinsam ein jüdisches Fest. „Dass ich das noch erleben darf“, mag abgedroschen klingen, erhielt jedoch eine bemerkenswerte Relevanz, wenn ich daran denke, was meine Großmutter alles erlebt hatte, bevor sie diesen Satz an ihrem 74. Geburtstag in den USA aussprach.

Die Symbolik dieses Abends wurde mir erst später richtig bewusst, als ich in einem Gespräch mit Nachkommen von Holocaustüberlebenden gefragt wurde, was ich über meine eigene Familiengeschichte wüsste. Ich erzählte die Geschichte des deutschen Teils meiner Familie, von denen manche überzeugte Nazis waren, manche als Kommunisten verfolgt wurden und wieder andere nie von irgendwas gewusst haben wollten. Ich erzählte auch die Geschichte meiner russischen Großmutter und ihrer Familie – stets darauf bedacht, jeden Anschein des Vergleichs mit Überlebenden des Holocausts zu vermeiden. Die Reaktion versinnbildlicht bis heute meine Sicht auf die Verantwortung für die eigene Geschichte: „There you have it. Jewish or not, we're all in this together.“ – „Da siehst du's. Ob jüdisch oder nicht, wir alle sitzen im selben Boot.“

• Alexander Jahns



Was die Inklusionsbeauftragte denkt

In unserer Partei wollen wir eine Politik für Menschen mit Behinderungen, die auf den Inhalten der UN-Behindertenrechtskonvention basiert. Die Betroffenen sollen als vollwertige Mitglieder unserer Gesellschaft anerkannt werden und uneingeschränkt teilhaben können. Wir wollen gesamtgesellschaftlich das Bewusstsein für Menschen mit Behinderungen zum Positiven verändern, auch um das Selbstbewusstsein und die Selbstbestimmung aller behinderter Menschen zu stärken. Bis heute werden sie durch Gegenstände, Einrichtungen und leider auch durch die Einstellung anderer Menschen behindert. Ich wünsche mir, dass in einer umfassenden Barrierefreiheit auch unser Denken und Handeln barrierefrei ist. In einer inklusiven Gesellschaft gibt es keine definierte Normalität, sondern normal allein ist die Tatsache, dass Unterschiede vorhanden sind. Diese sind eine Bereicherung.

Meinen Beitrag hierzu leiste ich seit Mai 2018 ehrenamtlich innerhalb der Landespartei als Inklusionsbeauftragte. Ich bin 37 Jahre alt und lebe in Zschopau. Mit Beeinträchtigungen und Inklusion setze ich mich täglich auseinander, da ich hauptberuflich in der Stadtverwaltung Chemnitz im Sozialamt in der Abteilung Soziale Leistungen, Sachgebiet Schwerbehindertenrecht/Landesblindengeld arbeite. Als medizinische Fachan-

gestellte und Dialyseschwester mit Berufserfahrung und Fortbildungen in verschiedenen Bereichen der medizinischen Versorgung habe ich auch aus dieser praktischen Perspektive einen deutlichen Einblick in die Probleme und Sorgen von Menschen mit Behinderungen.

Meine Aufgabe als Inklusionsbeauftragte ist es, in unserer Landespartei das Teilhabekonzept so gut wie möglich umzusetzen. So entwickelte ich z. B. Checklisten für barrierefreie



Veranstaltungen (stehen auf unserer Website zur Verfügung), besichtigte mögliche Tagungsobjekte und bot den Kreis- und Stadtverbänden das Gespräch an.

Neben dem Landesvorstand unterstützt mich Birger Höhn aus Dresden. Birger ist engagierter Genosse, arbeitet als Peerberater bei der EUTB-Teilhaberberatung in Dresden, schreibt Bücher, ist Inklusionsbotschafter der Interessengemeinschaft Selbstbestimmt Leben in Deutschland e.V. und er ist Autist. Er vertritt wie ich die Meinung, dass Menschen mit Beeinträchtigungen in die Mitte der Gesellschaft gehören. Dafür braucht es mutige Schritte und den Willen des Gesetzgebers. Zum Beispiel in der Kindertagesbetreuung, Schule, Berufsausbildung und im Studium, im 1. und 2. Arbeitsmarkt. Aber auch daneben, in der Freizeit und danach, also im Alter, muss in Sachen Inklusion vieles geändert und auf den Weg gebracht werden. Das nützt nicht nur Menschen mit Behinderungen, sondern auch Familien mit Kinderwagen, Menschen die Deutsch lernen, Kindern mit Lernbeeinträchtigungen, älteren Menschen und Menschen, deren Mobilität vorübergehend eingeschränkt ist. Somit ist Inklusion gesamtgesellschaftlich erstrebenswert und sollte dementsprechend gewürdigt und gelebt werden. Über 400.000 Menschen in Sachsen

hatten am 31.12.2017 einen Grad der Behinderung von mindestens 50 bis 100 Prozent. Und es werden mehr. Der größte Teil leidet an einer Funktionsbeeinträchtigung von inneren Organen, gefolgt von geistig-seelischen Behinderungen (siehe www.statistik.sachsen.de). Deshalb ist es mir wichtig, dass wir unsere Wahrnehmung stärken, auch für Behinderungen, die nicht auf den ersten Blick sichtbar sind. Deshalb habe ich zum Beispiel angeregt, dass bei unseren landesweiten Veranstaltungen im Rahmen von Barrierefreiheit ein Nachteilsausgleichsraum zur Verfügung gestellt wird. Neben barrierefreien Veranstaltungen ist es wichtig, unsere Inhalte für alle verständlich in leichter Sprache zur Verfügung zu stellen und auch in Wort, Bild und Ton möglichst barrierefrei zu sein.

Für meine restliche Zeit als Inklusionsbeauftragte in Sachsen wünsche ich mir, dass wir eine noch inklusivere Partei werden. Viele Menschen mit Behinderung haben Interesse an Politik und sind oder werden in unserer solidarischen Partei wichtige Mitstreiter*innen, die durch ihre Wünsche, Meinungen und Erfahrungen wertvolle Beiträge leisten, um Dinge auf den Weg zu bringen, die die Lebensbedingungen aller Menschen mit Behinderung verbessern.

• Kathleen Noack

Einer von hier

Andreas Rössel ist der OberBÜRGERmeister-Kandidat der LINKEN für Aue-Bad Schlema

Ich trete als Oberbürgermeister-Kandidat an, um zu verbinden. Die neue Stadt Aue – Bad Schlema, bestehend aus den vier Ortsteilen Aue, Bad Schlema, Alberoda und Wildbach, ist kein bloßes Verwaltungsgebilde, sondern unsere Heimat, in der die Bürgerinnen und Bürger leben und arbeiten. Eine Stadt, die eine sichere Zukunft haben soll. Ich möchte, dass Kommunalpolitik für die Bürgerinnen und Bürger gemacht wird und dass die Verwaltung mit bürgerfreundlichen Öffnungszeiten und Bürgernähe agiert. Die Einhaltung der Fusionsvereinbarung mit den vereinbarten Mindeststandards und Investitionsvorhaben ist dafür Grundlage für die nächsten Jahre. Alle vereinten Ortsteile müssen gleichermaßen weiterentwickelt werden. Ziel ist die Schaffung einheitlicher, besserer Lebensbedingungen und einer ausgewogenen Infrastruktur. Ein wichtiger Punkt ist die Verbindung der Ortsteile mit einem kostengünstigen und barrierefreien ÖPNV, damit die Ortsteile zu einer Stadt zusammenwachsen können.

Ich unterstütze die neu gebildeten Ortschaftsräte, da diese Grundpfeiler der Basisdemokratie sind. Deshalb setze ich mich auch dafür ein, dass die Ortsverwaltungen über ein eigenes Budget für repräsentative Zwecke verfügen können, deren Höhe



an die Einwohnerzahl der jeweiligen Ortsteile gekoppelt ist. Die neue Große Kreisstadt Aue – Bad Schlema ist ein großer und wichtiger Wirtschaftsstandort. Diesen gilt es weiter zu fördern und zu stützen. Industrie, Gewerbe und Einzelhandel sichern nicht nur wichtige Arbeitsplätze, sondern sind auch der entscheidende Motor für unsere Stadt. Hier ist es wichtig, Standortvorteile zu schaffen und die Ansiedlung und Gründung neuer Unternehmen zu befördern. Der zügige Ausbau des schnellen Internets im gesamten Stadtgebiet ist dafür Grundvoraussetzung. Die Kurgesellschaft Bad

Schlema mit dem Radonheilbad ist für die touristische Entwicklung unserer Stadt enorm wichtig.

Die Stadt lebt mit und von ihren Bürgerinnen und Bürgern. Sie stehen im Mittelpunkt meiner Politik. Hier eine Zusammenfassung einiger Punkte, die mir besonders wichtig sind:

- Bereitstellung von kostengünstigem und altersgerechtem kommunalem Wohnraum
- Schaffung neuer Wohngebiete für junge Familien
- Belebung der Innenstadt
- Erhaltung und Ausbau der gewachsenen Strukturen für Ordnung und Sicherheit im Bereich Feuerwehr und städtischer Bauhof. Bewährtes soll erhalten bleiben.
- Für alle Bürgerinnen und Bürger kostenfreier Zugang zu Bildung, Kultur und Sport
- Erhaltung und Förderung aller städtischen Museen, Sportstätten und Bibliotheken
- Unterstützung von Kinder- und Jugendarbeit und Stärkung gemeinnütziger Vereine als identitätsstiftende Vereinigungen

■ Erhaltung bestehender städtischen Kita- und Schulstandorte

■ kostenfreie Versorgung mit Schulumilch und Schulobst für alle Kinder und Schüler

■ Unsere Stadt ist eine grüne Stadt. Und dennoch muss für den Schutz der Tierwelt und der Natur viel getan werden.

Skifahren gegen soziale Kälte – mit Katja Kipping

Am 27. Februar findet von 13-15 Uhr das traditionelle Skifahren gegen soziale Kälte in Oberwiesenthal statt. Unsere Parteivorsitzende hat diesmal Verstärkung von den Landtagsabgeordneten Antje Feiks, Jana Pinka, Klaus Tischendorf, Marco Böhme, Klaus Bartl und Lutz Richter.

Treff ist 13 Uhr an der Schirmbar 914 an der Talstation der Vierersesselbahn. Zwischen den Fahrten ist Gelegenheit für Gespräche mit den Abgeordneten. Eine herzliche Einladung zum gemeinsamen Skifahren!

Zehn Jahre Bürgermeister in Lugau

Thomas Weikert blickt zurück

Wie die Zeit doch vergeht. Ich erinnere mich noch gut an die Tage im Sommer 2008. Im zweiten Wahlgang hatte ich mich gegen drei Mitbewerber um den Stuhl des Bürgermeisters durchgesetzt. Am Ende doch auch ziemlich deutlich mit über 250 Stimmen Vorsprung auf den damaligen Amtsinhaber. Dessen Enttäuschung war schon ziemlich groß, denn er ließ sich doch tatsächlich in öffentlicher Stadtratssitzung zu der Bemerkung hinreißen: „Dass noch nicht mal 20 Jahre nach dem Ende der DDR wieder die Rote Fahne auf dem Rathaus von Lugau weht, hätte ich nicht für möglich gehalten“.

Nun ja, wir haben die rote Fahne nicht aufgezogen. Auch so ist es sicher schwierig, in einer sächsischen Kleinstadt wie Lugau linke Politik zu machen. Trotzdem war und bin ich mir der besonderen Verantwortung auch gegenüber unserer Partei bewusst. Genau aus diesem Grund ist es mir sehr wichtig, ein guter Bürgermeister zu sein, denn damit können wir als Partei in praktischer Arbeit zeigen, dass wir für die Bürgerinnen und Bürger eine verlässliche Politik machen.

Dabei war der Start doch ziemlich holprig, fiel er doch mitten in die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008-2009. Eine Haushaltssperre jagte die nächste und an eine planmäßige langfristig angelegte Stadtgestaltung mit entsprechenden Investitionen

war zunächst nicht zu denken. Zum Glück wurde es ab 2010 wieder besser. Großinvestitionen in die Schulen, Kindertagesstätten, Feuerwehr, ein neues Kulturzentrum, Straßen, Wege und Plätze sowie einer komplett neuen „grünen Mitte“ in Form eines in-

nerstädtischen Stadtparkes machen unsere Stadt fit für die Zukunft und zeigen den Leuten, dass sich hier etwas bewegt. Die erfolgreiche Wiederwahl im Jahr 2015 zeigt, es ist gelungen. Bei einem Gegenkandidaten der CDU hatten 87 Prozent der Lugauerinnen und Lugauer für mich gestimmt. Klar macht man es nicht jedem recht, aber insgesamt finde ich schon, dass ich einen guten Draht in die Bevölkerung habe und dass mein Stil und das, was in den zehn Jahren entstanden ist, anerkannt und geschätzt werden.

Es ist ein 24/7-Vollzeitjob, denn irgendetwas ist immer. Trotzdem ist es eine Aufgabe, die viel Spaß macht und einem auch persönlich eine Menge zurückgibt. Kurzum, ich bin gern Bürgermeister und will mich dieser besonderen Herausforderungen auch sehr gern noch viele Jahre lang stellen. Wenn gewünscht, berichte ich auch an dieser Stelle wieder einmal, denn längst ist in den wenigen Zeilen nicht alles wiedergegeben. In diesem Sinne verbleibe ich mit einem herzlichen Glück Auf aus Lugau, der „lebendigen Kleinstadt“ im Erzgebirge!



Holocaustgedenken einmal anders

Von *Simone Hock*, Beiratsmitglied im Demokratiebündnis Zwickau

Alljährlich finden am und um den 27. Januar Gedenkveranstaltungen statt. So auch in Zwickau, organisiert vom Bündnis für Demokratie und Toleranz. In diesem Jahr wollten wir aber mal eine andere Form versuchen.

Auch in Zwickau gibt es Spuren früheren jüdischen Lebens, Orte, die Zeugnis geben können von der Verfolgung und Deportation Zwickauer Juden. Ein geschichtlicher Erkundungsrundgang bot nun am 27. Januar rund 70 Teilnehmenden die Gelegenheit, diese Orte zu entdecken. Treffpunkt war der Platz der Völkerfreundschaft. Mit dabei war Bürgermeisterin Kathrin Kögler (CDU), die deutlich machte, wie wichtig ein Zurückblicken auf die eigene Geschichte ist. Denn nur wer seine Geschichte kennt, kann verhindern, dass sich Ähnliches wiederholt. Historiker Christian Landrock leitete den Erkundungsgang durch die Muldestadt. Von ihm erfuhren wir, dass es ab 1850 eine jüdische Gemeinde in Zwickau gab, der zu Beginn der



1930er Jahre 473 Menschen angehörten. Am Georgenplatz befand sich von 1935 bis 1950 das Polizeirevier. Heute befindet sich an dem Gebäude eine Gedenktafel, die an die verschleppten Juden erinnert. Das Polizeirevier war

während der Nazizeit auch Außenstelle der Gestapo. „Von hier aus wurden unschuldige Menschen, vor allem Juden, deportiert, in KZ verschleppt und dort ermordet“, so der Historiker. Eine weitere Station war das Schloss Osterstein, das wohl kaum einer mit der NS-Zeit in Verbindung bringt, obwohl sich dort ein Gefängnis befand. Dieses diente 1933 als „wildes KZ“ und wurde später eine Außenstelle des KZ Flossenbürg. Der Historiker berichtete, dass Sozialisten, Kommunisten, Juden aus Zwickau und Umgebung hierher verschleppt und misshandelt wurden. Letzte Station bildete der am Boden verlegte Davidstern an der Kathari-

nenstraße. Hier, so war zu erfahren, befand sich früher die Burgstraße 10 und damit der Ort eines Betsaals der Zwickauer jüdischen Gemeinde. Ein weiterer Betsaal befand sich in der Bahnhofstraße.

An allen Orten des Rundgangs wurden Kerzen und weiße Rosen zum Gedenken an die Opfer des Holocaust niedergelegt. Eine jüdische Gemeinde, so das traurige Ergebnis der Nazizeit, gibt es heute in Zwickau nicht, denn nur wenige Zwickauer Juden überlebten den Holocaust.

Niemals vergessen!

Kandidatenkür in Glauchau

Am 19. Januar 2019 fanden sich die Mitglieder des Kreisverbandes in der Glauchauer Westsachsenlandhalle zusammen, um ihre Kandidierenden zur Landtags- und Kommunalwahl zu bestimmen. Zunächst galt die Aufmerksamkeit der Nominierung unserer fünf Direktkandidaten zur Landtagswahl. Als Ehrengast war unsere Landesvorsitzen-

mandat. Zudem erhielt Alexander Weiß die Präferenz für die Aufstellung der Landesliste zur Landtagswahl.

In der zweiten Wahlversammlung wurden die Listen für die Kreistagswahl aufgestellt. Zur Einstimmung gab Dr. Jürgen Blume, Vorsitzender der Kreistagsfraktion, einen Überblick über die



de Antje Feiks gekommen. Doch vorher galt es Horst Wehner für sein großes Engagement zu danken.

Schließlich wählte die Kreiswahlversammlung Thomas Koutzky für den Wahlkreis 5 mit 89,9 Prozent, Heiko Döhler für den Wahlkreis 6 mit 96,1 Prozent, René Hahn für den Wahlkreis 7 mit 66,7 Prozent, Marlies Schneider im Wahlkreis 8 mit 91,5 Prozent und Alexander Weiß mit 61,2 Prozent für den Wahlkreis 9 zu ihren Direktkandidaten. In den Wahlkreisen 7 und 9 gab es jeweils zwei Bewerber für das Direkt-

geleistete Arbeit. Dabei wurde deutlich, dass auch für die am 26. Mai 2019 zu wählende Kreistagsfraktion die Herausforderungen nicht kleiner werden. Es wurden die Kandidatinnen und Kandidaten für die 14 Wahlkreise gewählt sowie für Bürgermeister-, Ortschaftsrats-, Gemeinderats- und Stadtbezirksratswahlen in Gemeinden mit weniger als 3 wahlberechtigten Mitgliedern. DIE LINKE startet nun mit 76 Kandidatinnen und Kandidaten in die Kommunalwahlen im Landkreis Zwickau. Allen Kandidierenden wünschen wir alles Gute und maximale Erfolge! (Red.)

Spitzenduo führt Werdauer LINKE in die Kommunalwahl

Am 26. Januar 2019 nominierte die Werdauer LINKE ihre Kandidaten für den Werdauer Stadtrat sowie die Ortschaftsräte Steinpleis, Langenhessen und Leubnitz. DIE LINKE in Werdau steht vor einem Generationswechsel. Nach vielen Jahren Kommunalpolitik hat sich die Mitgliederversammlung bei Volkmar Dittrich und Heinz John herzlich bedankt. Diese beiden Kommunalpolitiker verabschiedeten sich in den politischen Ruhestand, werden uns aber weiter mit ihrem politischen Erfahrungsschatz zur Verfügung stehen.

Zu den Kandidaten für den Stadtrat gehören Heiko Döhler, Sabine Zimmermann, Ray Petzold, Ina Lindner, Walter Jürgens, Bärbel Bischof, Monika Ebert, Hans Günter Klotz, An-

ton Martin und Ellen Kraus. Für den Ortschaftsrat Steinpleis kandidieren Rudolf Kaden, für Langenhessen Martin Anton und für Leubnitz Walter Jürgens und Johannes Pfluger. Das Ziel auch für diese Wahl ist eine eindeutig linke und damit soziale Kommunalpolitik. Das heißt für uns Bürgernähe und Transparenz, aber vor allem Zusammenarbeit mit Werdauern Vereinen und ehrenamtlichen Organisationen. Die freiwilligen Leistungen der Stadt Werdau für diese Vereine müssen gesichert werden. Veranstaltungen wie die Werdauer Waldläufe, der Koberbach-Triathlon und vieles mehr müssen eine Zukunft haben. Es geht dabei um die Elternbeiträge in Kindereinrichtungen, um die ärztliche Versorgung vor Ort, den öffentlichen Nahverkehr und vieles andere mehr, das im alltäglichen Leben wichtig ist. Wahlversprechen einhalten – dafür stehen wir, daran werden wir gemessen.

• Heiko Döhler



Alte Hasen und neue Gesichter

DIE LINKE Meißen nominierte ihre Direktkandidatinnen und -kandidaten. Von *Harald Kühne*

Am Abend des 28. Januar 2019 fand im Jesuszentrum Meißen die Nominierung der Direktkandidat/innen für die Wahlkreise 37 bis 40 für die diesjährige Landtagswahl statt. Als Gast wurde die Landesvorsitzende der LINKEN Antje Feiks begrüßt.

Für den Wahlkreis 37 (Region Riesa) wurde Uta Knebel nominiert. Für den Wahlkreis 38 (Region Großenhain) geht Erik Richter ins Rennen. Für den Wahlkreis 39 (Region Meißen) kandidiert Tilo Hellmann und für den Wahlkreis 40 (Region Radebeul) ist Daniel Borowitzki der Direktkandidat. Soziale Gerechtigkeit, eine tatsäch-



liche Selbstverwaltung der Kommunen mittels einer Finanzausstattung mit mehr Entscheidungs- und Gestaltungsspielraum, finanzielle Entlastung der Familien durch Senkung bzw. Abschaffung der Elternbeiträge für Kindertagesstätten und Horte sowie bezahlbares Wohnen und Digitalisierung auf hohem Niveau in Stadt und Land werden zum Beispiel die Inhalte der linken Politiker sein.

Besonders freut uns die Jugendlichkeit unserer Direktkandidaten – und dass sie durch ihre berufliche Arbeit fest in der Gesellschaft verankert sind.

Gedenken in Coswig und Meißen

In Coswig trafen sich auf gemeinsame Einladung aller Fraktionen des Stadtrats etwa 25 Teilnehmer aller möglicher Gruppen, Parteien und nicht-rechter politischer Couleur zum Gedenken am 27. Januar. Traditionell „wandert“ der Zug in Coswig drei Gedenksteine ab, die zu verschiedenen Zeiten und aus verschiedenen Anlässen – aber immer für die Opfer von Gewalt, Diktatur und Unrecht – errichtet wurden.

Zu bemerken ist, dass der Oberbürgermeister seit seiner Wahl nicht nur unter den Teilnehmern ist, sondern traditionell auch immer am letzten Gedenkstein ein paar Gedanken frei ausspricht, die ihn und uns alle „brand“-aktuell bewegen. Kein Pathos, keine Glorifizierung – einfach menschlich, solidarisch und sachlich, dazu, wie er die Gesellschaft im Kreis, in der Stadt – und auch an Stammtischen – erlebt. Mit Sorge, aber auch Zuversicht, dass er jedes Jahr eine zahlenmäßig stabile Gruppe durchaus wechselnder Teilnehmer



um sich sieht. Ein Geschenk des Himmels an uns war im Jahr der Kom-

munalwahl, dass das Rederecht am VVN-Gedenkstein (aus DDR-Zeiten)

turnusmäßig an die Fraktion Rot-Rot-Grün fiel. Und innerhalb der Fraktion unwidersprochen an DIE LINKE. So kann im ganzen Coswiger Kabelnetz (K3 - notiert) zumindest der Filmbericht und der dazu passende Kommentar auch viele Menschen erreichen, die nicht dabei waren. Und online sowieso.

In Meißen war die Beteiligung sogar noch höher. Traditionell lud nach dem Gedenken am Mahnmal noch Pfarrer Oehler, auch Organisator der Stolperstein-Aktionen, in die naheliegende Nikolai-Kirche zu einer kleinen und durchaus einprägsamen Andacht ein. Hatten die Vertreter der christlichen Gemeinde mit am Mahnmal gestanden, so sangen die Linken in der Kirche auch aus voller Kehle das „Dona nobis pacem“-Kanon von W. A. Mozart mit. So stellt sich der moderne Religionssachverständige „Ökumene 3.0“ vor. Und Pfarrer Oehler auch.

• *Reinhard Heinrich*

Klare Absage an den AfD-Parteitag in Riesa

Man konnte es schon mit der Angst bekommen angesichts mehrerer Hundertschaften der Polizei. Wo das Auge hinreichte, sah es schwarze, bewaffnete Beamte. Es wurden Winklemente (wie in alten Zeiten) und Ordner-Binden verteilt, Musikanten rüsteten sich. An der Spitze des Demozuges leuchtete ein großes Banner mit der Aufschrift „Ihr seid keine Alternative! Solidarität statt Hetze“.

Wir alle trugen es voller Stolz und man spürte Zusammenhalt. Hinter uns reihte sich die Jugend lautstark ein mit Tröten, Trillerpfeifen und lustigen Sprüchen. Danach folgte

die Blaskapelle, der Orga-Wagen ebenfalls mit passender lauter Musik – unter anderem Bella Ciao und die Internationale. Gänsehaut bekam ich, als wir die Brücke durchschritten und der Schall es noch mal lauter verkündete. Die Schlange von Menschen machte Hoffnung! Immer wieder kamen am Rand Stehende dazu und reihten sich ein – vom älteren Ehepaar bis zu gesamten Familien. Ein bemerkenswertes Gefühl.

Vor dem Haupteingang zum Tagungsobjekt begannen die Redebeiträge. Als erster sprach unser Bundestagsabgeordneter André Hahn. Seine

Rede wurde mehrmals von tosendem Applaus unterbrochen. Danach sprachen weitere Genossen, auch von der SPD.

Zu einem einzigen Zwischenfall kam es auch. Nicht weit von der Polizei entfernt standen zwei Personen, die mit einer verbotenen Armbewegung und T-Shirts mit Runen provozierten. Ein anderer junger Mann schlug zu, eine Glasflasche flog. Die Polizei nahm die Störenfriede fest und erfasste ihre Personalien. Selbstverständlich wurde über das Mikro angesagt: „Leute, lasst euch nicht provozieren, dass wollen die doch nur. Lasst uns

alle zusammen friedlich gegen diese Nazis demonstrieren!“ Dann nahmen wir unser Banner und liefen weiter, natürlich direkt voran die Polizei. Ganz Hartgesottene gingen danach noch zum Konzert ins Festzelt und feierten weiter mit linker Musik.

Mitten im Zentrum der Demo stand, gut sichtbar für alle, eine ältere Frau mit einem großen Plakat: DAUMEN HOCH FÜR RIESA, das aufgestanden ist gegen diesen rechten Mob. Und für die vielen Teilnehmer von auswärts!

• *Petra Franz-Bohn (Meißen)*

Weichen für die Lausitz stellen

Caren Lay kommentiert das Ergebnis der Kohle-Kommission

Es hat länger gedauert als geplant – aber das ist bei der GroKo ja nichts Neues. Nun ist er da, der Abschlussbericht der Kohlekommission. Und beschreibt, was wir schon lange gesagt haben: der Kohleausstieg kommt. 2038, vielleicht drei Jahre früher. Die arbeits- und sozialpolitischen Vorschläge gehen in die richtige Richtung und sind gehaltvoller als alles, was bisher aus den Staatskanzleien in Dresden und Potsdam zu hören war. Wenn sie auch nicht ganz dem entsprechen, was wir in der Bundestagsfraktion mit einem Positionspapier zum Strukturwandel beschlossen haben.

Ich hoffe aber, dass die vorgeschlagenen Sicherheitszusagen umgesetzt werden, denn sie kommen unserer

Forderung nach Beschäftigungsgarantie und Einkommenssicherung für die in der Kohle Beschäftigten sehr nahe. Dennoch darf hier nicht Schluss sein. Es braucht mehr Verbindlichkeit für die Kumpel, sie dürfen nicht die Verlierer des Strukturwandels sein. Die Lausitz muss Energieregion bleiben und zur Modellregion für erneuerbare Energien werden. Einen Strukturbruch wie in den frühen 1990er Jahren darf es nicht noch einmal geben!

Zudem braucht es eine Debatte über die zu niedrigen Löhne und Renten im Osten. Nur mit gleichen Löhnen und Renten können langfristig attraktive Regionen entstehen. DIE LINKE hat im Bundestag dazu immer wieder Anträge gestellt. Alle anderen Parteien, auch

die AfD, haben diese abgelehnt. Das sollten wir den Menschen in der Lausitz dann auch so sagen.

Ich erwarte zudem, dass konkrete Zusagen zur Entwicklung der Infrastruktur in der Lausitz getroffen werden. Dass die Elektrifizierung der Bahnstrecke Dresden-Bautzen-Görlitz-Polen frühestens 2029 fertig gestellt sein soll, kann man niemandem vermitteln. Das muss schneller gehen und es darf nicht die einzige Maßnahme bleiben. Wir brauchen eine starke Verkehrsachse zwischen Cottbus und Bautzen. Im Abschlussbericht der Kohlekommission steht als eine Idee dazu, die Bahnstrecke zwischen Hoyerswerda und Bautzen wieder zu eröffnen. Ich finde: Gute Idee, bitte machen!

Sorbisches Bildungswesen evaluieren!

Die Vertreter der sorbischen Institutionen wandten sich mit einem Brief an Kultusminister Christian Piwarz und die für Bildung zuständige brandenburgische Ministerin Britta Ernst. Sie fordern Maßnahmen für Aufbau und Stabilisierung sorbischer Sprachsubstanz. Eine jüngst veröffentlichte Evaluation des sorbischen Bildungswesens in Brandenburg hatte erhebliche Defizite offenbart. Ich erinnere daran, dass die UN das Kalenderjahr 2019 zum „Jahr der indigenen Sprachen“ erklärt haben. So wollen sie auf die Gefährdung der indigenen Sprachen hinweisen. Die Sorben sind nach der Rechtsdefinition des Übereinkommens 169 der ILO ein indigenes Volk. Nach UNESCO-Angaben gelten 2.680 der derzeit weltweit noch 7.000 aktiv angewandten Sprachen als gefährdet. Niedersorbisch

und Obersorbisch sind in der Stufe 2 als gefährdet eingestuft, d.h. dass sie von immer weniger Sprechern als Muttersprache erlernt werden und innerhalb weniger Generationen auszusterben drohen.

Das Recht des sorbischen Volkes auf die eigene Sprache ist bisher qualitativ unzureichend umgesetzt worden. Der Verfassungsauftrag, dass der Freistaat das Recht auf Pflege und Entwicklung der sorbischen Sprache gewährleistet und schützt, wird nicht erfüllt. In diesem Kontext steht auch der Brief der Leiter der sorbischen Institutionen. Sie fordern von der Politik als ersten Schritt die Ermittlung der Ursachen, um anschließend geeignete Maßnahmen zu konzipieren. Für Sachsen fordere ich daher nach Brandenburg

Muster eine Evaluierung der Qualität des sorbischen Bildungswesens.

Auch der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Bundestages stellte fest, dass die ethnischen Minderheiten vielfältig bedroht sind. Wir fordern daher einerseits die Ratifizierung des Übereinkommens 169 der ILO, und andererseits, für das Siedlungsgebiet der Sorben das Bildungssystem zu reformieren, damit die sorbische Sprache einen höheren Stellenwert bekommt. Die Schaffung von sorbischen Sprachräumen hat auch den Charakter einer Wiedergutmachung für die Zurückdrängung sorbischer Sprachräume durch die Abbagerung sorbischer Dörfer.

• Heiko Kosel

Interkulturelle Begegnungen unerwünscht?

Seit zwei Jahren organisiere ich mit meiner iranischen Freundin Jamileh interkulturelle Frauentreffen in Kamenz. Ziel ist es, dass die Migrantinnen ihre deutschen Sprachkenntnisse anwenden können sowie die Menschen und Kultur in unserem Land besser kennenlernen. Die Frauenrunde wird mit den Frauen vorbereitet und organisiert. Die Teilnehmerzahl liegt zwischen zehn bis 20 Frauen pro Veranstaltung.

Dafür gibt es eine kleine Landesförderung über integrative Maßnahmen. Im Jahr 2017 haben wir 335,85 Euro abgerechnet und gefördert bekommen. 2018 haben wir für zwölf Veranstaltungen (mehr Veranstaltungen mit mehr Teilnehmer/innen) 520,79 Euro abgerechnet. 242,40 Euro sollen nicht anerkannt werden! Das Ausländeramt Bautzen will Rechnungen für die Fotoarbeiten in der Stadtwerkstatt und das Begegnungscafé mit 17 Teilnehmer/innen im Sophienkeller Dresden nicht anerkennen. Dies gebe die Förderricht-

linie nicht her! Anhand der ausgehängten Hinweise zur Beantragung von Fördermitteln im Rahmen der Förderrichtlinie Integrative Maßnahmen, Teil 2, beim Landratsamt Bautzen gibt es keine Einschränkungen. Dass die Fotoarbeiten für die Ausstellung „Migrantinnen in Kamenz“ anlässlich der interkulturellen Wochen im Landkreis



Bautzen nicht anerkannt werden, ist für mich unverständlich. Wie sollen wir eine Foto-Ausstellung ohne Fotos machen? Die gemeinsame Fahrt mit dem Zug nach Dresden, das Kennenlernen des Strietzelmarktes und die Gesprächsrunde mit Migrantinnen aus Dresden im Sophienkeller war ein tolles Erlebnis für die Migrantinnen. Dass jetzt die Kaffeerunde nicht anerkannt werden soll, ist völlig daneben. Wo sollen wir mit 17 Frauen in Dresden die Begegnung organisieren?

Ich habe es satt, mich ständig mit der Ausländerbehörde Bautzen auseinanderzusetzen. Das Ausländeramt Bautzen ist für die Integration zuständig und sollte unterstützen! Ehrenamtliche Arbeit muss anerkannt werden. Die Ausländerbehörde im Landkreis Bautzen muss bürgerfreundlich und integrativ arbeiten!

• Kreisvorsitzende Marion Junge, Patin und Landtagsabgeordnete

Einladung zur Kreiswahlversammlung

Am Sonnabend, dem 2. März 2019, findet um 09:30 Uhr eine Kreiswahlversammlung des Kreisverbandes DIE LINKE. Bautzen zur Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten für den neu zu wählenden Kreistag bei den Kommunalwahlen am 26. Mai 2019 statt. Tagungsort ist das Schützenhaus in Pulsnitz, Wettinplatz 1. Des Weiteren werden die Kommunalwahlkandidaten aus den Basisregionen Kamenz und Radeberg aufgestellt, wo keine eigene Wahlveranstaltung im Gemeindegebiet möglich ist. Die Kreiswahlversammlung entscheidet auch über eine zweite Priorisierung der Landtagswahlkandidat/innen für die Landesliste. Alle Mitglieder und Wahlberechtigten erhalten dazu rechtzeitig eine Einladung.

• Felix Muster, Kreisgeschäftsführer

Termine

Wahlversammlungen in den Ortsverbänden der Partei DIE LINKE und den Basisgruppen im Landkreis Bautzen zur Aufstellung der Kandidaten zur Kommunalwahl am 26. Mai 2019

09.02.2019, 09:00 Uhr:
OV Hoyerswerda, Einsteincasino,
Albert-Einstein-Str. 47

15.02.2019, 18:30 Uhr:
BG Bernsdorf, Gaststätte Grüner
Wald, Ernst-Thälmann-Str. 20

16.02.2019, 19:00 Uhr:
BG Gemeinde Lohsa, Gaststätte
Steinitz, Spreestr. 1

20.02.2019, 19:00 Uhr:
BG Stadt Kamenz, Stadttheater,
Pulsnitzer Str. 11, Kamenz

21.02.2019, 18:00 Uhr: OV Bautzen,
Haus der Sorben, Postplatz 2

27.02.2019, 18:00 Uhr: BG Stadt Radeberg,
Südtreff Volkssolidarität

02.03.2019, 09.30 Uhr: Kreiswahl-
versammlung LK Bautzen, Schützen-
haus Pulsnitz, Wettinplatz 1

12.02.2019, 18:00 Uhr: „Kranken-
haus statt Fabrik“. Diskussions-
abend über die Krankenhauspri-
vatisierungen mit MdB Harald
Weinberg. Bürgerbüro DIE LINKE
Hoyerswerda, Bonhoefferstr. 4

07.03.2019, 18.00 Uhr: „Solange
die Katze wartet, ist die Maus
noch nicht tot“. Buchlesung mit
Cornelia Eichner, Bürgerbüro DIE
LINKE Kamenz, Grüne Strasse 1

25.03.2019, 17:00 Uhr: **Struktur-
wandel in der Lausitz**. Politalk
mit Caren Lay (MdB) und Jana Pinka
(MdL)

Abschied von einer Lady der Linken

Giesela Neuhaus und Wilfried Trompelt erinnern an Juliane Krummsdorf (1930 – 2018)

Eigentlich hätte sie sich zu Beginn des Jahres 1990 ins Private verabschieden können. Ein erfülltes Berufsleben im Dienste der Wissenschaft – zuletzt als leitende Bibliothekarin am Zentralinstitut für Kybernetik und Informationsprozesse der Akademie der Wissenschaften der DDR – lag hinter ihr. Was ihr nun jedoch bevorstand, hat keiner so treffend formuliert wie Dr. Jürgen Leibiger ein Jahrzehnt später in einem Toast zum 70. Geburtstag von Bibliotheksrätin Juliane Krummsdorf – nämlich „ein Abenteuer, wie es sich für eine Rentnerin, und mag sie noch so rüstig, umtriebiger und unternehmungslustig sein, wohl schwerlich träumen lässt“.

Der langjährigen Vorsitzenden der Dresdner Bezirksorganisation des Bibliotheksverbandes der DDR lag es am Herzen, historisch wertvolle Bücher aus den in der „Wende“ aufgelösten SED-Bibliotheken für die Zukunft zu bewahren. Dafür hatten Hans Modrow und die Kommission Politische Bildung beim PDS-Parteivorstand offene Ohren: Man stimme ihr „unbedingt zu, dass sich die PDS ganz intensiv der politischen und fachlich-beruflichen Bildung widmen muss. Bibliotheken, Bücherstuben, Lesekaffees usw. gehören unbedingt dazu ... Wir unterstützen das sehr“. Solcherart beflügelt, schuf Juliane Krummsdorf mit engagierten Helfern aus Bibliotheksbeständen der SED-Bezirksleitung Dresden im Januar 1991 die Bibliothek des sächsischen Landesvorstandes der PDS. Die Erhaltung der auf einen sachlich wertvollen Bestand reduzierten Bibliothek war für sie gleichermaßen

moralische Pflicht und kulturelle Aufgabe. Am 8. Februar 1992 fand die Bibliothek in der neu eröffneten Landesgeschäftsstelle der sächsischen PDS ein geeignetes Domizil. Für Juliane Krummsdorf gehörte zu einer linken Partei allemal eine wissenschaftliche Bibliothek.

Ihr nichtalltägliches Engagement gewann eine neue, über Dresden hinausweisende Dimension, nachdem sie am 27. Februar 1991 mit zwei berühmten Leipziger Gelehrten, Walter Markov (1909–1993) und Helmut Seidel (1929–2007) sowie deren damals noch jungem Historikerkollegen Volker Külow dazu aufgerufen hatte, „eine STIFTUNG ins Leben zu rufen, die sich in ihrem Wirken humanistischen Ideen und Werten – einschließlich der Ideen und Werte des demokratischen Sozialismus, der Erfahrungen der Arbeiterbewegung – verpflichtet weiß“. Als dann am 23. März 1991 tatsächlich ein Verein zur Förderung einer Rosa-Luxemburg-Stiftung – die heutige Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen – gegründet wurde, trug Juliane Krummsdorf für viele Jahre als Schriftführerin für dessen Geschicke Verantwortung. In der Erinnerung an jene Gründerjahre besitzt die elegante ältere, immer froh gelaunte Dresdnerin mit ihren wallenden Röcken und markanten Hüten einen Ehrenplatz.

Juliane Krummsdorf engagierte sich für zweierlei in besonderer Weise, für „ihre“ Bibliothek, die sie bis 2012 leitete, und den Dresdener Arbeitskreis der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen. Mit Gespür, Akribie und großem



Foto: Sammlung Bültger

Einsatz trug sie eine wertvolle Bibliothek zusammen, gewann einen Kreis von Mitstreitern und organisierte vier kräftezehrende Umzüge mit nahezu zehntausend Büchern. Nachdem der Dresdener Bibliotheksbestand 1997 per Depositarvertrag von der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Verwahrung genommen werden konnte, fand das zweifache Engagement von Juliane Krummsdorf ein gemeinsames Dach. Sie besuchte bibliothekarische Fachtagungen und die Leipziger Buchmesse und knüpfte internationale Verbindungen bis nach Großbritannien.

Ihre tief verwurzelte Liebe zu Büchern spiegelte sich auch in vielen Veran-

staltungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen. So trugen die Ausstellungen und Publikationen zum 60. Jahrestag der Bücherverbrennung 1933 (1993) und zum 125. Geburtstag von Martin Andersen Nexö (1994) im Sächsischen Landtag ihre Handschrift.

Nicht wenige Dresdner kennen noch eine weitere Seite von Juliane Krummsdorf, ihre dritte Liebe. Sie galt dem Verschönerungsverein Weißer Hirsch, der – bereits 1876 als Ortsverein gegründet – 1993 neu ins Leben gerufen wurde. Sie war Gründungs- und Ehrenmitglied und von 1993 bis 2002 Vorstandsvorsitzende. In diesem Kontext muss auch eine Wohngebietsbücherei erwähnt werden, in welche die Anwohner Juliane Krummsdorf in ihren letzten Lebensjahren antiquarische Bücher brachten, die sie zur Ausleihe anbot und gern auch weitergab. Daneben war sie einige Jahre als Friedensrichterin des Stadtbezirkes Loschwitz tätig.

Kurz vor ihrem 89. Geburtstag, am 22. Dezember 2018, war Juliane Krummsdorfs Lebenskraft aufgezehrt. Nun heißt es Abschied nehmen von einer bewundernswürdigen, bis an ihr Lebensende rastlos tätigen Frau. Sie liebte Dresden und bereiste die Welt, war eine elegante Lady, bildungsbürgerlich und parteilich, ideenreich, zielstrebig und beharrlich, korrekt und humorvoll. Bibliotheksrätin Juliane Krummsdorf wird in der Erinnerung und in den Herzen ihrer Freundinnen und Freunde weiterleben.

Erinnerung an den „Blutigen Freitag“ 1919

Frank Diettrich ruft Chemnitzer Geschichte ins Gedächtnis

18 Menschen starben auf dem Territorium um den Chemnitzer Hauptbahnhof bei der blutigsten politischen Auseinandersetzung in Chemnitz vor Errichtung der NS-Herrschaft. Eine machtvolle Protestdemonstration Chemnitzer Arbeiter am 8. August 1919 gegen die katastrophalen Lebensverhältnisse eskalierte infolge einer verhängnisvollen Provokation zu einem vierstündigen erbitterten Kampf mit den zur gleichen Zeit am Bahnhof eingetroffenen Einheiten der Reichswehr.

Beschuss der Demonstration von den „Kavaliershäusern“ am Dresdner Platz. Der Demonstrationzug kam die Carolastraße vom Theaterplatz zum Bahnhof herauf. Nachfolgend wurde die Reichswehr über die Gleise in Richtung Frankenberg getrieben.

Der Rochlitzer-Porphyrblock stellt die Geschlossenheit und Verzweiflung der demonstrierenden Arbeiter dar. Die vor-

deren Gestalten sind als Hochrelief bzw. Vollplastiken, die Gestalten im weiteren Block als blockhafte Flachreliefs, die geschlossene Masse betonend, dargestellt. Alle Gestalten sind sehr expressiv

und kantig geschaffen. Sie verkörpern so die Verallgemeinerung des Individuums als Masse. Die Art der Gestaltung soll auch eine Verneigung vor dem Maler Karl Schmidt-Rottluff sein. Die im Grau-

ton gehaltenen Fugen zwischen den einzelnen Blöcken des Gesamtdenkmals im Gegensatz zum Rot des Rochlitzer Porphyrs verkörpern die Eingebundenheit des Einzelnen in die Geschlossenheit einheitlichen Handelns der Arbeiter.



Foto: Jomy Michel

Mit einer möglichen geplanten Verlegung des gegenwärtigen Busbahnhofs in die unmittelbare Nähe des Hauptbahnhofes wird die erneute Versetzung des Denkmals, unter Beachtung baulicher und rechtlicher Standards, notwendig. Mein Vater Hanns Diettrich arbeitete insgesamt 15 Jahre an dem Projekt „Augustkämpferdenkmal“. Die Arbeit an den Entwürfen begann 1962 in 1:5-Größe. Die Umsetzung in das originalgroße Gipsmodell für die Steinfassung erfolgte ab 1971 in seinem Atelier. Die Übertragung in Naturstein begann 1976 in den Sächsischen Sandsteinwerken in Dresden durch Steinbildhauer. Die Einweihung des Denkmals fand am 8. August 1977 statt.

Neoliberalismus im Mantel der „LINKEN“

Ralf Becker zu Ausführungen des stellvertretenden Parteivorsitzenden Axel Troost in „Links!“ 07-08/2018 und „Sachsens Linke“



Syriza-Frontmann Alexis Tsipras

I.

Axel Troost lobt die „fast geräuschlos(e)“ Arbeit der Syriza-Regierung und feiert in seinem Artikel „Griechenland schafft wichtige Etappe auf steinigem Weg“ („Links!“ 07-08/2018, S. 1) die Rettung der Renditen und Dividenden der westlichen Banken und Anleger auf Kosten der griechischen „kleinen Leute“. Natürlich bleibe es schwierig bis unmöglich, die Auflagen der Geldgeber künftig zu erfüllen, nachdem die letzte Finanzspritze für Griechenland erfolgte. Troost: „Bis auf weiteres bleibt Griechenland eine Schuldenkolonie, die den Schuldendienst über die Belange der Bevölkerung stellen muss.“ Die deutsche Regierung hatte eine flexible Kopplung der Schuldentrückzahlung (bis 2032) an das griechische Wirtschaftswachstum verhindert. Was sind diese Belange? Sich satt zu essen, sichere Wohnung, behütet und gebildet aufwachsende Kinder, eine Arbeit, deren Einkommen, all das sichert ... alles dekadente Belange, die man dem Schuldendienst an Millionäre und Milliardäre opfern kann? Denn für Axel Troost ist ausgemacht, dass die „Rückkehr Griechenlands auf die Finanzmärkte“ nicht gefährdet werden darf. Jene Finanzmärkte, die uns ab 2008 eine Krise bescherten, deren Folgen manche Volkswirtschaften heute noch spüren und deren Kosten v. a. die „kleinen“ Steuerzahler zu tragen hatten! Wirf einen Gefesselten ins Meer (in Chile nach 1973 tat man das) – „gleichwohl endet nun die Ära ...“ (Troost), wo der Gefangene die Erniedrigungen und Foltern der Pinochet-Schergen ertragen musste ...

Axel Troost erwähnt nicht ein einziges Mal die Enteignung griechischer Arbeiter und Angestellten von ihrer Arbeits- und Lebensleistung – Rentenkürzung, den Verlust oder erhebliche Reduzierung des Gesundheitsschutzes für Hunderttausende, nicht den massenhaften Verlust von Existenzsicherheit und Einkommen sichernder Arbeit, redet nicht davon, dass die neuen Steuern wieder überproportional hoch die „kleinen Leute“ belasten, redet nicht vom massiven Unrecht, das hier in Finanzrecht umgesetzt wurde, weil diejenigen die Rechnung bezahlen müssen, die sie primär NICHT verursacht haben. Er redet nicht vom Widerstand dagegen in ganz Europa auf der politischen und gesellschaftlichen „LINKEN“, der nicht nur nicht hätte nachlassen dürfen, nein, sondern sich verstärken müsste – gerade durch das Tun der deutschen „LINKEN“! Nun, vielleicht ist ja alles gar nicht so schlimm und die griechische Regierung schafft das, weil es ihr leichter gemacht wurde von einigen (zehn)tausend Bürgern: Sie verzichteten gleich ganz auf ihren ohnehin kaum noch vorhandenen Anspruch aus der Arbeitslosen- und Rentenversicherung – durch SUIZID! Aber: Syriza/Tsipras haben nicht nur Finanzdiktat umgesetzt, sondern auch „überfällige Maßnahmen für den Aufbau eines modernen Staates“. Wow, welches Staatsverständnis artikuliert sich hier?!

Das, was Tsipras da rekonstruiert und stabilisiert, ist ein kapitalistischer Klassenstaat, einer der nun auch konsequent im Neoliberalismus ankommen

soll im Bereich des Steuer-, Arbeits- und Sozialrecht. An den gesellschaftlich wirksamen Ergebnissen für die Lebensverhältnisse der übergroßen Mehrheit kann man es sehen, nicht an den wohl-gefeilten Worthülsen. Objektiv wird der Staat in seiner bestehenden Machtstruktur als kapitalistischer rekonstruiert und gestärkt. Der gesellschaftliche Widerstand wurde erheblich geschwächt, wenn nicht gebrochen. Das haben sog. „Linke“ in die Hand genommen wie seinerzeit die Schröder-Regierung in Deutschland. Was ist für die Veränderung gesellschaftlicher Kräfte-Verhältnisse hin zu einer grundlegenden gesellschaftlichen Wandlung der Produktions- und Machtverhältnisse förderlicher? Ist es die „mitleidende“ Erfüllung neoliberaler Finanzpolitik und Ruhigstellung der Bevölkerung dadurch, „dass die griechische Regierung die letzten Programmauflagen fast geräuschlos umgesetzt hat“ (Troost)? Also der durch eine „linke“ Regierung darin sich „fast geräuschlos“ vollziehende Absturz von Massen in Elend und Existenzangst ...? Oder wäre es ein (ohnehin, wie zu sehen, nicht zu verhindernder) Absturz, der das revolutionäre Veränderungspotential gesteigert hätte ... (Hätte, hätte, Fahrradkette ...?) Aber über das Verhältnis „linker“ Politik zu den Massen, zum Verhältnis von (Regierungs-) Partei und Massenbewegung fällt A. Troost in diesem Zusammenhang ja nichts ein. (Darauf wird zurückzukommen sein – Erfurter Programm, Abschnitt 5, „Breite linke Bündnisse“).

„Syriza versucht, aus schwierigsten Umständen das Beste zu machen. Kompromisse zu schließen, aber seinen langfristigen Zielen treu zu bleiben, ist ein schwieriger Spagat, den wir LINKE aus

Regierungsbeteiligung in den Ländern und auf kommunaler Ebene kennen.“ Welche „langfristigen Ziele“? Don Quichotte blieb auch seinen „langfristigen Zielen treu“, die Welt hat's nicht gestört.

Meint Axel Troost aber das Erfurter Programm, so ist festzustellen, dass das nicht mehr viel miteinander zu tun hat. Denn „verantwortliche Politik ... unter begrenzten Spielräumen“ ist, wenn der politische und gesellschaftliche Einfluss der LINKEN und linker Ideen wächst. Wenn er sinkt, und das ist Tatsache (!), dann ist es kein „Verrat“, das stellt A. Troost richtig fest, es ist „NUR“ verantwortungsloses Tun und Geschwätz oder, sofern man sich als „Linker“ wähnt (unbewusst oder bewusst), politische Scharlatanerie. Die Ursachen liegen in der schleichenden Anpassung an den herrschenden Politbetrieb und die herrschenden politisch-ideologischen Theorien zur Erklärung der Gesellschaft – Apogetik. Dass darin keine wissenschaftliche Gesellschaftserkenntnis liegt, die wirklich über den bestehenden Zustand hinauszukommen vermag, wusste schon Marx.

II.

Hier verlassen wir die erste neoliberale Einlassung und kommen zur zweiten: „Aufstehen oder sitzen bleiben?“ in „Sachsens Linke“ 10/2018, S. 8. (Auch ich habe dazu in der Okt.-Ausgabe „Links!“ auf S. 10 geschrieben). Mit Blick auf jüngste Wahlergebnisse stellt Axel Troost die Frage, warum DIE LINKE nicht aus der Schwäche der SPD „profitieren“ (Wortwahl!) konnte. „Linke Bewegungen entstehen normalerweise von unten“, behauptet er, was er der „von oben“-Sammlungsbewegung entgegenstellt. Hat er die Nachkriegs-

entwicklung in der „Ostzone“ vergessen, die Entstehung des „sozialistischen Weltsystems“ im 20. Jahrhundert inklusive Kuba, die jüngeren Entwicklungen in Lateinamerika – Nikaragua, Venezuela, Bolivien? Massenbewegung latent, flackernd, Anlass- resp. Themenbezogene (Demos), oft auch eher ein Sehnen als ein, zumal organisiertes und gemeinsames, politisches Agieren. Erst ein organisatorisches Zentrum, eine Struktur verlieh Richtung, Geschlossenheit und Kraft. Und genau das ist jetzt der Versuch mit „#aufstehen“. In meinem o. g. Artikel zitierte ich das Erfurter Programm, Abschnitt 5 „Breite gesellschaftliche Bündnisse“. Aber anstatt sich anhand dessen mit dem grundlegenden Verhältnis von („linker“) Partei und (Massen-) Bewegung zu befassen, hält sich Axel Troost an den Gründungsproblemen, wie sie jede entstehende Bewegung hat, wie Kommunikation und Information, Personen, auf. Dazu bedient er das Stigma von Sahra W., das ihr von dieser Medienwelt über nun mittlerweile Jahrzehnte angeheftet wurde. Willkommen im neoliberalen Medienklub! (Hier ist nicht der Platz für notwendige und essentielle Kritik an S. Wagenknecht, hier geht es mir um gesellschaftspolitische Grundprozesse.)

Und wie voreingenommen blockiert muss man eigentlich sein, wenn man ständig gegen einen selber aufgebauten Popanz argumentiert, ob da eine neue Partei entstehe? Und da sei viel „Populismus“ mit „giftiger Schlagseite“. „In gesetzteren Kreisen“ (Wortwahl!) komme das „als Agit-Prop. und Spaltung an“ (A. Troost). Wir haben es da mit ähnlicher „Beton-Köpfigkeit“ bei den „Gesetzteren“ oder Eingesessenen und mit praktisch-organisatorischer Hilflosigkeit bei denen, die die Probleme klar sehen, zu tun, wie zu SED-Zeiten und insbesondere in der Schlussphase der DDR.

Aber anstatt gemeinsam nach guten und richtigen Lösungen zu suchen, treibt auch A. Troost den Spaltpilz. Ist es nicht merkwürdig und auch schlimm, dass eine „führende Linke“ eine solche Bewegung außerhalb ihrer Partei und ohne deren Unterstützung versucht, bleibt sie nicht ihren „langfristigen Zielen treu“, ihrem Parteiprogramm (s. o.), viel treuer, weil bisher alles politische Agieren von Verantwortlichen, ihres eingeschlossen, uns weg führte von der „Realisierungsnähe“ unserer „langfristigen Ziele“?

Fraktion und Partei würden Sahra W. nicht folgen – wahr daran ist, dass ein erheblicher Teil nicht schlechthin kritisch zu ihr eingestellt ist, sondern hasserfüllt, wie sich auf dem Leipziger Parteitag und durch den jüngsten Ausfall von Thomas Nord zeigte. Doch diesen Teil mit der „Fraktion und Partei“ gleichzusetzen ist exakt die Art, wie Honecker und Co. bis zuletzt gedacht haben. Gerade dieser Teil in seiner Unnahgierigkeit, Rechthaberei und Übergriffigkeit auf die innere institutionell-strukturelle Macht ist gegenwärtig spalterisch unterwegs! Und folgerichtig redet Axel Troost nur noch darüber, was man oder die Partei „musste“. Der versöhnlerische Tenor des Schlusssatzes ist mindestens halberzig. Axel Troost wird wohl sitzen bleiben. Ja, Klassenziel nicht erreicht!

„Auf eigene Themen konzentrieren“

Anna Gorskih über eine Diskussion zu erfolgreichen Strategien gegen rechts



Konzentration auf die eigenen Stärken und eigene Themen, kluge Gegen-Provokationen als unerwartete und damit im rechtspopulistischen Kalkül nicht mitgedachte Reaktion können Abhilfe schaffen, um die Aufmerksamkeit auf eigene Anliegen und Positionen zu lenken. Auch die Auseinandersetzung mit rechten (Kommunikations-)Strategien, einschließlich ideologiegeschichtlicher Voraussetzungen ihrer Begrifflichkeiten und Konzepte, können neben Kommunikationstrainings für linke Aktivist*innen und Politiker*innen viel dazu beitragen, am Wahlkampfstand, in der Stadtrats-sitzung oder auch im Alltag überzeugend auftreten zu können.

Als Zusammenfassung kann geschlossen werden, dass es durchaus hilfreich ist, sich erst einmal einen Überblick über die rechten Akteur*innen und Netzwerke im eigenen Umfeld sowie ihre Arbeit und ihre Strategien zu verschaffen. Anschließend sollten die eigene Haltung klar und selbstbewusst vertreten und eigene Positionen und Gesellschaftsvorstellungen offensiv nach außen getragen werden. Außerdem sollte in Gesprächen mit Nachbar*innen, im Verein oder am Wahlkampfstand klar gemacht werden, dass Menschenrechte die Grundvoraussetzung eines demokratischen Diskurses sein müssen. Die Grenze des Sagbaren sind damit spätestens dort erreicht, wo Menschen auf rassistischen, homophoben oder sonstigen menschenverachtenden Gründen diskriminiert und ausgeschlossen werden.

Seit Jahren wird diskutiert, wie mit rechtspopulistischen Akteurinnen und Akteuren umgegangen werden soll. Die Bandbreite der Optionen reicht vom Dialog bis zum Ausschluss. Viele scheinen sich uneins zu sein: Sollten wir uns nicht ausgerechnet dann mit der AfD und ihren Anhänger*innen auseinandersetzen, wenn es besonders anstrengend ist und auch so aussieht, als könnten wir sie mit unseren Argumenten nicht erreichen? Oder sollten wir eher verdeutlichen, dass rechte Populist*innen den demokratischen Konsens zerstören wollen, indem sie seine Grundlage angreifen, nämlich die Anerkennung des politischen und gesellschaftlichen Pluralismus? Sollte man in ihrem Kern demokratiefeindlichen Positionen nicht ausschließen als ihnen auch noch Podien zu bieten?

Diese Fragen haben wir bei einer Abendveranstaltung der Linksjugend [solid] Westsachsen am 25. Januar in Borna thematisiert, bei der Paul Hösler und ich als Jugendkandidierende des Jugendverbands zur Landtagswahl eingeladen waren. Die Themen waren einerseits Bildungspolitik und andererseits Strategien gegen rechts. Im Folgenden werden einige Anregungen für linke Aktivist*innen und Politiker*innen vorgestellt, die diskutiert worden sind.

Viele werden das kennen: Wir stehen am Wahlkampfstand und werden von besorgten und wütenden Bürger*innen angesprochen, wobei sehr schnell klar wird, dass das Gegenüber gar nicht an Informationen interessiert ist, sondern dem eigenen Ärger Luft machen möchte. Dabei sind demokratiefeindliche und menschenverachtende Aussagen keine Seltenheit. Einige, sowohl neue als auch altgediente Genoss*innen werden mit einer solchen Situation vielleicht erstmal überfordert sein. Nicht zuletzt deshalb sollten regelmäßig Argumentations- und Kommunikationstrainings angeboten werden. Weiterhin wäre es angebracht, sich vor Augen zu führen, mit welchen Strategien und Taktiken Rechtspopulist*innen die Tagesordnung bestimmen. Dazu gehören sorgfältig geplante Provokationen, bei denen sowohl die Reaktion der Medien als

auch die der politischen Gegner*innen mitgedacht wird. Das Ziel ist Aufmerksamkeit, um rechte Inhalte unter die Menschen zu bringen und den Diskurs nach rechts zu verschieben. So machen AfD-Funktionsträger*innen häufig mit rassistischen, homophoben und sonstigen menschenverachtenden Aussagen von sich reden, wobei ihre Botschaften vielfach wiederholt werden und sich so stärker im Bewusstsein verankern können. Nach der Äußerung rudern dann einige aus strategischen Gründen zurück, um gleich wieder in den Angriffsmodus zu gehen.

Hierin steckt das zweite Kalkül der Rechtspopulist*innen, nämlich aus der erwarteten negativen Reaktion Nutzen zu ziehen, sei es durch die Betonung der eigenen Opferrolle oder durch Solidarisierungseffekte in den eigenen Reihen. Auch deshalb kann es hilfreich sein, nicht jede Provokation der AfD

oder anderer rechter Strukturen sofort aufzugreifen. Es ist schon oft viel damit getan, erst abzuwägen, auf welche Art und Weise ich die Provokation thematisieren kann, damit diese Thematisierung der AfD eher schadet als nützt. In diesem Kontext ist es wichtig, sich nochmals bewusst zu werden, 1. was ist mir/uns wichtig, 2. was sind meine/unsere Themen und wo liegen unsere Stärken und 3. wie kann ich/können wir die Aufmerksamkeit auf unser Handeln lenken. Diese Konzentration auf eigene Anliegen und Themen kann dazu beitragen, dass man sich nicht mehr nur daran abarbeitet, was die Rechten gerade tun, sondern eigene Akzente setzt. In Marketingsprache würde man hier von „Themensetting“ sprechen.

Empirisch lässt sich auch in der Politikwissenschaft keine eindeutige Erfolgsstrategie herausstellen. Mit Sicherheit muss man mehrgleisig fahren.

Was 2018 so passiert ist

Im Oktober 2017 begann die Legislatur des derzeitigen Beauftragtenrates, der mit einem Durchschnittsalter von knapp 21 Jahren zum Wahlzeitpunkt der bis dato jüngste ist. 2018 haben wir einen Fokus auf politische Bildung gelegt. So wurden eine Herbst- und eine Frühlingsakademie organisiert, in Oberau und in Oschatz. Dank der Mittel vom Ring politischer Jugend war es uns möglich, wieder zwei Bildungsreisen durchzuführen, die jugendverbandsintern vorbereitet, durchgeführt und nachbereitet wurden. Die Ziele waren Spanien und Israel. Beide Reisen sorgten für einen enormen Erkenntnisgewinn. Ein großes Highlight war wieder das Pfingstcamp im tschechischen Doksy, dessen 20. Geburtstag mit Workshops, guter Musik und schönem Wetter gefeiert wurde.

Wie üblich fanden auch zwei Landesjugendplena statt, als Rahmen für unser Hauptprojekt: die Erarbeitung unseres Grundsatzprogramms. In Vorbereitung auf die Landtagswahl haben wir uns entschieden, ausgehend vom Landesjugendwahlprogramm 2014 ein Grundsatzprogramm zu entwickeln, das mehr Themengebiete (24) umfasst. Das „richtige“ Landesjugendwahlprogramm wird nur sechs Schwerpunkte beinhalten, die wir in der Kampagne besser vermitteln können. Das Verfahren wurde auf dem Landesjugendplenum im März beschlossen und danach umgehend in die Wege geleitet (unter anderem mit zwei Programmkonventen und einer Online-Partizipationsplattform). Im September in Chemnitz wurden unsere sechs jungen Kandidierenden gewählt.

Im Sommer hat erstmals das Flenum* stattgefunden, eine Art Landesjugendplenum für Nicht-Cis-Männliche Linksjugendliche. Die Gründung einer landesweiten FLTI*-Struktur soll vorangetrieben werden. Neben der Landesebene gibt es natürlich noch unsere Basisgruppen, die fantastische Arbeit machen – besonders freuen wir uns über die Neugründungen in Hoyerswerda, Freital und Oschatz.

Neu sind auch unsere Sticker! Wir haben ältere Gassenhauer im neuen Design aufgelegt und eine neue Reihe mit feministischem Schwerpunkt. Und auch unsere Website ist neu, auch wenn es da noch ein wenig Nachholbedarf gibt :) Wir sehen uns jedenfalls gut für das Jahr 2019 gerüstet und freuen uns auf die Aufgaben!

Meinen die das ernst?

Nr. 12: Homöopathie ist keine Kassenleistung!

Hier stellen wir euch jeden Monat eine Forderung aus dem Linksjugend-Wahlprogramm vor.

Die Forderung:

Kein Hokuspokus mit meinen Beiträgen!

Die Begründung:

Auf viele Medikamente werden Zusatzleistungen erhoben, die von den Versicherten selbst getragen werden müssen. Selbst Brillen, Kontaktlinsen und Verhütungsmittel müssen häufig selbst bezahlt werden. Vollkommen unverständlich ist demgegenüber, dass Hokuspokus mit Placebo-Effekt wie Homöopathie durch Krankenkassen übernommen wird. Krankenkassenleistungen müssen sinnvoll und relevant sein. Es gibt keine Studien, die eine Wirksamkeit über den Placebo-Effekt hinaus belegen. Homöopathische Präparate sind teuer und unnützlich, schlimmstenfalls schadet eine Fokussierung auf sie den Patient*innen. Wir wollen, dass Krankenkassen echte Medikamente bezahlen und keine Zuckerkügelchen!

Wir brauchen die europäische Energiewende!



EUROPEAN UNITED LEFT/
NORDIC GREEN LEFT
EUROPEAN PARLIAMENTARY
GROUP

Cornelia Ernst und Manuela Kropp bilanzieren die UN-Klimakonferenz in Katowice

Die Ergebnisse der UN-Klimakonferenz im polnischen Katowice sind durchwachsen. Einerseits haben sich die Unterzeichnerstaaten auf gemeinsame Regeln zur Umsetzung des Pariser Klimaschutzabkommens verständigt. Das ist gut. Denn zum ersten Mal wird es ab 2024 verbindliche Mindeststandards zur Berichterstattung der Staaten über ihre Treibhausgas-Emissionen oder andere Klimaschutzmaßnahmen geben und Deutschland hat sich verpflichtet, seinen Beitrag zum „Green Climate Fund“ zu verdoppeln. Auch das ist zu begrüßen, denn damit können Klimaschutzmaßnahmen in Ländern des globalen Südens finanziert werden. Schlecht ist jedoch andererseits: Die Unterzeichnerstaaten konnten sich nicht darauf einigen, ihre Klimaziele bis 2020 heraufzusetzen. Dies wäre aber dringend notwendig gewesen, wie die Hitzewelle 2018 gezeigt hat. Der Klimawandel ist in vollem Gange, und alle Regierungen müssen sich endlich an das unpopuläre Thema „Energiewende“ heranwagen.

Die fünfzehnjährige Schwedin Greta Thunberg, die durch ihren „Schulstreik gegen den Klimawandel“ viele Schüler in der ganzen Welt zu ähnlichen Aktionen inspirierte, hat es in Katowice auf den Punkt gebracht: Es gibt nur Hoffnung, wenn sich die Regierungen dar-

auf konzentrieren, was getan werden muss, und nicht nur darauf, was derzeit politisch opportun ist. Ein Redner von den Philippinen, die immer öfter von Hurrikans und Taifunen heimgesucht werden, hob hervor, dass weltweit bereits jährlich 26 Millionen Menschen durch den Klimawandel in die Armut gedrängt werden. Von Erdbeben und Überschwemmungen sind vor allen Dingen Bangladesch, die Philippinen und Äthiopien betroffen. In einem „loss and damage“-Mechanismus (Mechanismus zum Ausgleich von Verlust und Schä-

den) soll Ländern des Globalen Südens finanziell unter die Arme gegriffen und der historischen Verantwortung der Länder des Nordens für den Klimawandel Rechnung getragen werden. Jedoch ist dazu in Katowice keine wirkliche Vereinbarung getroffen worden. Billiger als jede Ausgleichszahlung ist jedoch die Bekämpfung des Klimawandels, auch durch einen Ausstieg aus den fossilen Energien.

Deutschland muss hier mit gutem Beispiel vorangehen und die zwanzig dre-

ckigsten Kohlekraftwerke bis 2020 vom Netz nehmen. Jedoch dürfen die Sorgen und Befürchtungen der Beschäftigten im Kohlektor nicht unter den Tisch fallen. Die Strukturbrüche, die in den frühen 90er Jahren vor allen Dingen die Lausitz und das Mitteldeutsche Revier getroffen haben, haben bis heute ihre Spuren hinterlassen. Der Strukturwandel muss gemeinsam mit den Menschen vor Ort gestaltet werden. Das heißt: Sie müssen in die Entscheidungen, wie z.B. Fördergelder verteilt werden, einbezogen werden. Und auch auf europäischer Ebene müssen wir die Energiewende angehen: In den jüngsten Verhandlungen zum Strom-Binnenmarkt haben leider die erneuerbaren Energien verloren. Die Förderung für Erneuerbare wird gestrichen bzw. umgestaltet und macht es gerade für kleine Anbieter und Bürgerenergieprojekte schwer, an die Förderung heranzukommen. Der Ausbau der Erneuerbaren in der EU stockt und geht kaum voran – obwohl in den Medien von der Europäischen Kommission immer ganz andere Bilder gezeichnet werden.

In den 50er Jahren gründete sich die europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, als Vorläufer für die heutige EU. Wir brauchen heute die europäische Gemeinschaft für erneuerbare Energien.



Foto: Raben Neugebauer / Compuet / Flickr.com / CC BY-NC 2.0

Deine Batterie stinkt mir!

Elektromobilität ist nicht per se eine saubere Sache, wenn man Herstellungsemissionen und Stromherkunft in die Bewertung einbezieht. Von *Frederic Beck*

Landläufig wird die Elektromobilität als zukunftsweisende Technologie gepriesen, die die aktuellen Probleme der Umweltverträglichkeit des Straßenverkehrs lösen soll. Mittlerweile verfolgen auch Politik und Wirtschaft diese Linie und fokussieren ihre Bemühungen im Automobilsektor auf die Transformation von fossilen zu elektrisch betriebenen Fahrzeugen. So weit so richtig, könnte man meinen. Doch ist diese Betrachtungsweise zu einseitig, um der Komplexität der Sachlage zu entsprechen.

Denn Emissionen entstehen nicht nur im Fahrbetrieb, sondern auch bei der Herstellung des Antriebs. Für eine herkömmliche Lithium-Ionen-Batterie werden so im Schnitt 15 – 20 Tonnen Kohlendioxid emittiert, nämlich 150 bis 200 kg pro kWh Leistung, welche die Batterie besitzt. Die Berechnungen beruhen auf der Annahme, dass der dafür herangezogene Strommix aus je 50 Prozent regenerativer so-

wie herkömmlicher Energie besteht. Sollte die Batteriezellenproduktion allerdings in Ländern wie etwa Polen stattfinden, dass sich aktuell um Förderung bei der EU um den Aufbau mehrerer Batterie-Fabriken bewirbt, so würde der Anteil fossiler Energieträger noch deutlich ansteigen und damit auch die bei der Produktion entstehenden Abgase. In Summe bedeutet dies, dass ein E-Mobil erstmal zwei Dekaden auf der Straße fahren muss, um die schon bei der Produktion freigesetzten Gase in der Bilanz zu kompensieren.

Leider greift diese Rechnung auch noch zu kurz, denn auch der für die Aufladung der Batterie verwendete Strom kommt nicht nur aus regenerativen Quellen. Sicher, der Anteil erneuerbarer Energien in Deutschland steigt seit längerem, allerdings kompensiert dies nur den wegfallenden Atomstrom. Die „Klimakiller“ Braun- und Steinkohle bleiben unangetastet.

Auch die Autoindustrie selbst trägt wieder einmal zur Verschleierung der Tatsachen bei. Sollten die optimistischen Prognosen für das Jahr 2025 Realität werden, so wird der Anteil von elektrisch angetriebenen Fahrzeugen zehn Prozent des gesamten Autoaufkommens von ungefähr 150 Millionen Fahrzeugen betragen. Solche und auch Hybridmobile werden qua Gesetz als sogenannte „Nullmissionenfahrzeuge“ bezeichnet, obwohl sie genauso Abgase emittieren, nur eben indirekt. Die Automobilindustrie kann diese nun nutzen, um die Grenzwertüberschreitungen ihrer SUV und Geländewagen aufzuwiegen. Ein E-Auto reicht, um die gesetzlich vorgeschriebenen Grenzwerte, welche von sieben SUV überschritten werden, auszugleichen. So wird auch dem Trend zu immer größeren Autos ein schier unbegrenzter Spielraum gelassen.

Die jetzige Förderung der Elektromobilität hat verschiedene Rebound-Ef-

fekte, also Effekte, die dem eigentlichen Ziel entgegenwirken. Die Zahl der umweltverschmutzenden großen Autos wird weiter zunehmen, der Schienenverkehr bleibt benachteiligt und der Umstieg vom ÖPNV bzw. Fahrrad auf Elektroautos wird die Straßen weiter verstopfen. Nicht zuletzt führt der Abbau der für den Akkubau nötigen Rohstoffe zu ökologischen und sozialen Problemen.

Die Bilanz ist ernüchternd. Es offenbart sich, dass eine Wende nur möglich ist, wenn Gesetzesinitiativen und politische Leitlinien darauf zielen, den PKW-Anstieg allgemein zu verhindern, die Verwendung fossiler Brennstoffe in der Stromerzeugung zu minimieren, einer Verkehrsverlagerung hin zum motorisierten Individualverkehr präventiv vorzubeugen und bei der Berechnung der Flottenemissionen auch die Emissionen zur Herstellung und Betrieb der Batterien mit einzuberechnen.

„Legen wir los, ein jeder und sofort!“

Anja Oehm und Rainer Böhme zur Klimadiskussion der LINKEN in Hohnstein

„Nichts ist zeitgemäßer als die Welt zu retten“: Das war das Anlass der von der LINKEN Sächsische Schweiz-Osterzgebirge veranstalteten Klimadiskussion auf der Burg Hohnstein. 148 emissionsproduzierende Länder hatten in Kyoto und Paris einen Vertrag unterzeichnet, um die menschengemachte Klimakatastrophe noch aufzuhalten. Zähl schon seine Übertragung in nationale Gesetze. Dann Trumps „America first“ mit Ausstieg aus dem Vertrag. Niemand weiß, was kommt, wenn in Sibirien das Permaeis über Methanfeldern schmilzt. Oder die Gletscherschmelze ... Wenn das die Sonnenstrahlen reflektierende Eis nicht mehr da ist, erwärmt die Sonne das Meer. Es wird Effekte geben, die der Mensch nicht mehr beeinflussen kann. Es ist es fünf nach Zwölf, sagen die Klimaforscher. Die Beschlüsse des Klimagipfels von Katowice lassen Hoffnung aufkommen, das Blatt noch wenden zu können. Es wird nur funktionieren, wenn alle Staaten sich vertrauen und sich mehr als anstrengen.

Der Klimaschutz, so der Leipziger Landtagsabgeordnete Marco Böhme als Referent, ist ein ur-linkes Thema und nicht nur das der Grünen. Wir sollten das nur stärker zeigen. Anders als andere fordere die Linkspartei soziale Gerechtigkeit ein und will all jene mitnehmen, die wenig Geld in der Tasche haben. Denn



Foto: Pixabay / CCO

sie sind die besonders Leidtragenden des Klimawandels. Die Bergarbeiter in der Lausitz benötigen einen sozial verträglichen Ausstieg aus der Braunkohleverstromung, die Gegend eine komplett neue Wirtschafts- und Industriestruktur, die nicht der Steuerzahler allein bezahlt.

Richtig spannend wurde es, als Diplomingenieur Ullrich Gumpert von der Colditzer Firma „Windstromer“ das Wort ergriff. Seit 22 Jahren rennen er und seine Begleiterin Frau Dr. Bergert sich

„die Füße wund“, um für Windkraft zu werben und Windräder zu errichten. Obwohl theoretisch jeder weiß, dass das notwendig ist, wird die praktische Realisierung durch Widerstände verhindert. Politische Festlegungen der heute Regierenden sind das eine, Vorbehalte von betroffenen Bürgern das andere. „Ihr wollt ja nur Geld verdienen“, wird den Windkraftbetreibern immer wieder vorgeworfen. Und: „Landschaft zerstören, Leben und Gesundheit der Anwohner mit Lärm und Schattenschlag beeinträchtigen, zahlreiche Vögel töten,

z. B. den Roten Milan“ sind die häufigsten Argumente. Gumpert stellte sich diesen Vorwürfen und verwies auf das eine Prozent Totvogelfunde unter Windrädern. Die Milanpopulation habe sich verdreifacht. Hauptfeind der Tiere seien die Agrarchemie, Pestizide und Glyphosat mit seinen zehn Derivaten und natürlich der Autoverkehr.

Dass der Klimawandel von vielen Faktoren abhängt, wurde ebenso angesprochen wie die Vor- und Nachteile von Solarzellen. Es bedürfe eines „Marshallplans für Batteriespeicher“, kam aus der Runde. Diskutiert wurde, dass PKW immer riesiger werden und Elektroautos nur eine Zwischenstation sein können, sondern der Ausbau des ÖPNV erforderlich ist. Es ging zudem um den Braunkohlenausstieg. So schnell wie möglich und sozial verträglich gestaltet soll er sein – und nicht auf Kosten aller Steuerzahler. Es ging um anhaltende Bodenversiegelung, Auslagerung unserer Umweltprobleme nach Afrika ... Mehrfach gingen die Meinungen auch auseinander.

Fazit blieb aber: Die Politik hat national und international die Strukturen zu schaffen und jeder einzelne von uns kann und muss seinen Beitrag dazu leisten, die Welt zu retten. Legen wir los!

Zeitgeschichte mitgeschrieben

Die Jour-fixe-Gemeinde würdigt Leben und Wirken des Leipziger Historikers Hans Piazza (1932–2017). Von *Wulf Skaun*

„Wenn ich auf dem Markkleberger Kommunalen Friedhof an den namenlosen Gräbern vorbeikomme, dann geht mein Blick über die grüne Rasenfläche hin zu jener entfernten Stelle, wo Hans Piazza und seine liebe Frau begraben liegen.“ Mit dieser gefühlvollen Metapher sprach Willi Beitz auch den Anwesenden aus dem Herzen. „Die unpräzise, stille Art, wie er sich zur letzten Ruhe betten ließ, entsprach ganz und gar dem, wie er uns auch im Leben – ja auch in seinem hohen Amt als Prorektor einer der bedeutendsten deutschen Universitäten begegnet und für immer in Erinnerung geblieben ist.“

Freunde, Kollegen und Schüler hatten sich im vergangenen Dezember zum 40. Gesprächskreis Jour fixe versammelt, um des 2017 verstorbenen Leipziger Historikers zu gedenken. Der Salon der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen in der Leipziger Harkortstraße 10, für Gründungsmitglied Hans Piazza lange Jahre vertraute Heimstätte linken Diskurses, war bis auf den letzten Platz gefüllt, als innige Schostakowitsch-Klänge die Hommage musikalisch eröffneten. Acht Redner erwiesen dem Dahingegangenen ihre Reverenz, sein in New

York lehrender Schüler Mario Kessler hatte ihm bereits in „Links“ und „nd“ Nekrologe gewidmet.

Zunächst würdigte Altmagnifenz Horst Hennig den Freund und Kollegen als einen aufgeschlossenen, offenen und lebensfrohen Rektorskollegen, der stets die Interessen der Universität als Ganzes im Blick hatte. Seine wohlthuend nachdenkliche, konstruktiv-kritische und hilfsbereite Art habe auch in schwierigen Zeiten ein kollegiales Miteinander ermöglicht. Dann ließ Manfred Neuhaus markante Stationen auf dem Lebensweg des wissensdurstigen Chemnitzer Arbeiterjungen Revue passieren: Als Schüler Walter Markovs, Geschichtspräsident, Sektionsdirektor und Prorektor im Rektoratskollegium von Lothar Rathmann, der an der Hommage leider nur in Gedanken teilnehmen konnte, habe Hans Piazza Spuren in der Leipziger Universitätsgeschichte hinterlassen.

Willi Beitz, Literaturwissenschaftler und als Sektionsdirektor einst einer seiner Amtskollegen, widmete dem Freund berührende Worte. Wer Hans Piazza kannte, werde ihn als einen dem Le-

ben zugewandten, engagierten Wissenschaftler ebenso in Erinnerung behalten, wie als demokratisch gesinnten Amtsinhaber und liebenswerten Menschen. Über eine Freundschaft jener Art, die nicht unentwegt räumliche Nähe voraussetzt, sprach Gerhard Engel, einstiger Amtskollege an der Berliner Humboldt-Universität und späterer Vize-Minister für das Hoch- und Fachschulwesen der DDR. Er sei sich mit Hans Piazza darin einig gewesen, das für jeden Schritt die von Überzeugung getragene Bereitschaft derer nötig sei, die ihn gehen sollten. Ihre gemeinsame Formel sei deshalb immer gewesen: 90 Prozent überzeugende Debatte, 10 Prozent Administration; oder anders: Notwendiges muss verstanden sein, ehe es verwirklicht werden kann – statt (im Wortsinn) erledigt zu werden.

Für den Germanisten Klaus Pezold zählte die Zusammenarbeit mit Hans Piazza zu den besten Erinnerungen an seine Universitätsjahre. Dass Piazza von allen Hochschullehrern hohes Engagement in der Lehre erwartete und bürokratische Hürden selbstbestimmt aus dem Weg räumte, sei für den eigenen Leitungsstil als Sektionsdirektor prägend

gewesen. Der Wirtschaftswissenschaftler Horst Richter erinnerte in bewegenden Worten an das gemeinsame Studium in der Sowjetunion und erstaunliche Parallelen im politischen Schicksal ihrer akademischen Lehrer Herbert Wolff und Walter Markov.

Volker Hölzer trug die Erinnerungen Lutz-Dieter Behrendts vor, der Hans Piazza aus fast 30 Jahren gemeinsamer Arbeit kannte. Dessen Verdienste bei der Gründung einer eigenständigen Sektion Geschichte nach der 3. Hochschulreform 1969 blieben unvergessen. Dankbare und sehr persönliche Worte fand schließlich der Osteuropahistoriker Hartmut Kästner: Als kraftvoller Mann, den sozialistischen Idealen voll ergeben, sei Hans Piazza eine seiner wichtigsten Bezugspersonen gewesen. „Verbunden hat uns die tiefe Freundschaft zur Sowjetunion, zum russischen Volk und zur russischen Geschichte.“

Mit der Romanze aus Dimitrij Schostakowitschs Filmsuite op. 97 klang die Gedenkstunde für einen Freund und Genossen aus, der als Historiker ein Kapitel Zeitgeschichte mitgeschrieben hat.



Kommunal-Studie

*KfW-Kommunalpanel 2018
zur Finanzlage und
zum Investitionsstau*

Seite 3

Tagesseminare

*Nach der Kommunalwahl wird in
Seminaren das Handwerkszeug
für die ersten Ratssitzungen
vermittelt*

Seite 4

Investitionsstau

*Neujahrspressekonferenz des
Deutschen Städte- und Gemeinde-
bundes*

Seite 4

Vermögen der Kommune

Der gemeindefinanzielle Teil der Sächsischen Gemeindeordnung (SächsGemO) enthält in den §§ 89 ff besondere Bestimmungen über das Vermögen der Gemeinde, die selbstredend auch für Städte und Landkreise gelten.

So soll nach § 89 SächsGemO das Vermögen der Gemeinde unter Berücksichtigung seiner Bedeutung für das Wohl der Allgemeinheit ungeschmälert erhalten bleiben. Die Gemeinde soll jedoch Vermögensgegenstände nur erwerben, wenn dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich ist. Die Vermögensgegenstände sind pfleglich und wirtschaftlich zu verwalten und ordnungsgemäß nachzuweisen. Bei Geldanlagen ist auf eine hinreichende Sicherheit zu achten; sie sollen einen angemessenen Ertrag bringen.

Um kommunales Vermögen handelt es sich, wenn die jeweilige Kommune juristische Eigentümerin ist. Deshalb zählt auch das unter § 91 SächsGemO geführte Sondervermögen der Eigenbetriebe und unselbständigen örtlichen Stiftungen zum kommunalen Vermögen.

Der Gesamtbestand des kommunalen Vermögens war mit Erstellung der Eröffnungsbilanzen nach § 61 Sächsische Kommunalhaushaltsverordnung (SächsKomHVO) bei der Einführung der Doppik in den sächsischen Kommunen zu erfassen und zu bewerten.

Vermögensgegenstände

In § 51 Abs. 2 SächsKomHVO wurden die Vermögensgegenstände aufgelistet, die dabei zu erfassen waren. Hierzu gehören danach u.a.:

als Anlagevermögen

- immaterielle Vermögensgegenstände (z.B. Lizenzen, Software, Erbbaurechte);
- unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte an solchen;
- bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte an solchen;
- Infrastrukturvermögen;
- Bauten auf fremdem Grund und Boden;
- Kunstgegenstände und Kulturdenkmäler;
- Maschinen, technische Anlagen und Fahrzeuge;
- Betriebs- und Geschäftsausstattung, Tiere (z.B. in einem Tierpark);
- geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau;
- Finanzanlagevermögen und Wertpapiere;
- Anteile an beteiligten Unternehmen, Sondervermögen;
sowie als Umlaufvermögen
- Vorräte;
- öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen;
- privatrechtliche Forderungen, Wertpapiere des Umlaufvermögens;
- liquide Mittel.

Vermögenserwerb

Der Erwerb von Vermögen durch die Kommune soll grundsätzlich nur erfolgen, wenn das für die jeweilige kommunale Aufgabenerfüllung erforderlich ist. Wenn es nicht der Aufgabenerfüllung dient, darf Vermögen durch Kommunen nicht erworben werden. Allein deshalb Vermögen zu erwerben, um seinen Bestand zu vergrößern und Erträge aus dessen Nutzung zu ziehen, ohne dass ein Zusammenhang zur kommunalen Aufgabenerfüllung besteht, wäre unzulässig.

Eine Ausnahme besteht bei Schen-

kungen; sie können auch entgegen genommen werden, wenn das geschenkte Vermögen keinen direkten Bezug zur kommunalen Aufgabenerfüllung hat.¹

Für andere öffentliche Aufgabenträger oder private Dritte darf die Kommune nur dann Vermögen erwerben, wenn dies dem Interesse der kommunalen Aufgabenerfüllung dient.

Der Erwerb von Vermögensgegenständen muss nicht zwingend der momentanen, unmittelbaren Aufgabenerfüllung dienen, sondern kann im Einzelfall auch erst auf künftige Aufgaben gerichtet sein. So können etwa Grundstückskäufe vorgenommen werden, die bei einer zukünftigen städtebaulichen Entwicklung bedeutsam werden oder als Tauschgelände zur Verfügung stehen sollen. Jedoch müssen über die zukünftige Entwicklung der Gemeinde nicht nur vage Vorstellungen bestehen. Ein Vermögenserwerb allein aus rein spekulativen Zwecken oder zur bloßen Gewinnerzielung bei einem späteren Verkauf wäre unzulässig.²

Aber die „Bevorratung eines gewissen Bestands an Grundvermögen ist Voraussetzung für eine sinnvolle Erfüllung der Gemeindeaufgaben. Durch eine gezielte Bodenvorratspolitik kann die Gemeinde in begrenztem Umfang Grundstücksspekulationen vor allem in Neubaugebieten vermeiden. Der Ankauf von potentiell Bauland wie auch die Weiterveräußerung eines baureif gemachten Grundstücks zu Wohnzwecken mit dem Hintergrund, die Wohnbedingungen der Eigentümer durch den sozialen Wohnungsbau, durch die Bildung privaten Wohneigentums und die sozial geregelte Verteilung der Wohnungen zu fördern, ist

eine wichtige Gemeindeaufgabe.“³

Ein ausreichender Bestand an Grundvermögen schafft den nötigen Spielraum für die kommunale Selbstverwaltung. Und eine vorausschauende und gezielte Grundstückspolitik ist eine Voraussetzung für die Realisierung der kommunalen Planungshoheit.

Der Vermögenserwerb hat nach § 72 Abs. 2 SächsGemO nach dem Haushaltsgrundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu erfolgen, woraus folgt, dass Vermögensgegenstände möglichst preisgünstig zu erwerben sind. Als allgemeiner Maßstab und angemessener Preis kann dabei der *Verkehrswert* angesetzt werden, der in § 194 Baugesetzbuch wie folgt definiert wird: „Der Verkehrswert (Marktwert) wird durch den Preis bestimmt, der in dem Zeitpunkt, auf den sich die Ermittlung bezieht, im gewöhnlichen Geschäftsverkehr nach den rechtlichen Gegebenheiten und tatsächlichen Eigenschaften, der sonstigen Beschaffenheit und der Lage des Grundstücks oder des sonstigen Gegenstands der Wertermittlung ohne Rücksicht auf ungewöhnliche oder persönliche Verhältnisse zu erzielen wäre.“

Der Verkehrswert, nicht nur auf Grundstücke und Immobilien bezogen, ist also jener Wert, der sich am Markt unter Ausnutzung aller Möglichkeiten erzielen lässt.

Vermögensverwaltung

Das Gesetz schreibt den Kommunen vor, ihre Vermögensgegenstände pfleglich und wirtschaftlich zu verwalten und ordnungsgemäß nachzuweisen. Das bedeutet, die Kommune hat rechtzeitig Maßnahmen zur Unter-

Fortsetzung auf folgender Seite



Fortsetzung von Seite 1
Vermögen ...

haltung und Instandsetzung der Vermögensgegenstände zu treffen und die notwendigen Reparaturen zu veranlassen.

„Eine ausreichend qualitative und stetige Bestandspflege sollte grundsätzlich den Vorrang vor Neuanschaffungen erhalten! Denn damit lassen sich erhebliche Kosten in der Zukunft sparen! Neuanschaffungen verursachen auch neue Folgekosten, die oftmals nur zu einem Teil durch Erträge gedeckt werden. Dies verschlechtert dann die Haushaltsstruktur. Dagegen reduzieren sich durch eine sorgsame und pflegliche Verwaltung des Vermögens oftmals die Folgekosten spürbar!“⁴

Die Vermögensgegenstände sind in einem funktionsfähigen Zustand zu erhalten, der zur Erfüllung von Aufgaben oder zur Erzielung eines angemessenen Ertrags unerlässlich ist. Vermieden werden soll ein aufgestauter Instandsetzungs- und Unterhaltungsaufwand.

In der Kameralistik wurden die negativen Folgen unterlassener Instandsetzungen nicht abgebildet. Die Doppik verpflichtet nach § 41 SächsKomHVO Abs. 1 Ziffer 8 nunmehr dazu, Rückstellungen für unterlassene Aufwendungen zur Instandhaltung im Haushaltsjahr zu bilden, wenn die Nachholung der Instandhaltung innerhalb des kommenden Haushaltsjahres konkret beabsichtigt ist.

Insgesamt ist die Doppik mit ihrer umfassenden Vermögensrechnung besser als die Kameralistik geeignet, den Nachweis der Substanzerhaltung der Vermögensgegenstände darzustellen. Danach sind gemäß § 44 SächsKomHVO für alle Vermögensgegenstände die Abnutzung oder Wertminderung durch Abschreibungen im Haushaltsplan zu veranschlagen.

Die Abschreibungen haben allerdings in einer Vielzahl von Kommunalen

zur Folge, dass diese ihren Ergebnishaushalt nicht ausgleichen können. Wenn sich das fortlaufend wiederholt, bleibt der Kommune nichts anderes übrig, als letztendlich ihre Fehlbeiträge vom Basiskapital abzuschreiben. Dies führt dann wiederum zu einem Substanzverlust. Im ausführlichen Kommentar zur SächsGemO wird dazu die Meinung vertreten, dass angesichts dessen anstelle der aufwendigen Doppik eine „Ausweitung der Kameralistik“ es auch getan hätte.⁵

Die Kommunen stehen in der Pflicht, ihre Vermögensgegenstände je nach ihrer Bedeutung und ihrem Wert gegen Verlust, Beschädigung und unrechtmäßige Benutzung zu schützen. Bei besonders teuren oder wertvollen Vermögensgegenständen ist zu prüfen, ob eine Versicherung abzuschließen sich lohnen würde. Zur Sicherung sind ggf. auch geeignete Räume (abschließbar, feuer- und einbruchsicher) bereit zu stellen und ausreichende andere Maßnahmen (Zugangsvoraussetzungen, Schließvorrichtungen, Codekarten, Alarmanlagen usw.) zu treffen.

Kommunale Geldanlagen

Bei kommunalen Geldanlagen gelten zwei Grundforderungen: (a) es ist auf hinreichende Sicherheit zu achten und (b) sie sollen einen angemessenen Betrag bringen. Dabei ist der Sicherheit ein höherer Stellenwert einzuräumen als dem Streben nach einem maximalen Ertrag. Dies ergibt sich schon aus den allgemeinen Haushaltsgrundsätzen nach § 72 Abs. 2 SächsGemO: „Spekulative Finanzgeschäfte sind verboten.“

Deshalb ist die Forderung nach hinreichender Sicherheit eine absolute Mussvorschrift, während die Forderung nach angemessenem Ertrag lediglich eine Sollvorschrift ist. Zwischen beiden Zielen besteht ein enges wechselseitiges Spannungsverhältnis.

Daher scheiden Aktien und Aktienfonds sowie Investmentzertifikate grundsätzlich als Form der kommunalen

Geldanlage wegen des hohen Kursrisikos aus. Der Erwerb von Aktien oder Gesellschaftsanteilen ist Kommunen ausdrücklich nur zum Zweck der Beteiligung an wirtschaftlichen Unternehmen nach §§ 94a und 96 SächsGemO erlaubt. Solche Wertpapiere gehören jedoch zum Anlagevermögen und sind deshalb als Beteiligungserwerb im Finanzhaushalt abzuwickeln.

Veräußerung des Vermögens

Nach § 90 Abs. 1 dürfen Vermögensgegenstände durch die Kommunen veräußert werden, wenn sie sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben nicht mehr gebraucht werden und Gründe des Wohls der Allgemeinheit nicht entgegenstehen. Vermögensgegenstände dürfen in der Regel nur zu ihrem vollen Wert veräußert werden. Im besonderen öffentlichen Interesse sind Ausnahmen zulässig. Unter Wert veräußert werden darf insbesondere zur Förderung

- von sozialen Einrichtungen,
 - des sozialen Wohnungsbaus,
 - des Denkmalschutzes und
 - der Bildung privaten Eigentums unter sozialen Gesichtspunkten.
- Ein besonderes öffentliches Interesse liegt auch dann vor, wenn hierdurch die Umsiedlung aus Überschwemmungsgebieten gefördert wird.

Diese o.g. Ausnahmen für eine Veräußerung unter Wert wurden erst 2013 ins Gesetz bei der Novellierung des sächsischen Kommunalrechts aufgenommen.

Vor dem Unterwertverkauf eines Grundstücks an Unternehmen ist die Vereinbarkeit der Vergünstigung mit dem Binnenmarkt sicherzustellen.

Bei der Veräußerung von Vermögen muss die Kommune nicht nur von der aktuellen Aufgabenerfüllung ausgehen, sondern auch künftige Aufgaben im Blick haben. Deshalb ist vor einer Veräußerung von Vermögen zu prüfen, ob es künftig nicht für andere Zwecke benötigt werden kann.

Im Interesse der Gemeinde können

in bestimmten Fällen Grundstücke zur Aufgabenerfüllung an Dritte abgegeben werden. „Dies gilt insbesondere

- für die zu städtebaulichen Maßnahmen erworbenen und nicht für öffentliche Zwecke bestimmten Grundstücke nach Abschluss dieser Maßnahmen,
- zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus,
- für die Abgabe von Baugrundstücken an Einheimische,
- für die Weitergabe an andere Aufgabenträger, die anstelle der Gemeinde und für diese kostengünstiger eine gemeindliche Aufgabe wahrnehmen, wie z.B. den Bau von Kindergärten oder Altenheimen durch soziale und kirchliche Institutionen,
- zur Ansiedlung von Gewerbe und Industrie, wenn dies notwendig ist, um den Einwohnern ausreichend Arbeitsplätze bereitzustellen.

Die Veräußerung von Grundstücken ist ein legitimes Mittel, um kommunalpolitische Ziele zu erfüllen.“⁶

In bestimmten Fällen verbieten gesetzliche Regelungen ausdrücklich die Veräußerung von Gemeindevermögen wie z.B. das Schulgesetz, das davon ausgeht, dass die Gemeinde als Schulträger Eigentümer des Schulgebäudes sein soll. Gleiches gilt für die Straßenflächen nach dem Straßengesetz und für die öffentlichen Gewässer nach dem Wassergesetz. Die Veräußerung ortsgebundenen Kulturguts ist nach dem Gesetz zum Schutz deutschen Kulturgutes stark eingeschränkt.

Die Veräußerung der Vermögensgegenstände zum „vollen Wert“ meint den Wert, der sich unter voller Ausnutzung aller Möglichkeiten am Markt erzielen lässt. Bei marktgängigen Gegenständen ist das in der Regel der Verkehrswert, der in § 194 Baugesetzbuch definiert ist.

AG

¹ Vgl. *Sächsische Gemeindeordnung, Kommentar*, Hrsg.: Binus/Sponer/Koolman, Kommunal- und Schulverlag 2016, S. 281.

² Vgl. *Menke/Arens, Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen, Kohlhammer 2004, 4. neubearb. u. erw. Aufl., S. 214.*

³ *Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen. Ergänzbarer Kommentar...*, G § 89, Randnummer (Rn) 31.

⁴ *Ebenda*, G § 89, Rn 83.

⁵ Vgl. *ebenda*, G § 89, Rn 21, Fußnote 28.

⁶ *Ebenda*, G § 90, Rn 19.

Impressum

Kommunalpolitisches Forum Sachsen e.V.
 Großenhainer Straße 99
 01127 Dresden
 Tel.: 0351-4827944 oder 4827945
 Fax: 0351-7952453
 info@kommunalforum-sachsen.de
 www.kommunalforum-sachsen.de
 Red., Satz und Layout: A. Grunke
 V.i.S.d.P.: P. Pritscha

Finanzlage und Investitionsstau

Zum KfW-Kommunalpanel 2018

Das KfW-Kommunalpanel hat einen festen Platz in der kommunalpolitischen Debatte. Seit Beginn der Befragung 2009 dient es als Sachstandsanzeiger der wahrgenommenen Investitionsrückstände, der getätigten Investitionen sowie der Finanzierungsbedingungen der Kommunen in Deutschland. Die vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) im Auftrag der KfW Bankengruppe durchgeführte Studie basiert dabei auf einer jährlichen Befragung der Kämmererinnen von Landkreisen, Städten und Gemeinden.

Finanzlage der Kommunen

Die positive haushaltspolitische Großwetterlage der letzten Jahre setzte sich für die Landkreise, Städte und Gemeinden auch im Jahr 2017 fort. Neben Bund, Ländern und Sozialversicherungen erzielten auch die Kommunen im Aggregat erneut einen haushalterischen Überschuss in Höhe von 10,7 Mrd. EUR. Mit Blick auf die zentralen Treiber dieser Positiventwicklung – insbesondere die fortgesetzte Niedrigzinspolitik der EZB, das gute konjunkturelle Umfeld sowie das stetig steigende Gesamtsteueraufkommen – waren auch für das Jahr 2018 kaum grundlegende Änderungen zu erwarten. Auch der Arbeitskreis Steuer-schätzung erwartete in seiner Prognose für die Jahre 2017 bis 2022 einen durchschnittlichen Anstieg der kommunalen Steuereinnahmen von rd. 4,9 % pro Jahr. Vorsichtiger, aber in der Tendenz gleichgerichtet, fiel die Prognose der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände aus, die für den Zeitraum 2016 bis 2020 einen jahresdurchschnittlichen Anstieg der kommunalen Steuereinnahmen um 3,9 % prognostizierte.

Für 2016 beschrieben von den befragten Kommunen

- 22 % ihre Finanzlage als mangelhaft,
- 17 % als ausreichend,
- 27 % als befriedigend,
- 30 % als gut und
- 4 % als sehr gut.

Wie schon 2016 waren auch 2017 die ostdeutschen Kommunen hinsichtlich der eigenen fiskalischen Lage eher pessimistisch gestimmt. Dort schätzten 55 % ihre aktuelle Gesamtfinanzsituation als „mangelhaft“ ein (zum Vergleich: in den westdeutschen Kommunen nur 14 %). Die Entwicklung der vergangenen 10 Jahre wurde dort von 51 % als „tendenziell eher“ und von 9 % als „durchgängig negativ“ bezeichnet. Noch pessimistischer wird dort in die Zukunft geschaut: Für die nächsten fünf Jahre erwarten zwei Drittel aller ostdeutschen Kommunen (72 %) eine Verschlechterung der eigenen Finanz- und Haushaltslage – ein Umstand, der nicht zuletzt dem Auslaufen des Solidarpakts II Ende 2019 geschuldet sein dürfte.

Zwar konnte die kommunale Ebene ihren kumulierten Schuldenstand in den Kernhaushalten – also Kreditmarktschulden zur Investitionsfinanzierung plus Kassenkredite zur Li-



quiditätssicherung – 2017 abermals um 2,7 % auf 124,1 Mrd. EUR senken (2016: 127,5 Mrd. EUR). Obwohl in der Mehrzahl der Bundesländer die Kommunen ihre durchschnittlichen Pro-Kopf-Schulden reduzieren konnten, bestehen zwischen den aggregierten Schuldenständen der Kommunen sowie der Nettokreditaufnahme in den 13 Flächenländern nach wie vor große Differenzen. So bewegte sich Ende 2017 die Spanne bei den durchschnittlichen Kreditmarktschulden pro Kopf der kommunalen Kernhaushalte zwischen 17.753 EUR bei den saarländischen und 1.142 EUR bei den sächsischen Landkreisen, Städten und Gemeinden.

Investitionsstau und Ausgaben

Der erneute Anstieg der kommunalen Investitionsrückstände, den das KfW-Kommunalpanel 2018 aufzeigt, verweist sowohl auf die Versäumnisse der Vergangenheit als auch auf die aktuellen Herausforderungen der Kommunen. Trotz der guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Jahr 2017 stieg der Investitionsrückstand auf knapp 159 Mrd. EUR. Der Anstieg betrifft dabei insbesondere große Städte und Kommunen in Süddeutschland und Nordrhein-Westfalen.

Entgegen früherer Prognosen ist die Bevölkerung in Deutschland gewachsen, weil mehr Menschen einwanderten und die Geburtenzahlen stiegen. Mehr Menschen in prosperierenden Regionen bedeuten für die Kommunen auch mehr Nachfrage nach Leistungen der Daseinsvorsorge. Dies gilt insbesondere für Schulen, die mit 30 % am Gesamtinvestitionsrück-

stand in 2018 den größten Anteil ausmachten.

Für Investitionen hatten die Kommunen in 2017 eine Summe von 25,5 Mrd. EUR eingestellt und in 2018 wurden 28,2 Mrd. EUR veranschlagt.

Dabei entfielen die Hauptanteile des Investitionsvolumens – wie schon in den Vorjahren – auf jene Infrastrukturbereiche, in denen auch die höchsten Investitionsrückstände wahrgenommen werden: 30 % bzw. 7,5 Mrd. EUR der gesamten investiven Aufwendungen wurden für den Bereich Straßen und Verkehrsinfrastruktur angesetzt, 20 % im Schulwesen einschließlich der Erwachsenenbildung (5,2 Mrd. EUR). Obwohl der Bereich Schulen 2018 den höchsten Investitionsrückstand zeigte, fielen die höchsten Investitionsausgaben weiterhin im Bereich Straßen an.

Mit einigem Abstand zu diesen beiden Investitionsschwerpunkten folgten die Bereiche Wasserver- und -entsorgung (9 % bzw. 2,2 Mrd. EUR); Kinderbetreuung (8 % bzw. 2,1 Mrd. EUR) sowie Brand- und Katastrophenschutz (8 % bzw. 2 Mrd. EUR). Für den als dringlich eingeschätzten Bereich der öffentlichen Verwaltungsgebäude wurden hingegen weiterhin nur rund 1,5 Mrd. EUR vorgesehen.

Als Hauptproblem bleibt, wenn Kommunen mit einem Haushaltssicherungskonzept arbeiten müssen, fallen tendenziell auch ihre Investitionsausgaben niedriger aus. Allerdings konnten Kommunen, die 2017 unter den Bedingungen eines Haushaltssicherungskonzepts arbeiten mussten, dennoch rund ein Drittel (35 %), aber 107 EUR weniger pro Kopf investieren, als

Kommunen, die in ihrer Mittelverwendung freier waren.

Fazit

Um die absehbar weiter wachsende Investitionslücke wieder zu verringern und die Rahmenbedingung für eine stete Anhebung des Investitionsniveaus zu verbessern, braucht es einen langen Atem und einer ebenen- und ressortübergreifenden Strategie aller Beteiligten. Ein Rückzug auf die schlichte Formel „mehr Geld = mehr Investitionen“ greife offenkundig nicht mehr.

Die Problemlösung kann deshalb nur in einem Mix aus verschiedenen Maßnahmen bestehen, z. B. einem gezielten Personalaufbau und eine attraktivere Ausgestaltung der öffentlichen Gehalts- und Tarifstrukturen um personelle Planungskapazitäten an zentralen Stellen zu schaffen, einer (Teil-)Entschuldung der finanzschwächeren Kommunen um wieder Investitionsspielräume zu eröffnen sowie einer Verbesserung der investitionspolitischen Planungsinstrumente, um die Effizienz der Verfahren und Abläufe zu erhöhen.

Die Studie kann abgerufen werden unter:

www.kfw.de/KfW-Konzern/KfW-Research/KfW-Kommunalpanel.html

Tagesseminar

Gewählt – was nun?

Handwerkszeug für
die ersten Ratssitzungen



Tagesseminar

Gewählt – was nun?

Die Stimmen sind ausgezählt, das Ergebnis wurde verkündet, die Zusammensetzung des neuen Gemeinderats steht fest. Du bist frisch gewählt, hast den Kopf voller Ideen und willst dich gleich mit Tatendrang in die Ratsarbeit stürzen. Aber was jetzt zuerst machen und wie gehe ich es an?

Wir bringen euch das Handwerkszeug bei, das ihr in den ersten Sitzungen braucht. Ganz konkret widmen wir uns der Vorbereitung und dem Ablauf der konstituierenden Sitzung, der Bildung von Fraktionen und die Besetzung von Ausschüssen, Aufsichtsräten und Beiräten. Darüber hinaus lernt ihr eure grundlegenden Rechte und Pflichten kennen.

Sa 15.6.2019

- **Meißen**, Haus für Viele(s), Dresdner Straße 13
- **Leipzig**, Villa Rosental, Humboldtstraße 1

So 16.6.2019

- **Chemnitz**, All In Bürgerhaus, Rosenhof 14

Sa 29.6.2019

- **Görlitz**, Jugendherberge, Peterstraße 15
- **Zwickau**

So 30.6.2019

- **Kamenz**
- **Dresden**, Gewerkschaftshaus, Schützenplatz 14

Beginn: jeweils 10 Uhr

Weitere Informationen

erhaltet ihr auf unserer Webseite
www.kommunalforum-sachsen.de

Kontakt

Kommunalpolitisches
Forum Sachsen e. V.
Großenhainer Straße 99
01127 Dresden

Telefon 0351 48279-45

info@kommunalforum-sachsen.de
www.kommunalforum-sachsen.de

[f/kommunalforumsachsen](https://www.facebook.com/kommunalforumsachsen)

Wir behalten uns vor, in unseren Veranstaltungen von unserem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die rechtsextremen Parteien und Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder die Politik rechtsextremer Parteien vertreten, den Zutritt zu verwehren bzw. aus der Veranstaltung auszuschließen.

SACHSEN Diese Veranstaltung wird finanziert durch Steuermittel auf der Grundlage des von den Abgeordneten des Sächsischen Landtags beschlossener Haushalts.

Neuer Rekord beim Investitionsstau



Es fehlt an Betreuern, Kita-Gebäuden, Straßen- und Brückensanierungen - der Investitionsstau der Kommunen hat zum Ende des Jahres 2018 noch einmal ein neues Hoch erreicht. Im neuen Jahr dürfe darüber aber auch die Digitalisierung nicht vergessen werden. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund

(DStGB) fordert mehr Unterstützung für die Kommunen.

Die überfälligen Investitionen der deutschen Städte und Gemeinden haben sich im letzten Jahr auf 159 Milliarden Euro summiert. Der Investitionsstau hat damit ein neues Rekordniveau erreicht. Gerade vor dem Hintergrund der positiven Wirtschaftslage und der hohen Steuereinnahmen hält der DStGB dies für besorgniserregend, wie DStGB-Präsident Uwe Brandl und DStGB-Hauptgeschäftsführer Gerd Landsberg auf ihrer Bilanzpressekonferenz zum Jahresbeginn mitteilen.

„Wir leben von der Substanz“, mahnte Brandl. Die Gründe für fehlende Investitionen lägen in einigen Regionen nach wie vor in der angespannten Finanzlage. Denn der Wohlstand der Kommunen ist derzeit sehr ungleich verteilt. Doch auch hohe administrative und bürokratische Hürden machten Investitionen schwie-

rig. „Wir müssen schneller, besser und unbürokratischer werden“, forderte Brandl. „Investitionen in die kommunale Infrastruktur werden durch überbordende Standards und Regelungen verteuert, verlangsamt und mitunter ganz verhindert.“

Teil der Lösung könne die Digitalisierung sein. „Eine Digitalisierungs-offensive könnte den Ärztemangel ausgleichen, die Mobilität effizienter und nachhaltiger machen und auch in vielen weiteren Bereichen helfen“, meinte Brandl. Verfahren könnten durch Digitalisierung beschleunigt und verbessert werden. Dies könne besonders für die ländlichen Räume eine große Chance darstellen. „Denn eine forsa-Umfrage ergab erst kürzlich, dass gerade einmal 16 Prozent der Deutschen in Großstädten leben wollen“, so Gerd Landsberg. Wenn eine verbesserte Verkehrsanbindung - besonders im Bereich des ÖPNV - die Mobilität im ländlichen Raum verbessert und der Breitbandausbau

Themen wie Home-Office relevanter macht, könne das viele Menschen von einem Umzug in die ländlichen Raum überzeugen. Davon profitierten dann auch wieder die Ballungszentren, deren Infrastruktur geschont würde und deren Wohnungsmärkte weniger angespannt würden.

Davon sei man derzeit jedoch angesichts Investitionsstau noch weit entfernt. „Obwohl die Steuerquellen sprudeln und vieles unternommen wird, fühlen sich die Menschen in Deutschland in manchen Gegenden abgehängt. Wo der Bus nur einmal am Tag fährt, die Ärzte sich zurückziehen, die Schulen in schlechtem Zustand und die Arbeitsplätze sehr weit entfernt sind, ist das nachvollziehbar“, konstatierte Brandl. „Wer hier gegensteuern will, muss die einseitige Konzentration auf die Metropolen beenden und Ausgewogenheit schaffen.“

(Quelle: <https://kommunal.de/investitionsstau-neuer-rekord>, 3.1.2019)

PARLAMENTARSREPORT



Liebe Leserinnen und Leser,

in diesen Tagen rollt die US-Armee wieder durch Sachsen – in Richtung Osteuropa. Dort nimmt sie an der „Operation Atlantic Resolve“ teil, in deren Rahmen seit 2014 Streitkräfte in Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien und Bulgarien „üben“. 3.500 Soldaten und mehr als 2.200 Fahrzeuge, darunter 80 Panzer und hunderte andere Kettenfahrzeuge, fahren nun auch durch Ostdeutschland. Eine Panzerbrigade rastet auf dem Truppenübungsplatz Oberlausitz.

Weniger die Verkehrsbehinderungen und der Lärm machen solche Manöver zum Problem. Schlimm ist vor allem die Eskalation im Verhältnis zu Russland, an der wir alle kein Interesse haben sollten. Und der Umstand, dass der 2+4-Vertrag von 1990 verletzt wird. Sein Artikel 5 regelt: „Ausländische Streitkräfte und Atomwaffen oder deren Träger werden in diesem Teil Deutschlands weder stationiert noch dorthin verlegt.“ Gemeint ist das Gebiet der ehemaligen DDR und Berlins. Die Verbände rotieren jetzt alle neun Monate, damit sie nicht als „stationiert“ gelten. Hierher verlegt werden sie aber zweifellos, wenn auch kurz.

Hört man dazu ein Wort des Protests vom sächsischen Regierungschef, oder wenigstens Zweifel? Ach was. Michael Kretschmer hat sich sogar als Presseferent der Streitkräfte betätigt; die Staatskanzlei lud offiziell zum Pressegespräch mit den Militärs.

„Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, sind verfassungswidrig und strafbar.“ Das steht in Artikel 2 des 2+4-Vertrages. Daran sollte sich auch eine Landesregierung gebunden fühlen. Wir tun das!

Rico Gebhardt

Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

Pflege-Vollversicherung statt Ausbeutung der Familien!

Das Thema beschäftigt Jung und Alt: Wer kümmert sich um mich, wenn ich pflegebedürftig werden sollte? Reicht die Rente für den Pflegeplatz? Kann ich meine Eltern selbst pflegen, wie organisiere ich das alles? Und wer bezahlt?

Im Niedriglohnland Sachsen ist der Pflegenotstand nicht nur in Pflegeheimen und bei Pflegediensten spürbar. Er ist längst in den Familien angekommen. Seit Jahresbeginn müssen viele Pflegebedürftige und ihre Angehörigen hunderte Euro zusätzlich für Pflegeleistungen zahlen. 1.300 bis 1.600 Euro Eigenanteil pro Monat werden inzwischen für einen stationären Pflegeplatz fällig. Oft ist die Rente zu niedrig, die Leistungen der Pflegeversicherung reichen ohnehin nicht. Wer Angehörige zuhause pflegt, ächzt unter der mentalen wie körperlichen Belastung, fürchtet oft um den eigenen Job und um die Rente. Ein Teufelskreis!

Handeln ist angesagt – im Bund bewegt sich inzwischen manches. Allerdings bleiben die Kosten der dringend nötigen Maßnahmen, etwa für höhere Gehälter, bisher an den Pflegebedürftigen hängen. Im Landtag hat eine Kommission aus Abgeordneten und Experten seit 2015 Auswege gesucht. Im Januar stellten Kommissionschef Oliver Wehner (CDU, 2. v. l.) und Ko-Vorsitzende **Susanne Schaper, gesundheits- und sozialpolitische Sprecherin der Linksfraktion** (3. v. l.), den Bericht vor (Drucksache 6/15400). Auf 400 Seiten reihen sich Empfehlungen aneinander: zu Pflegebedürftigen, ihren Angehörigen und dem Ehrenamt; zum Arbeits- und Berufsfeld Pflege; zur pflegerischen Versorgungsinfrastruktur.

Schaper freut sich darüber, dass die Linksfraktion wesentliche Vorstellungen durchsetzen konnte. „Der Bericht ist eine fundierte Analyse. Er liefert detaillierte Lösungen. Damit er nicht in der Schublade verschwindet, muss die Staatsregierung unverzüglich mit der Umsetzung der Empfehlungen beginnen.“ So plädiert die Kommission dafür, dass Pflegebedürftige möglichst lange in den eigenen vier Wänden bleiben können, und präferiert eine Quartiersentwicklung sowie alternative Wohnformen wie Pflege-WGs. Um das finanzielle Risiko zu verringern, wird ein Pflege-Wohngeld angeregt. Ambulante Pflegedienste sollen besser vergütet werden. Zudem seien Maßnahmen zu entwickeln, um alle Pflegenden – berufliche und ehrenamtliche – zu entlasten, gesundheitliche Prävention inklusive. Die Arbeits- und Rahmenbedingungen für Pflegekräfte sollen besser werden.

Die Linksfraktion formuliert weitere Forderungen. Ursache für die Misere in der Pflege und größter Dissens in der Kommission bleibt die Frage der Finanzierung. „Die Wurzel allen Übels ist der Umstand, dass die Pflegeversicherung als Teilleistungssystem konzipiert worden ist. Sie bietet weder eine ausreichende Absicherung für die Gepflegten noch gute Löhne und Arbeitsbedingungen für die Pflegenden“, so Schaper. Ministerpräsident Kretschmer mache es sich zu leicht, wenn er fordert: „Jeder muss für sich selber Vorsorge treffen. Und die Familie muss füreinander einstehen.“ Tatsächlich pflegen viele Angehörige Familienmitglieder bis zur Selbstaufopferung. „Wir wollen eine

Gesundheitsförderung notwendig. Die Landesregierung muss zudem eine niedrigschwellige und unabhängige Pflegeberatung gewährleisten.

Hauptberuflich Pflegenden leiden unter Dauerstress, dem Mangel an verlässlichen Dienst- und Freizeiten sowie Dokumentations-Irrsinn. Hinzu kommt die miese Bezahlung, die in Ost und West immer noch unterschiedlich ist. In Sachsen verdiente die Hälfte der Altenpflegekräfte 2017 nur 2.050 Euro brutto im Monat oder sogar weniger. „Das ist beschämend“, so Schaper. Mittlerweile bleiben Pflegekräfte im Durchschnitt nur noch knapp acht Jahre im Beruf. Der Fachkräftemangel trifft besonders

Landtags-Kommission empfiehlt Lösungen für Pflegenotstand

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

Wir wollen mindestens:

- Eine solidarische Pflege-Vollversicherung, die alle absichert!
- Bessere Beratung und Unterstützung pflegender Angehöriger, etwa mit Entgelt-Ersatzleistungen oder einer beitragsfreien Familienversicherung!
- Einen Tarifvertrag für alle Pflegekräfte, der für gerechte Löhne sorgt!
- Innovative Modelle wie Pflege-WGs, Multifunktionshäuser oder rollende Arztpraxen!

www.linksfraktion-sachsen.de

Pflegevollversicherung, in die alle Bürgerinnen und Bürger, auch Selbstständige und Beamte, solidarisch einzahlen und in der alle pflegerisch notwendigen Leistungen von den Pflegekassen bezahlt werden“, fordert die LINKEN-Politikerin. Die Pflegefachkräfte könnten endlich mehr Geld bekommen, ohne Pflegebedürftige oder ihre Angehörige zusätzlich zu belasten.

Die meisten Pflegebedürftigen – 75 Prozent – werden von Angehörigen, Freunden oder ehrenamtlich Engagierten betreut. Doch je länger die Pflegebedürftigkeit dauert, desto größer ist das Risiko, dass pflegende Angehörige ihre Berufstätigkeit aufgeben. Wer pflegt, muss abgesichert sein – sei es durch Entgeltersatzleistungen, die Familien-Krankenversicherung oder die rentenrechtliche Gleichbehandlung von Pflege- mit Erziehungszeiten. Für beruflich wie privat Pflegenden sind Programme zur Entlastung und

die ambulante Pflege auf dem Land. Hinzu kommt die unzureichende Vergütung von Wegezeiten sowie der einzelnen Leistungen.

Die Kommission empfiehlt weitere Schritte für attraktive Arbeitsbedingungen, etwa Vollzeitbeschäftigung statt geteilter Dienste oder familienfreundliche Arbeitszeitmodelle. Für die Versorgung abseits der Großstädte seien rollende Praxen, Patientenbeförderung zu Facharztpraxen oder Multifunktionshäuser nötig.

Die Regierung muss die Empfehlungen nun umsetzen! Viele Handlungsempfehlungen richten sich an den Bundesgesetzgeber. Der Freistaat kann jedoch vieles selbst angehen. Schaper: „Wir wollen eine Gesellschaft, in der jeder menschenwürdige Pflege nach dem Stand der Wissenschaft erhalten kann. Und zwar ohne Kopfzerbrechen, ob man sie sich leisten kann!“

Kein Plan für Sachsen

41 Milliarden Euro in zwei Jahren – so viel Geld konnte die sächsische Regierung noch nie verteilen. Im Dezember haben CDU und SPD den Doppelhaushalt für 2019/2020 beschlossen. Ministerpräsident Kretschmer ist seit einem Jahr im Amt – der Etat 2019/2020 hätte sein Gesellenstück werden können. „Wird er aber nicht“, befand **Oppositionsführer Rico Gebhardt** lakonisch. „Politisches Handwerk hat nämlich nur dann goldenen Boden, wenn es mit dem Material klug und sparsam umgeht. Sie, Herr Kretschmer, werfen nun mit beiden Händen die Steuermilliarden raus. Steuermilliarden, die Ihre Vorgänger in übertriebener Sparsamkeit angehäuft und gern versteckt haben. Vieles ist heute teurer als wenn wir vor ein paar Jahren vernünftig auch in Köpfe investiert hätten.“

Laut Sachsen-Monitor sorgen sich 83 Prozent der Befragten, dass die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinander geht. Der Landeshaushalt trägt nicht dazu bei, die Gräben zuzuschütten, kritisiert die Linksfraktion – im Gegenteil: Der Haushalt und die auch im Zusammenhang stehenden Gesetze zum Lehrerpaket und zum Polizeirecht reißen neue Gräben auf. Die nunmehr beschlossene Lehrkräfte-Verbeamtung ist kein sicheres Heilmittel. Sicher ist nur, dass sie die Kollegien spaltet und das Land teuer zu stehen kommen wird. Ein Großteil der 1,7 Milliarden Euro, die das Lehrerpaket umfasst, muss für Pensionen reserviert werden. Besser wäre ein Tarifvertrag gewesen, der bessere Arbeitsbedingungen für alle schafft.

Die Landesregierung feiert sich dafür, dass sie viel Geld ausgeben kann. Letzteres ist allerdings auch notwendig, um ihre Fehlentscheidungen zumindest teilweise auszugleichen. Doch selbst der Reparaturauftrag wird nicht erledigt. Die CDU-geführten Regierungen haben den Staat von den Menschen entfernt, Schulen, Polizeireviere und Ämter geschlossen. Sie haben Kreisgebietsreformen durchgesetzt und Gemeinden vereinigt, ohne auf die

Identität der Menschen vor Ort Rücksicht zu nehmen. „Und nun hat sich die CDU-geführte Regierung überlegt, den Menschen wieder ein bisschen näher zu kommen, nach dem Motto: Lasst uns über alles reden, dann fühlt ihr euch besser. Das mit dem Reden ist ja gut und schön, aber der Staat bleibt trotzdem weit weg“, so Oppositionsführer Gebhardt. Da könne die SPD noch so oft behaupten, der Staat sei wieder da: Vielerorts ist er es nicht.

Das erleben etwa junge Menschen, die in einer Kleinstadt die Oberschule abgeschlossen haben und eine Lehre beginnen. Sie wollen Geselle oder Meisterin werden, vielleicht einen Betrieb gründen. „Man sollte also denken, dass der Staat diese Menschen auf Händen trägt, damit sie im Land bleiben. Es kann aber passieren, dass diese jungen Menschen über hundert Euro ihres geringen Ausbildungsgeldes pro Monat für Bus und Bahn ausgeben müssen. Und dann trotzdem nicht pünktlich zur Berufsschule kommen, weil der Fahrplan das nicht hergibt“, mahnte Gebhardt. Und obwohl die Staatskasse voll ist wie nie, schaffen es CDU und SPD nicht, ein bezahlbares Bildungsti-

cket anzubieten. Die Linksfraktion beantragte, dafür genug Landesgeld einzuplanen – abgelehnt. Doch das war nur einer der Schwerpunkte, mit denen wir darauf gedrungen haben, mit dem Haushalt das Leben zu verbessern:

■ Feuerwehren, Rettungsdienst, Polizei und Justiz müssen ihre Aufgaben erfüllen können.

■ Die medizinische Versorgung muss für alle jederzeit erreichbar sein.

■ Bildung und Kultur müssen gestärkt werden. Das fängt mit der Vor- und Nachbereitungszeit für alle Erzieherinnen in den Kitas an und reicht bis zu Verbesserungen für Musikschulen.

■ Alle müssen überall mobil sein können.

■ Weil das Leben vor Ort stattfindet, sollen die Kommunen stärker entscheiden dürfen, wofür sie Geld ausgeben wollen. Pauschalen sollen den Fördermittel-Irrsinn beenden.

Sachsen braucht eine Regierung, der ein sozialer roter Faden nicht fehlt!



Braucht Europa eine eigene Armee?

Frankreichs Präsident Macron und Bundeskanzlerin Merkel haben eine Idee: Sie wollen eine gemeinsame europäische Armee. Zur Begründung verweist Macron auf „Russland, das an unseren Grenzen steht und das zur Bedrohung werden könnte“. Merkel sekundiert: „Wir Europäer müssen unser Schicksal in die eigene Hand nehmen.“ Kein Thema für den Landtag? Oh doch, schon wegen der Präambel der Landesverfassung. Diese fordert eine Politik, die von dem Willen geleitet ist, „der Gerechtigkeit, dem Frieden und der Bewahrung der Schöpfung zu dienen“.

Eine solche Politik müsse Kooperation statt Konfrontation mit unseren Nachbarn sowie den Nachbarn Europas – darunter Russland – vorantreiben, so **Enrico Stange, der für die LINKE im Europaausschuss sitzt**. Es sei

bezeichnend, dass sich die CDU im Landtag hinter Donald Trumps Forderung stelle, die Rüstungsausgaben zu erhöhen. Dabei sei Abrüstung dringend notwendig, so der Innenpolitiker in der von der LINKEN beantragten Debatte. Denn laut einer Studie des schwedischen Friedensforschungsinstituts SIPRI explodieren die Rüstungsausgaben regelrecht: In Westeuropa liegen sie bei 245 Milliarden Euro, in den USA 2018 bei 700 Milliarden, in Russland übrigens „nur“ bei 66 Milliarden Euro.

Nach allem, was bisher bekannt ist, sollen europäische Streitkräfte keineswegs nationale Streitkräfte ersetzen, sondern zusätzlich geschaffen werden. „Das wäre ein Konjunkturprogramm für die Rüstungsindustrie, das wir ebenso ablehnen wie Rüstungsexporte“, so Stange. Eine europäische Verteidi-

gungspolitik und ein gemeinsames Vorgehen, das ausschließlich defensiv orientiert sein dürfe, müsse wenigstens die nationalen Streitkräfte ersetzen.

Die Linksfraktion sieht es zudem mit Sorge, dass die neue CDU-Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer unlängst sogar den Parlamentsvorbehalt für den Einsatz deutscher Streitkräfte in Frage gestellt hat. Eine Armee muss parlamentarisch kontrolliert werden und bleiben! Das wäre auch auf der europäischen Ebene notwendig. Der sächsische Regierungskoalition scheint das alles gleichgültig zu sein: Sie argumentierte vor allem, dass eine solche Debatte nicht in den Landtag gehöre. Aber auch eine Landesregierung kann und muss zum Frieden beitragen, wie auch zu partnerschaftlichen Beziehungen mit Russland.

CDU und SPD gegen Familienfreitag

Oppositionsführer Rico Gebhardt hat der Koalition bei der Landtagsberatung im Januar ein Angebot gemacht. „Stimmen Sie für unser Gesetz zur Einführung eines Kinder- und Familienfreitages (Drucksache 6/13238). Dann haben Sie am 7. Juni frei und können mit der Familie oder mit Freunden in ein verlängertes Pfingstwochenende gehen.“

Da CDU und SPD nicht bereit sind, Offerten anzunehmen, die von „den Falschen“ kommen, schob Gebhardt Argumente hinterher. 145 Staaten begehren den Kindertag; Kinderrechte in den Fokus zu rücken, sei auch in Sachsen wichtig, wo jedes fünfte Kind in Armut leben muss. Wichtig sei auch: mehr Zeit für Familie. „Der regelmäßige Familien-Freitag als gesetzlicher Feiertag an jedem ersten Freitag im Juni soll diesem Ansinnen dienen.“

Die CDU habe den größten Wiedergutmachungsbedarf, weil sie dafür verantwortlich ist, dass die Menschen in Sachsen einen gesetzlichen Feiertag – den Buß- und Bettag – mit einem höheren Pflegeversicherungsbeitrag bezahlen müssen. Laut dem DGB kostet er die Beschäftigten im Schnitt zehn Euro im Monat oder, bei einem Bruttoeinkommen von 3.100 Euro, 190 Euro im Jahr. Es sei Zeit, den Beschäftigten etwas zurückzugeben, so Gebhardt. So hat es 2017 im Freistaat 58,4 Millionen Überstunden gegeben, die Hälfte unbezahlt. Bayern habe sogar zwei Feiertage mehr, ohne dass dort die Wirtschaft zusammengebrochen wäre. „Tatsächlich sind diejenigen Bundesländer die wirtschaftlich stärksten, die die meisten Feiertage haben.“

Ein Familien-Freitag wäre ein starkes Signal an die Familien, ist Gebhardt sich sicher. „Dieser neue Feiertag passt als nicht-konfessioneller Feiertag zu einer Gesellschaft, die zu drei Vierteln nicht religiös, aber an humanistischen Werten des Zusammenlebens interessiert ist.“ Die IG Metall hat im letzten Tarifabschluss erkämpft, dass die Beschäftigten mehr Geld oder mehr Freizeit wählen können. 70 bis 80 Prozent haben sich für mehr freie Zeit entschieden.

Sieben Bundesländer haben 2018/2019 neue Feiertage eingeführt. Das Thema bewegt die Republik – gerade in einer Zeit der Arbeitsverdichtung, von Stress und Hektik. Der Feiertag wäre eine von vielen familienpolitischen Maßnahmen, die den Familien konkret helfen würden. Daran aber ist diese Regierungskoalition nicht interessiert.

Echte Hilfe statt falscher Hoffnung

Die Kohlekommission schlägt der Bundesregierung vor, die Kohleverstromung bis 2038 aufzugeben. Ein Ausstiegspfad hätte längst vorliegen müssen. Zu schnellem Handeln zwingt nicht nur die Klimaerziehung – siehe Hochwasser, Dürre, Waldschäden. Auch müssen die Kohle-Beschäftigten wissen, wie, wann und wo der Ausstieg erfolgt. Ministerpräsident Kretschmer spielt mit der falschen Hoffnung, es könne alles immer so weiterlaufen – „erst Jobs, dann Ausstieg“. Das sei „Blödsinn“, kritisierte der **Lausitzer LINKEN-Abgeordnete Mirko Schultze** in der aktuellen Debatte im Januar. „Ich baue Industriearbeitsplätze. Dort stehen eine Werkbank, eine Drehmaschine und ein Stuhl. Dann halte ich die solange vor, bis ich zum Kraftwerk fahre, die Leute, die dort arbeiten, am Tag X in Busse setze, in die neue Fabrik fahre und dort hin setze. Das ist kein Strukturwandel.“

Der Ausstiegsplan muss parallel zum Strukturwandel laufen. Es muss bekannt sein, wann wie viele und welche Beschäftigte neue Arbeit brauchen. Viele werden es im Job bis zur Rente schaffen, die anderen brauchen eine Perspektive. Sie werden weiter gebraucht – vor allem in der Bergbaufolgen-Sanierung, aber auch in den Bereichen Erneuerbare Energien und Maschinenbau. Bundesbehörden oder Bundeswehr werden Jobverluste nicht ausgleichen können.

Echte Hilfe für die Beschäftigten wird torpediert, wenn der Kohleausstieg behindert wird. Fatal: Die Landesregierung wird das im Koalitionsvertrag vereinbarte neue Energie- und Klimaprogramm für Sachsen gar nicht erst entwickeln. Das alte stammt von 2012 – und soll dennoch die energiepoliti-

sche Arbeitsgrundlage der Landesregierung bleiben, als ob es weder das Pariser Klimaschutzabkommen noch das Erneuerbare-Energien-Gesetz noch die Kohlekommission gegeben hätte. „Das ist als wenn sie draußen von Digitalisierung reden, aber selbst noch mit Diskettenlaufwerk arbeiten“, kritisiert **Dr. Jana Pinka, umweltpolitische Sprecherin der LINKEN**.

Neue Tagebaue seien unnötig, und es müssten keine Dörfer mehr abgebaut werden, forderte Pinka. „Der Ausbau von Erneuerbaren Energien und der Speicher- bzw. Netzinfrastruktur muss massiv vorangetrieben werden, um die Netz- und Strompreisstabilität zu unterstützen.“ Um die Rekultivierung und die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu koordinieren, fordert die Linksfraktion eine Bund-Länder-Gesellschaft sowie eine Stabstelle Strukturwandel-Bevollmächtigte in der Staatskanzlei. Denn die Fördermilliarden vom Bund sollten nicht an Konzerne fließen, sondern in kleine und mittlere Unternehmen in der Lausitz, in Kultur und Infrastruk-

tur. Der Strukturwandel könne nur mit den Menschen vor Ort erfolgreich sein. Zudem, so Pinka, müssen die Kohleunternehmen LEAG und MIBRAG endlich in die Pflicht genommen werden, für die Schadensbeseitigung des Abbaus einzustehen. Die Staatsregierung hat 2018 Vorsorgevereinbarungen mit beiden Unternehmen veröffentlicht. Danach soll zwischen 2021 und 2040/2041 ein Sondervermögen angespart und an den Freistaat verpfändet werden. Das steht auf der Kippe, wenn die Verstromung früher endet – was durchaus absehbar war. Dennoch hat Wirtschaftsminister Dulig sich erpressen lassen. „Sie haben alles dafür getan, dass die Kosten der Wiedernutzbarmachung auf die Allgemeinheit abgewälzt werden können. Ändern Sie die Vereinbarungen mit LEAG und MIBRAG!“, forderte Pinka.

Die Zeit drängt. Denn der Ausstieg ist nun zwar politisch definiert. Aber wenn sich die Unternehmen früher zurückziehen, weil die Profite nicht mehr stimmen, bleiben wir alle auf den milliarden-schweren Schäden sitzen.



Bild: LEAG_DE / flickr.com / CC-BY-SA 2.0

Enteignete Bodenreform-Erben entschädigen!

1945 und 1946 erfolgte in der sowjetisch besetzten Zone eine Bodenreform. Grundbesitz von über 100 Hektar der Nazi- und Kriegsverbrecher bzw. Großgrundbesitz wurde entschädigungslos enteignet. Das Land wurde an landlose und -arme Bauern, Kleinpächter und Vertriebene verteilt. Diese mussten den Boden landwirtschaftlich nutzen und durften ihn vererben, aber nicht verkaufen oder verpachten.

In Zuge der Kollektivierung der Landwirtschaft brachten die meisten Neueigentümer das Land in eine Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft (LPG) ein. Endete die landwirtschaftliche Nutzung, mussten sie das Eigentum wieder abgeben. Ab den 80er Jahren verfolgten die DDR-Behörden das aber nicht mehr konsequent. So konnten Erben das Land behalten, solange es in eine LPG eingebracht blieb, auch wenn sie nicht in der Landwirtschaft tätig oder Mitglieder einer LPG waren.

Die „Modrow-Gesetze“ von 1990 stellten Eigentümer von Bodenreformland mit denen von „normalem“ Grund-

gleich. Bundestag und Bundesrat beschlossen aber die Rückabwicklung: Eigentumsansprüche hatten nur noch Erben, die in der Land-, Forst- oder Nahrungsgüterwirtschaft tätig waren bzw. mindestens zehn Jahre dort gearbeitet hatten und ihre Mitgliedschaft in einer LPG nachweisen konnten. Daran scheiterten viele, da sie keine Mitglieder einer LPG gewesen waren oder dies aufgrund unklarer Aktenlage nicht mehr belegen konnten. Wenn das Land den Eigentümern vor der Bodenreform nicht wiedergegeben werden konnte, fiel es dann an die Bundesländer. Tausende Bodenreform-Erben wurden entschädigungslos enteignet. Der Bundesgerichtshof hat dieses Vorgehen als sittenwidrig, rechtswidrig und rechtsstaatsunwürdig gebrandmarkt. In Sachsen waren über 5.000 Erbinen und Erben betroffen. 2018 befanden sich über 5.000 Hektar Bodenreform-Land im Wert von 28 Millionen Euro im Besitz des Freistaats.

Finanzminister Matthias Haß (CDU) sieht keinen Handlungsbedarf, da es hier nur wenige Betroffene gebe

und deren Ansprüche verjährt seien. „Unrecht bleibt aber Unrecht, ob es zehn oder 10.000 Menschen betrifft“, kritisiert der **rechtspolitische Sprecher der Linksfraktion, Klaus Bartl**. „Neben den finanziellen Verlusten traf das Vorgehen der neuen Bundesländer vor allem ostdeutsche Erben emotional, da es sich meist um Grundstücke handelte, welche ihre Eltern oder Großeltern zu DDR-Zeiten rechtmäßig erworben hatten und selbst bewirtschafteten.“

Die Linksfraktion hat beantragt, dass die Staatsregierung einen Ausgleich anstreben soll. Sachsen soll einen Antrag des Landes Brandenburg (Bundrats-Drucksache 44/18) im Bundesrat unterstützen. Wir streiten dafür, dass die Enteigneten angemessen entschädigt werden. Auch die brandenburgische CDU-Fraktion fordert einen Härtefallfonds sowie die Rückabwicklung der Enteignung der Bodenreform-Erben (Drucksache 6/7784). Sachsens Regierungskoalition lehnt das ab. Das trägt weder zum Rechtsfrieden noch zum gesellschaftlichen Frieden bei!

Zu wenige vertrauen auf den Rechtsstaat

Laut einer Allensbach-Umfrage vertraut nur die Hälfte der Ostdeutschen darauf, dass Grundrechte wirksam geschützt, die Gerichte unabhängig und vor dem Gesetz alle gleich sind. Die Bundesregierung hat im Koalitionsvertrag vereinbart, mit den Ländern einen „Pakt für den Rechtsstaat“ einzugehen, um die Rechtspflege zu sichern. Sachsens Linksfraktion dringt darauf (Drucksache 6/16302), dass diese Ziele wirklich umgesetzt werden und die Landesregierung das im Bundesrat unterstützt.

Die Staatsregierung sollte sich mit dafür einsetzen, dass deutschlandweit 2.000 neue Stellen an den Gerichten und in den Staatsanwaltschaften geschaffen werden. Es muss Schluss sein mit der Überlastung. In Sachsen mussten bis Mitte Dezember 2018 insgesamt 14 Untersuchungsgefangene freigelassen werden, weil die Verfahren zu lange dauerten. Hinzu kommt: Bundesweit gehen bis 2030 etwa 40 Prozent aller Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte in Pension. Für Sachsen liegen die Zahlen um nochmal fast zehn Prozent höher.

„Es ist unsere Aufgabe, das Bild vom Rechtsstaat und seiner Funktionsfähigkeit wieder gerade zu rücken“, so der LINKEN-Rechtsexperte Klaus Bartl. Das sei nur möglich, wenn die Institutionen gestärkt werden, ohne dabei Verfahrensrechte abzubauen.

Kunst und Musik gehören an die Schule!

Die Linksfraktion verfolgt mit Sorge die Tendenz, den Musik- und Kunstunterricht aus Kostengründen zu reduzieren. In den Grundschulen werden 60 Prozent dieser Stunden nicht mehr von Fachlehrkräften unterrichtet. Phasenweise gibt es nur halbe Stunden, und in der Klasse 10 kann zwischen Kunst und Musik gewählt werden. Ab dem Schuljahr 2019/20 sollen die Fächer in einigen Klassenstufen um eine Wochenstunde verringert werden.

Ein aktuell im Landtag debattierter Antrag der Linksfraktion (Drucksache 6/2988) fordert die Landesregierung auf, die kulturelle Bildung abzusichern und zu modernisieren. „Die Schulen brauchen ausreichend und gut ausgebildete Musik- und Kunstpädagogen“, so Cornelia Falcken, die Bildungsexpertin der Linksfraktion.

Den Armutsmotor Hartz IV abstellen

Der Paritätische Gesamtverband hat seinen neuen Armutsbericht veröffentlicht. Er fragt, „wer die Armen sind“. Landläufig gelten vor allem alleinerziehende, kinderreiche, arbeitslose und gering gebildete Menschen als arm. Aber das ist nur ein Teil der Wahrheit.

Die meisten erwachsenen Armen arbeiten, stehen in Ausbildung oder sind in Rente! Selbst Vollzeitarbeit schützt nicht vor Armut. Leiharbeit und Befristungen tragen dazu bei, Niedriglöhne ebenso. Noch nie seit 1990 lebten mehr Menschen in Deutschland in Armut. Der Verband beziffert die Zahl der Betroffenen auf mindestens 13,7 Millionen. Ein erschreckender Wert!

Ein Armutsmotor heißt Hartz IV. Trotz der guten Wirtschaftslage bekommen in Sachsen rund 330.000 Menschen Hartz IV. Davon arbeiten über 71.000. Die meisten Betroffenen stecken schon seit vier oder mehr Jahren im Leistungsbezug, in Sachsen sind es insgesamt 61 Prozent. Auch mehr als 90.000 Kinder leben hier in „Bedarfsgemeinschaften“.

Hartz IV führt zu dauerhafter Armut, zu Existenzangst in breiten Bevölkerungsschichten. Der Staat rechnet das, was er den Betroffenen als

Existenzminimum zugesteht, künstlich klein. Denn was diese Menschen angeblich zum Leben brauchen, wird anhand dessen berechnet, was sie bereits ausgeben können. Die Höhe des Regelsatzes verdammt folglich zu einem Leben in Armut. Viele bekommen sogar noch weniger: In Sachsen wurden 2017 fast 9.000 Haushalte sanktioniert, darunter über 2.300 Haushalte mit Kindern.



„Armut ist kein Naturgesetz. Sie kann politisch eingedämmt werden“, ist sich **Susanne Schaper, sozialpolitische Sprecherin**, sicher. „Wir als LINKE waren von Beginn an gegen Hartz IV, und wir fordern seit vielen Jahren konsequent dessen Abschaffung. Wir wollen nicht, dass ein Jobverlust den Fall ins Bodenlose bedeutet. Wir wollen nicht, dass Menschen, die Sozialleistungen bekommen, pauschal unterstellt wird, sie würden tricksen und betrügen.“

Das Thema geht alle an – denn prinzipiell können wir alle beruflich aus dem Tritt geraten. Menschen sollen wieder darauf vertrauen können, dass ein soziales Netz sie auffängt. Wir wollen, dass alle, die in unserem Land in eine wirtschaftliche Notlage geraten, vor Armut geschützt sind und weiter am normalen Leben teilnehmen können. Dazu gehören nicht nur ein voller Bauch und ein Dach über dem Kopf. Dazu gehört auch, dass man mal ins Kino oder ins Erlebnisbad gehen kann, dass die Kinder Klassenfahrten unternehmen oder Freunde zum Geburtstag besuchen können, ohne sich schämen zu müssen. Denn auch das gehört zum Schicksal Armut, das in unserem reichen Land so viele Menschen betrifft.



Plenarspiegel Dezember 2018 / Januar 2019

Die 83., 84. und 85. Sitzung des 6. Sächsischen Landtages fanden vom 11. bis zum 14. Dezember 2018 statt. Zur 86. und 87. Sitzung trat das Parlament am 30. und 31. Januar 2019 zusammen. Die Linksfraktion war mit diesen Initiativen vertreten:

Aktuelle Debatten

„Sachsen: vom Willen geleitet, dem Frieden zu dienen – Plänen für eine Europäische Militärunion eine klare Absage erteilen!“

„Kohleausstieg ökologisch und sozial verträglich gestalten – Strukturentwicklung in der Lausitz koordinieren und zusammen mit den Menschen vor Ort in die Hand nehmen!“

Gesetzentwürfe

„Gesetz zur Verbesserung der Beteiligung der Bevölkerung an der Planung und Ausgestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs im Freistaat Sachsen“ (Drucksache 6/15562)

„Gesetz zur Einführung eines Kinder- und Familienfreitages als gesetzlicher Feiertag“ (Drucksache 6/13238)

Prioritätenantrag

„Hartz IV abschaffen – sanktionsfreie Grundsicherung einführen!“ (Drucksache 6/15521)

Anträge

„Beteiligung und Einfluss Sachsens als Region auf europäischer Ebene stärken – Vertretung des Freistaates Sachsen im Europäischen Ausschuss der Regionen neu ausgestalten!“ (Drucksache 6/14460)

„Folgen der Enteignung von Erben von Bodenreformland wiedergutmachen – Gerechtigkeit, Vertrauen in den Rechtsstaat und Rechtsfrieden herstellen!“ (Drucksache 6/13871)

„Kulturelle Bildung in sächsischen Schulen stärken – künstlerischen Fachunterricht absichern“ (Drucksache 6/2988)

„Umsetzung des ‚Paktes für den Rechtsstaat‘ einfordern – Funktions-

fähigkeit der Rechtspflege in Sachsen nachhaltig sichern!“ (Drucksache 6/16302)

Entschließungsanträge

Drucksache 6/15919 zum Entwurf der Staatsregierung „Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Freistaates Sachsen für die Haushaltsjahre 2019 und 2020“ (Drucksache 6/13900)

Drucksache 6/16506 zum „Bericht der Enquete-Kommission Sicherstellung der Versorgung und Weiterentwicklung der Qualität in der Pflege älterer Menschen“ (Drucksache 6/15400)

Sammeldrucksachen 6/15556 und 6/16427 mit den Anträgen der LINKEN

„Verfahrensunabhängige vertrauliche Spurensicherung für Opfer sexualisierter Gewalt in Sachsen etablieren – nachhaltige finanzielle und personelle Ausstattung sichern!“ (Drucksache 6/9884)

„§ 219a StGB: Straftatbestand ‚Werbung für den Schwangerschaftsabbruch‘ abschaffen!“ (Drucksache 6/12090)

„Evaluation des Sächsischen Bildungsplans für Kindertageseinrichtungen im Hort und in der Kindertagespflege nachholen und Handlungsempfehlungen der Evaluation umsetzen“ (Drucksache 6/1408)

Gleiche Gefährdung, gleiche Zulage!

Ein Job im Justizvollzug ist riskanter als andere Berufe. Das gilt für Bedienstete in den Gefängnissen, aber auch für Justizwachtmeister, die an den Gerichten Gefangene vorführen und Prozesse absichern. Das Beamtenrecht sieht eine „Gitterzulage“ von 150 Euro vor, die bisher nur an Bedienstete der Gefängnisse, der psychiatrischen Krankenhäuser oder Abschiebungshaft- und Ausreisegewahrsamseinrichtungen fließt. Justizwachtmeister an Gerichten gehen leer aus, obwohl sie nur knapp über dem Mindestlohniveau besoldet werden. Wir wollen, (Drucksache 6/16432), dass auch sie die Zulage bekommen.

Impressum

Fraktion DIE LINKE
im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenu-Platz 1
01067 Dresden

Telefon: 0351/493-5800
Telefax: 0351/493-5460

E-Mail: linksfraktion@slt.sachsen.de
www.linksfraktion-sachsen.de

V.i.S.d.P.: Marcel Braumann
Redaktion: Kevin Reißig

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag